

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



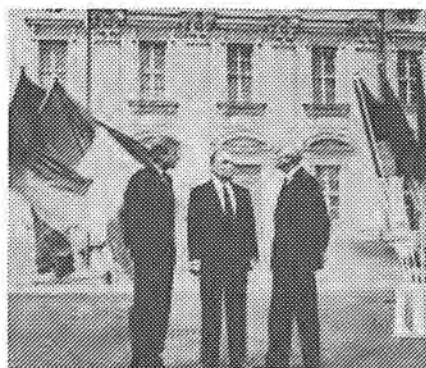
29. Mai 1987
Jg. 8 Nr. 11

G 7756 D

Preis:
2,50



Bürgerschaftswahlen: SPD/FDP-Koalition in Hamburg, Allparteienkoalition im Bund gegen GRÜNE Seite 8



750-Jahr-Feiern-Westberlin: Wir wollen alles: europäische Metropole sein und Reichshauptstadt Seite 10



Dokumentation in Vorbereitung: Die Auseinandersetzung zwischen der Roten Armee Fraktion (RAF) und der Staatsmacht der BRD Seite 31

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Abrüstung: Mittel, mittel-kurz, kurz – die Reichweite deutscher Interessen wird abgesteckt	4
Steuertarif 1988: Was Stoltenberg ordnungspolitisch will	7
Asylpolitik: Zimmermann betreibt EG-Vereinheitlichung	7
Wahlen: SPD/FDP in Hamburg, Allparteienkoalition im Bund	8
Rheinland-Pfalz – Schlappe für die Reaktion?	9
Westberlin: Europäische Metropole sein und Reichshauptstadt	10
Diepgen zur „Metropole Europas“	11

Auslandsberichterstattung

Jugoslawien: Streikwelle. Der Konflikt zwischen Arbeitern und Regierung verschärft sich	12
„Die Gewerkschaften und Streiks“	13
Türkei: Studentenbewegung erstarzt wieder	13
Südafrika: Entwicklungen im Lager der weißen Siedler	14
Philippinen: Reaktionärer Aquino-Kurs erneut bestätigt	14
Pakistan: USA bauen Position gegen Afghanistan aus	15
Frankreich: Die Privatisierung und Balladurs „Volkskapitalismus“ . . .	15
Internationale Meldungen	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Kritik der BRD-Rüstungsausgaben	18
„Geschäfte und Verbrechen der Politmafia“	18
Broschüre zum Siemens-Konzern	18
Die IGFM und ihre Hintermann	18
VVN: Material zum Revanchismus	19

Antifa-Konferenz NRW: Nützliche Beschlüsse für den Kampf gegen faschistische Organisationen	19
Dokumente der Konferenz	20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
Paneuropa-Union: Erfolg gegen großdeutsche Neuordnung	22

Volksfront-Kongress: Fortschritte für Zusammenarbeit

Rund 200 Teilnehmer besuchten den Kongress der Volksfront zum Thema „Faschisierung – was ist das? Aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes“ am 16./17.5. in Köln. U.a. beteiligten sich Mitglieder aus Organisationen und Initiativen der Revolutionären Sozialisten, aus antifaschistischen Gruppen, aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum sowie von den ausländischen Organisationen Feyka Kurdistan. In neun Arbeitsgruppen (Reaktionäre und faschistische Formierung; Innere Sicherheit; Politisches Strafrecht; Reaktionäre und faschistische Politik der Konzerne; Verfassung; Theorie und Praxis vom starken Staat; Bündnispolitik und Gegenmaßnahmen; Berufsverbote; Ausländerpolitik) wurde beraten, welche reaktionäre oder faschistische Politik zur Zeit stattfindet und wie sie zu beurteilen ist, welche Elemente faschistischer Ideologie es dabei gibt, wogegen sich antifaschistische Bündnispolitik richten muß, welche Bündniskräfte in diesen Fragen tätig sind und welche Tätigkeits- und Veröffentlichungsschwerpunkte sich die Volksfront in Zusammenarbeit mit diesen Bündniskräften setzen sollte. Ein Protokoll aller Arbeitsgruppen wurde dem Plenum vorgelegt, die Ergebnisse veröffentlicht die Volksfront in einer Broschüre, die ab 27.7. lieferbar ist. – (düb)

Zimmermann lässt Sportlerinitiative bespitzeln

Gezielt in die Vorbereitungen der Friedensstaffette der Initiative „Sportler und Sportlerinnen für den Frieden“ ließ Zimmermann über die „Frankfurter Rundschau“ die Ergebnisse eines Dossiers des Verfassungsschutzes verbreiten, in dem die Initiative als „komunistisch unterwandert“ bezeichnet wird. Die 1981 gegründete Initiative wird anscheinend seit ihrem Bestehen vom Verfassungsschutz bespitzelt. Sie ist bisher im Verfassungsschutzbericht nicht aufgenommen und taucht auch nicht in den zahlreichen Publikationen des Innenministeriums über angebliche „komunistische Frontorganisationen“ auf, zu denen die Verfassungsschützer jede Organisation zählen, in der ein Mitglied der DKP oder Mitglieder von antifaschistischen Organisationen, die mit der DKP zusammenarbeiten, öffentlich auftreten. Die Sportlerinitiative tritt für „Abrüstung in Ost und West“ ein, in ihr sind zahlreiche bekannte Sportler Mitglied. 1983 waren der SPD-Oberbürgermeister von Dortmund, 1985 der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von NRW, Johannes Rau, Schirmherren von Veranstaltungen der Initiative. Nachdem verschiedene Sportler öffentlich gegen die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz pro-

testiert hatten, schrieb Zimmermann in Briefen an bekannte Mitglieder der Initiative, so z.B. an den Schwimmer M. Groß und die Fechterin C. Hanisch. Er erklärte, daß sie persönlich zwar nicht verfassungsfeindlich seien, aber die kommunistische Unterwandertätigkeit doch zur Kenntnis nehmen sollten. Die offensichtlich erwünschten Distanzierungen sind bisher nicht erfolgt. Verschiedene SPD-Politiker haben gegen die Bespitzelung protestiert, ohne jedoch zu erklären, welche Schritte sie



Plakat der „Sportler und Sportlerinnen für den Frieden“ für die Friedensstafette vom 12. bis 22. Juni.

unternehmen wollen, damit die Verfolgung durch den Verfassungsschutz eingestellt wird. Kein SPD-Politiker hat sich geäußert, ob die Landesämter für Verfassungsschutz in den SPD-regierten Ländern an der Verfolgung beteiligt sind. – (uld)

Neue Repressalien gegen Arbeiterpartei Kurdistans

Die Europavertretung der kurdischen Befreiungsfront ERNK hat gegen die Hetzkampagne gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK, die nach dem Tod des KOMKAR-Bundesvorsitzenden Adigüzel in der bürgerlichen und auch linken Presse neu entfacht wurde, Stellung genommen: „Einige imperialistische Kräfte ... versuchen, die Rechte unseres Volkes, das sie als Arbeiter beschäftigen, einzuschränken ... Es ist bereits so weit, daß sie jedes Ereignis auf ihren Straßen unserem Volk und dessen Führerin, der PKK, zuschreiben ... In der BRD wird hinter jedem Getöteten, hinter jedem Brandanschlag und hinter jeder Straßenschlacht die PKK gesucht ... Aber all diese Bemühungen sind vergebens ... Wir sind eine nationale Befreiungsbewegung, die für die Unabhängigkeit und Freiheit Kurdistans kämpft. Wir führen gegen den faschistischen türkischen Kolonialismus einen Kampf durch, wir führen in Kurdistan einen Guerilla-Kampf durch ... Wir bekennen uns zu unseren Taten ganz offen und proklamieren sie ganz offiziell. Wir sagen, daß alle uns durch unsere Taten kennen sollen und nicht den

Fehler machen dürfen, Sachen, mit denen wir nichts zu tun haben, uns zuzuschreiben ..." (Erklärung vom 8.5.87) Derweil verschärfen die Staatsorgane ihre Angriffe auf die Anhänger des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD. In Bayern hat die Polizei in den letzten Wochen bei mehreren hundert Kurden willkürliche Hausdurchsuchungen durchgeführt und sie einzuschüchtern versucht, indem sie sie als "Terroristen" bezeichnete. In Hamburg hat die Polizei damit begonnen, verstärkte Personenkontrollen gegen Kurden und Türken durchzuführen, die sich hauptsächlich gegen die PKK richteten. Feyka Kurdistan ruft die demokratische Öffentlichkeit auf, gegen diese Maßnahmen zu protestieren und Solidarität mit dem kurdischen Volk zu bekunden. - (scc)

Volkszählung: Razzien der Staatsmacht

Etwa 60 Wohnungen und Büros, darunter das Büro des Verlags Roter Morgen, sind vergangene Woche von der baden-württembergischen Polizei allein in Stuttgart auf der Suche nach Boykottaufrufen gegen die Volkszählung durchsucht worden. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Protesterklärung der Volksfront Baden-Württemberg gegen diese Razzien:

"Wir protestieren entschieden gegen die Staatsschutzaktionen vergangener Woche, mit denen die Behörden landesweit koordiniert mittels Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen in Büros und bei Mitgliedern von Volkszählungs-Boykott-Initiativen und der GRÜNEN eine neue Stufe der Verfolgung der Gegner der Volkszählung eingeleitet haben. Dies geschah in Baden-Württemberg gezielt kurz vor dem Landesparteitag der GRÜNEN.

Eingeleitet und vorbereitet wurden diese Aktionen durch die Propaganda der Bundesregierung, verbunden mit einer weitgehenden Gleichschaltung der bürgerlichen Presse, die von Hetze

gegen Volkszählungsgegner nur so trieft ...

Eingeleitet durch Helmut Kohl auf einer Wahlrede in Trier, ging die Reaktion dazu über, die Volkszählungsgegner als 'Faschisten' zu bezeichnen, weil sie den Staat angreifen würden.

Die Faschisten haben aber den Parlamentarismus bekämpft und beseitigt, um einen entfesselten, durch das Großkapital besser kommandierten und kontrollierten Staatsapparat zu schaffen. Die Bewegung gegen die Volkszählung bekämpft aber gerade den Ausbau eines solchen entfesselten Staatsapparates ...

Die Tatsache, daß der Staatsapparat die Durchführung des Volkszählungsgesetzes nur mit Gewalt erzwingen kann, zeigt die breite Gegnerschaft in der Bevölkerung gegen die Motive der Volkszählung ...

Den GRÜNEN wird eine 'Gewaltdebatte' aufgenötigt, über die versucht wird, wenn es schon nicht gelingt, die GRÜNEN aus den Parlamenten hinauszutragen, sie 'wenigstens' dazu zu bringen, 'moderat' zu werden, d.h. Gegnerschaft gegen die Ziele der Reaktion aufzugeben.

Angesichts dieser Lage sind einheitliche, öffentliche, politische Aktionen gegen die Volkszählung und gegen die Verfolgung der Volkszählungsgegner dringend erforderlich. In Kundgebungen und Demonstrationen kann der Widerstand gegen die Volkszählung und ihre Zwecke zusammengefaßt und zum Ausdruck gebracht werden, da die Bewegung gegen die Volkszählung sich gegen die Kriminalisierungsversuche wehrt und die Betroffenen unterstützt.

Unterstützung des Widerstands gegen die Zwangsverpflichtungspolitik im öffentlichen Dienst, Aktivitäten gegen den Aufbau eines modernen Blockwirtschaftsystems, Widerstand gegen die besondere Unterdrückung der ausländischen Arbeiter sind Themen, die in der Diskussion der Volkszählungsgegner um das weitere Vorgehen jetzt angesprochen werden müssen." - (uld, rül)



Bundesarbeitsminister Blüm ist nun auch Vorsitzender des CDU-Landesverbands des NRW. Damit soll die CDU in den Landtagswahlen 1990 die Regierungsmehrheit in NRW erringen. Die "Welt" ist begeistert: Blüm ging „hinaus in eine neue Ära seiner Partei an Rhein und Ruhr, die nach 21 Oppositionsjahren wieder einmal auf Neubeginn gesetzt hat". - (uld)

Ausländerbeiratswahl: Mit kleinstlichster Schikane staatlich behindert 22

Stahl: „Nationale Notgemeinschaft“ für Konzern-Interessen 23

Aids: Bayerischer Ministerrat erläßt Zwangsmaßnahmen 23

Marktbereinigung: Eine Belegschaft kämpft um den Betrieb 24

Friedensbewegung: „Die Heimat schützen“ als neue Perspektive? 25

Alcan: Pleite auf Staatskosten, Profit durch Sozialpartnerschaft 25

Sozialhilfe: Sozialhilfe als Einkommensquelle – Armutszonen breiten sich aus 26
Sozialhilfe in Hamburg 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Hannovers Stadtteile: Wenig verdienen und schlecht leben 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

BRD-Schriftsteller über Heimat 30
Heimatliches durch Heimatkunde 30
„Heimat“ aktiv gestalten? 30
Bauernschicksale: hart, aber gerecht? 30
Musik, Liebe, Agenten, Adel, Reichtum, Heimat 30
BRD: Geschichte in Geschichten 30
Heimat – pluralistisch schillernder Begriff 30

Dokumentation in Vorbereitung:
Auseinandersetzung zwischen RAF und Staatsmacht der BRD 31

Spezialberichte

Wirtschaftsförderung: Warum es für Arbeiter kein Glück ist, wenn eine Weltfirma ansiedeln will 34
Daten des Boxberger Raumes 35
Die Teststrecke wird nicht gebaut. Strukturverbesserung kann aber verlangt werden 36
Opposition zur kommunalen Wirtschaftsförderung und zur Regionalpolitik 37
Daimler Rastatt: eine Region wird dem Konzern unterworfen 38
„Arbeit nach Maß“ – zu Löhnen kaum höher als Arbeitslosengeld 38
Wirtschaftsförderung mit weltweiten Zielen 39

Titelbild: Karikatur, vog, Köln

Abrüstung

Mittel, mittel-kurz, kurz – die Reichweite deutscher Interessen wird abgesteckt

Mit der torkelnden Sicherheit alter Säufer nutzten Kohl und die Seinen die Abrüstungsangebote aus der UdSSR zur Stärkung bürgerlichen Nationalbewußtseins. In der ausschlaggebenden Bundestagsdebatte am 7. Mai, also vor den wichtigen Landtagswahlen, zogen Liberale und Konservative die SPD auf eine gemeinsame Ausgangsbasis. Danach sind diese Angebote Ergebnis von NATO-Doppelbeschuß und Nachrüstung. Dr. Kohl legte den Köder aus. Er sagte, an die Öffentlichkeit und besonders an die SPD gewendet, er könne verstehen, wenn der Kollege Schmidt in diesen Tagen darauf hinweise, daß er für diese Politik noch einmal eine nachträgliche Bestätigung und einen Triumph erlebt habe. Dr. Vogel von der SPD macht's sich's hoherfreut auf der Leimrute bequem. Er wirft der Regierung vor, sie halte sich jetzt, wo der Erfolg da sei, nicht mehr an die Logik des Beschlusses, die ein Eingehen auf beide Null-Lösungen erfordere. Als nächster erinnert Dr. Dregger an den Verrat, den die SPD an ihrem Kanzler geübt habe, Helmut Kohl habe die von Schmidt initiierte Entscheidung erst verwirklicht, er röhmt die FDP und die Unionsfraktion, die gegen die SPD durchgehalten habe, das Ergebnis, ruft er, unserer Festigkeit ist ermutigend!

Dagegen ergreift Schily von den Grünen das Wort und legt dar, daß im Lauf der Jahre offenbar ein erheblicher Legitimationsdruck entstanden sei, der die westliche Seite veranlaßt habe, den Vorschlag einer Null-Lösung zu unter-

breiten. Schily kritisiert weiter das Vorhaben, Massenvernichtungsmittel ernsthaft als Druckpotential zur Korrektur der Zweistaatlichkeit Deutschlands zu nutzen. Das bringt ihm den Zwischenruf ein: „Bekennen Sie sich zur Präambel des Grundgesetzes, bekennen Sie sich zum Grundgesetz?“ Der rechtskundige Schily spürt die Drohung, er entwickelt seine Kritik nicht weiter, sondern fängt an, seinerseits über neue Formen gesellschaftlicher Kooperation und Vernetzung zu schwärmen, was irgendwie zur Aufbruchsstimmung im Bundestag paßt. Mischnik bestreitet als nächster der SPD das Recht, den Doppelbeschuß-Erfolg in ihrem Sinne auszuschlachten. Mischnik, in Öl gewälzt: „Aber es ist nicht gut, dann, wenn man einen Weg eine ganze Strecke gemeinsam gegangen ist, plötzlich den Mut zur letzten Verantwortung nicht zu haben und dann hinterher andere zu beschuldigen, sie würden den gewählten Weg nicht konsequent weitergehen.“ Es erhebt sich darauf Bahr von der SPD und ruft auf, das Ziel des Nachrüstungsbeschlusses von 1979 zu verwirklichen, außenpolitisch wäre das „... die Gelegenheit, das besondere Gewicht und die unentbehrliche Rolle unseres Landes, die Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten zu nutzen, um mehr Sicherheit für Europa und um konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural zu erreichen.“

Die Redner von CDU, CSU, FDP und SPD waren sich einig, daß die

Abrüstungsangebote der UdSSR ein Zurückweichen vor der gezeigten Stärke des Westens seien, mit Ausnahme nur der Grünen. Alle im Bundestag vertretenen Parteirichtungen hielten für angebracht, diese Angebote im Sinne ihrer Perspektiven für Deutschland auszuschlagen. Von ihnen allen wurde die sog. deutsche Frage in den Zusammenhang der Abrüstung gebracht, auch der Abgeordnete Schily von den Grünen ergriff nicht die Gelegenheit, die von ihm ja aufgebrachte Forderung nach Beseitigung der Grundgesetzpräambel zu unterstreichen. Der Protest gegen die anmaßende Verhandlungsführung des Bundestages blieb den betroffenen Staaten, wie immer gleich einige, überlassen.

Muß die UdSSR um jeden Preis abrüsten?

Der große Teil der Politiker in der BRD tut so als ob. Der Doppelbeschuß gehörte ja ins Konzept des Totröstens, man glaubte, die UdSSR könne zu solchen Sicherheitsanstrengungen getrieben werden, daß ihr wirtschaftliches und politisches System das nicht ertragen könnte. Tatsächlich jedoch hat eher Schily recht, wenn er Legitimationsdruck bei den westlichen Regierungen sieht, die über Abrüstungsangebote wohl oder übel verhandeln müssen.

Die Ziele der Verhandlungspolitik der UdSSR in den angesprochenen Fragen liegen vor allem in Europa. Die UdSSR verfolgt ihr altes Ziel eines Sicherheitssystems in Europa. Im Hinter-

FDP will Selbstbeteiligung drastisch erhöhen

Als die gesundheitspolitische Kommission der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung im April eine höhere Selbstbeteiligung für Arzneien forderte, ließ die F.D.P. sofort uneingeschränkte Unterstützung verlauten. Die CDU/CSU-Kommission will für Arzneien bis 20 DM 20%, bis 40 DM 15% und darüber 10% Selbstbeteiligung. Der neue Obmann der F.D.P. im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Dieter Thomae, fordert nun eine „umfassende Selbstbeteiligung über alle Leistungsbereiche“. Für einen Durchschnittsverdiener sei dabei eine Selbstbeteiligung von 300 bis 500 DM jährlich denkbar, meinte Thomae. Bei einem Einkommen von 48500 DM und einem Beitragssatz von 12,6% würde eine Selbstbeteiligung von 500 DM einer Beitragserhöhung von 1% gleichkommen. Der Trick bei der Sa-

che ist, eine Beitragserhöhung hätten zur Hälfte die Kapitalisten zu tragen, die Selbstbeteiligung aber geht ausschließlich zu Lasten der Lohnabhängigen. Mit 500 DM soll sie hoch genug sein, um die Werktagen zu Einschränkungen bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zu zwingen. – (kar)

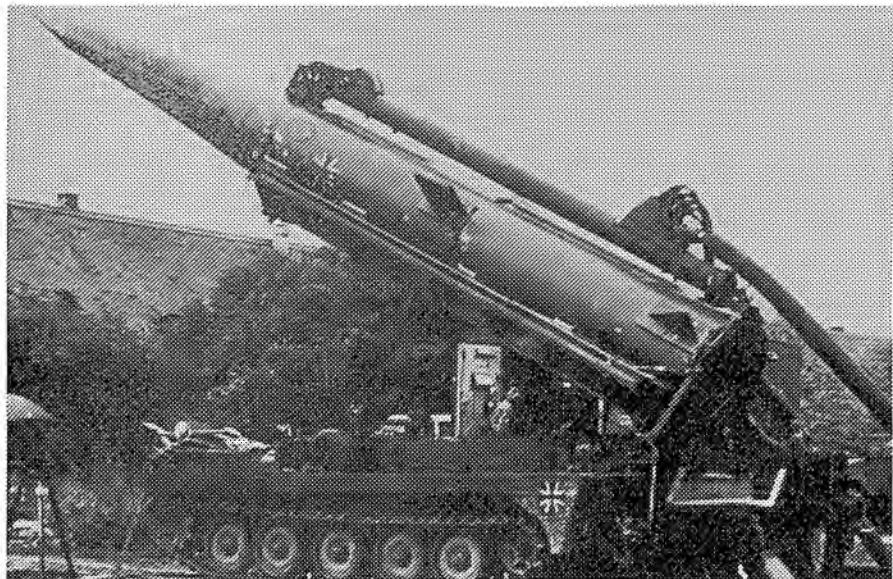
Engelhard (FDP) will Leihmütter legalisieren

Die Behandlung von Menschen als Sachen, als Produktionsmittel, macht unter der zweiten Regierung Kohl/Genscher rasche Fortschritte. Mitte Mai verkündete Justizminister Engelhard, er wolle Leihmütter künftig in der BRD zulassen. Aber: „Es darf dabei kein Geld an die Leihmutter oder einen Vermittler gezahlt werden.“ Und: „Das Mutterrecht am Kind soll ... die Frau (erhalten), die es ausgetragen hat.“ (Bild, 14.5.87) Wenn kein Geld gezahlt werden darf, wird es „Ko-

stenerstattung“ geben. Und da die Leihmutter stets aus ärmeren Kreisen kommen wird, eröffnen sich den Bourgeois damit neue Perspektiven der „Kostensenkung“. Das so eingesparte Geld kann dann für den Schmuck der Gattin herhalten oder – so der per „Leihmutter“ erhaltene Nachwuchs gefällt – für eine teurere Privatschule. Und was geschieht bei Fehlgeburten? Engelhard wird einen furchtbaren Gesetzentwurf vorlegen, der entschiedene Gegenwehr verdient. – (rül)

Kapitalistenpropaganda für Sonntagsarbeit

Noch bevor Norbert Blüm seinen Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes vorlegt, haben die Kapitalisten ihre Propaganda für Sonntagsarbeit intensiviert. „Fast vier Millionen Arbeitskräfte versehen auch sonntags ihren Dienst“, will das BDI-Wirtschaftsinstitut herausgefunden haben. 770000 davon arbeiteten regelmäßig sonntags. Seit 1983 –



Die „Pershing I A“ der Bundeswehr. Sie soll, da westdeutsch (der Sprengkopf liegt noch unter US-Kontrolle) nach dem Willen der Regierungsparteien auf keinen Fall in die Abrüstungsvereinbarungen einbezogen werden. Ihre Reichweite: 750 km, also bis nach Polen.

grund ist ihr dabei an einer allgemeinen Festschreibung des Status Quo, der derzeitigen Situation betreffend die Grenzen, gelegen. Eine solche breite Anerkennung würde in der Tat den sog. Ostblock wirtschaftlich und politisch erheblich entlasten. Wieso spricht die Abrüstungspolitik der UdSSR, gegen die aus den Ländern des Warschauer Paktes kein Protest laut wird, vor allem und zuerst von den Mittelstreckenraketen? Wieso nicht von den strategischen Waffen? Wieso nicht von den konventionellen?

Für die Mittelstreckenraketen lag ein Verhandlungssangebot des Westens vor. Dieses Angebot wurde unterbreitet wegen der Annahme, die UdSSR könnte niemals darauf eingehen. Hin-

tergrund für diese Ansicht war etwa: der Ostblock ist instabil, nur durch Militärmacht zusammengehalten. Die UdSSR weiß das und rechnet, immer wieder marschieren zu müssen. Sie kann nur marschieren, wenn sie im Abschnitt Europa-Mitte überlegen ist. Sie ist nur überlegen, wenn sie die Verbindung zu den USA unterbinden kann. Sie kann diese Verbindung nicht durch Seemacht unterbinden und nicht durch Luftmacht, sondern nur durch die Mittelstreckenraketen. Diese schaffen ihr mithin den Raum, in beliebigen Ländern des Warschauer Paktes durchzugehen, ohne Eingriffe der NATO fürchten zu müssen. Es mag sein, daß der Stationierung der Raketen unter Breschnew so ähnliche Überlegungen

damals war das IdW auf 3,6 Millionen „Sonntagsarbeiter“ gekommen – sei das nur ein leichter Anstieg. Tenor der Kampagne: Wenn 4 Millionen jetzt schon sonntags arbeiten, warum nicht auch mehr? (Quelle: IwD-Dienst, 20/87 – (rül)

Kriegsopfer-Protest gegen Leistungssperre

Die von der Regierungskoalition vereinbarte zweijährige Leistungssperre in der Sozialgesetzgebung ist vom Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion angegriffen worden. Damit würden weiterhin strukturelle Verbesserungen des sozialen Entschädigungsrechts verhindert. So sehe das 16. Anpassungsgesetz lediglich eine Erhöhung der Versorgungsbezüge um netto 3,03% wie in der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Mit Rücksicht auf den Nachholbedarf und das fortge-

schrittene Alter der rund 1,6 Mio. Kriegsopfer seien jedoch strukturelle Verbesserungen Gebot der Stunde. Wesentliche Forderungen des VdK: Anhebung der Einkommensgrenzen und der Schongrenzen für Vermögen in der Kriegsopfersfürsorge; Korrektur der Grundrenten der Beschädigten; Verbesserung der Bemessung beim Berufsschadens- und Schadensausgleich; Verbesserung der Witwen-, Witwer- und Waisenbeihilfe, der wirtschaftlichen Absicherung der Kriegereltern sowie Aufhebung der Krankenversicherungsabzüge für zweckgebundene Leistungen. – (haj)

Kohlepennig erhöht – Strompreise steigen um 3%

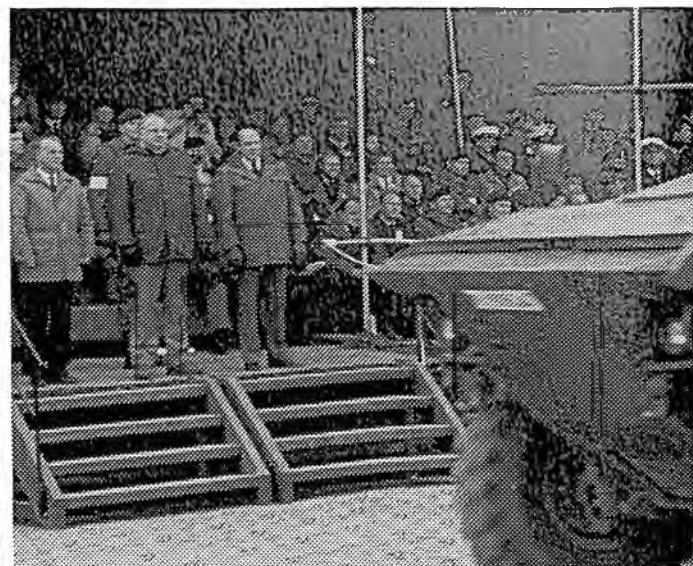
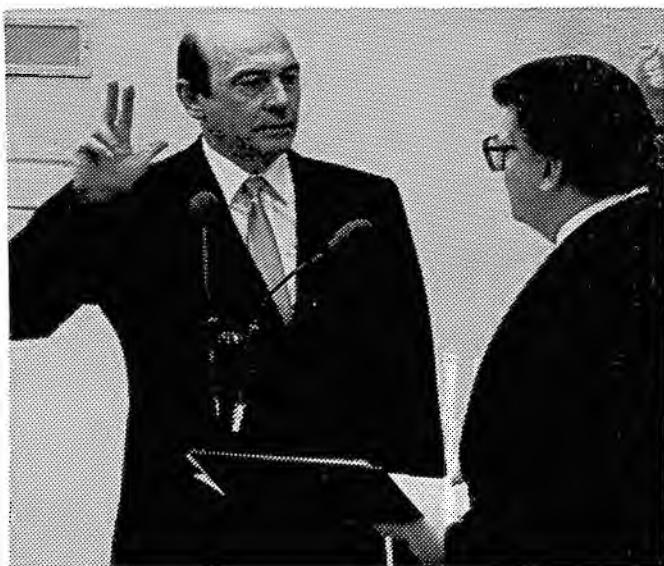
Heftige Kritik der DGB-Gewerkschaften hatte den Regierungsparteien die nach der Bundestagswahl eröffnete Diskussion über die Neuregelung bzw. Abschaffung des Kohlepennigs eingebracht. Am 21.5. stimmte der Bundes-

zugrunde lagen. Heute könnte sich die UdSSR dann von solchen Überlegungen trennen, weil sich gezeigt hat, daß die planwirtschaftlichen Länder im östlichen Europa kein Interesse entwickeln, sich imperialistischem Kapital zu unterwerfen, daß folglich Militäraktionen nicht erforderlich sind und folglich auch eine Waffe, die einen atomaren Schirm über solche Aktionen gehalten hätte, nicht mehr erforderlich ist. Wenn gegen diesen Militärschirm ein politischer Erfolg, Anerkennung der Grenzen beispielsweise, eingetauscht werden könnte, wäre das mehr Schutz.

Wieso verhandeln die USA über Mittelstreckenraketen?

Schaut man einmal, worüber gegenwärtig nicht verhandelt wird, so sind es jene Pershing-Typen, die von der BRD bezahlt und auch gewartet, in der BRD stationiert sind. Die Gefechtsköpfe für diese Waffen verwahren die USA. Diese Waffen stellen einen Einstieg der BRD ins Atomraketengeschäft dar. Besonders weil die Wartung sowieso bei der BRD hängt, wäre eine Nachrüstung mit anderswie beschafften, entwickelten etc. Sprengköpfen nicht völlig unmöglich. Dies wäre im Zuge der WAA-Entwicklung technisch souverän möglich. Politisch steht ohnehin der Atomwaffensperrvertrag in wenigen Jahren zur Diskussion. Ein Rückzug der jetzt fast ganz von den USA kontrollierten Mittelstreckenwaffen würde die räumlich und politisch näher bei der Kontrolle durch die BRD gelagerten Raketenwaffen bedeutend aufwerten. Daher kommt auch die elende Wichtigtuerie der Verteidigungsexperten der Union, die zäh um jeden Reichweite-Meter kämpfen und sich im Bundestag kolossal über Reichweiten aufregen, die nicht über die DDR weg

tag einstimmig einer Änderung des Dritten Verstromungsgesetzes und damit einer Erhöhung des Kohlepennigs von im Bundesdurchschnitt 4,5% auf 7,5% zu. Was jedoch manchem wie ein Erfolg im Kampf gegen die Rationalisierung im Kohlenbergbau vorkommen wird, ist es nicht. Der Kohlepennig wird auf den Strompreis erhoben und dient dazu, die in der BRD geförderte Kohle auf das Weltmarkt-Preisniveau von Öl und Kohle herabzusubventionieren. Davon profitieren vor allem die großen Energiekonzerne RWE, VEW usw., denen billige Kohle garantiert wird. Für die Masse der Lohnabhängigen führt die Erhöhung des Kohlepennigs zu einer Erhöhung des Strompreises um durchschnittlich 3%. Allerdings gilt der jetzige Kohlepennig nur bis zum 31.12.1987 – die Bundesregierung kann eine Neuregelung des Subventionssystems nach den Landtagswahlen 1987 in aller Ruhe erneut aufwerfen. – (wof)



Daß von der Regierung und dem Staat der BRD eine ständige Bedrohung und Aggression ausgeht, die es als erstes zu bekämpfen gilt: Das wird von der Opposition gegen die Raketen oft nicht beachtet. Links: Wörner vereidigt. Rechts: Kohl, Wörner und andere bei der Panzerparade.

gingen und folglich als Atomschirm für eine Eingemeindung der DDR nicht benutzbar sind. Die USA verhandeln über Mittelstreckenraketen, weil sie sicher rechnen, daß eine solche Abrüstung aus der BRD erhebliche Rüstungsanstrengungen herausholen würde. Zweifellos werden in den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR vielerlei Abgrenzungsfragen zur Sprache kommen, gegenwärtig geht es jedoch um die Mittelstreckenraketen, und diese sind mit der BRD-Politik hauptsächlich verwoben.

Abrüstung darf nicht Aufrüstung werden

Die in dieser Zeitschrift bereits im April ausgesprochene Befürchtung, die Raketen-Abrüstung könne die Initial-

zündung für eine weitere Aufrüstung sein, ist nach der bisherigen Entwicklung der Diskussion nicht von der Hand zu weisen. Dies wird sogar in dem Maße wahrscheinlich, in dem die Abrüstungsangebote zu einer ideologischen Aufrüstung führen, der die Waffen bloß nachgezogen werden müssen. In der gegenwärtigen Diskussion ist die Tendenz z.B. der Grünen bedenklich, sich in irgendwelchen Visionen zu wiegen, die berechtigt sein mögen oder eklich, dabei jedoch auf das Nächste nicht zu achten: daß von der Regierung und dem Staat der BRD eine ständige Gefährdung und Aggression ausgeht, die als nächstes und erstes wenigstens bekämpft, womöglich unterbunden werden muß. Inzwischen verhandelt die zwar weit rechts stehenden

aber keineswegs unbeachtliche Zeitung „Die Welt“ schon offen militärische Aspekte der Wiedervereinigung. Ein Wiedervereinigungsexperte darf dort klagen, daß in der BRD gar nicht diskutiert würde, „wie ein wiedervereinigtes Deutschland in Freiheit militärisch und politisch abgesichert werden könnte. An diesem Punkt muß das Nachdenken über die Überwindung der Teilung ansetzen – und zwar unabhängig davon, ob an diesem Gerücht etwas dran ist. Dazu gibt es bisher aber nur private Studien.“

Danach gibt es in der BRD „Private“, die Institute zwecks Kriegsvorbereitung unterhalten.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 7.5.87; Die Welt vom 21.5. – (maf)

Vertriebene wollen mehr Revanchismus an Schulen

Der Bundesverband der Vertriebenen sieht seine Rolle bei der Förderung der großdeutschen Bestrebungen des BRD-Imperialismus gestärkt. BdV-Präsident Czaja stellte auf der Jahrestagung seines Verbandes am 10. Mai in Bad Godesberg frohlockend fest, „daß die Stimme des Bundes der Vertriebenen spürbar an Volumen gewonnen hat.“ Das verdankt der BdV der Bundesregierung, die u.a. den Einfluß von BdV-Vertretern im Deutschlandfunk und im ZDF verstärkt hat. Auch bei der Konzeption der von der Bundesregierung geplanten historischen Museen in Westberlin und Bonn sei der BdV beteiligt, stellte BdV-Sprecher Odo Ratzke zufrieden fest. Als nächstes will sich der BdV an der Regierungskampagne zur Neuordnung der Bildungspolitik beteiligen. BdV-Generalsekretär von Lackewitz beklagte, Jahr für Jahr

würden junge Menschen die Schulen verlassen, „die nur wenig über Deutschlands Geschichte, Deutschlands Gegenwart und die Möglichkeiten deutscher Zukunftsgestaltung gehört haben.“ Der BdV werde „diese längst fällige Umkehr einer gegen Deutschland gerichteten Bildungspolitik mit allem Nachdruck ... einfordern.“ – (rül)

7 Mrd. DM für Airbus – wer steigt nun ein?

Mit insgesamt sieben Milliarden DM will die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren das „Airbus“-Programm fördern. Vier Mrd. DM sollen gezahlt werden, indem die Bundesregierung alte Schulden der Airbus GmbH bei den Banken übernimmt. Mindestens drei Milliarden sollen für Entwicklung und Bau der neuen Langstreckenversionen des Airbus zur Verfügung stehen. Kurz zuvor hatten bereits die britische und die französische

Regierung ihrerseits zusammen ca. 3,5 Mrd. DM für das Airbus-Langstreckenflugzeug-Programm bereitgestellt. Die „Airbus GmbH“, zur Zeit noch im Besitz von MBB, steht damit wieder finanziell glänzend da. Das wird die Verhandlungen des „Airbus“-Beauftragten der Bundesregierung, des bayrischen CSU-MdB Riedl, mit Daimler und anderen Firmen zwecks Einstieg in das Programm sicher erleichtern. Die Firma ist saniert – wer steigt nun ein? – (rül)

„Celler Loch“ – JVA-Leiter Dr. Kühling sagt aus

Am 12. Mai sagte der Leiter der JVA I Celle, Dr. Paul Kühling, vor dem Landtagsuntersuchungsausschuß aus: Er sei fünf Tage vor dem Bombenanschlag auf die Außenmauer des Celler Knast's (25.07.78) telefonisch vom damaligen Justizminister Schwind in dessen Privatwohnung in Hannover gebeten worden: „Eine außergewöhnli-

Steuertarif 1988

Was Stoltenberg ordnungs-politisch grundlegend hält

Zwar verbreitet die Regierung noch einigen Propagandnebel. Aber man bringt jetzt auch schon 'mal unter die Leute, daß soundsoviele Milliarden Steuereinnahmen weniger zu erwarten seien, und macht so Stimmung dafür, daß auch irgendwer die Spendierhosen von Stoltenberg zu füllen hat. Wer das sein soll, kann man, mit etwas Rechnung, dem Gesetzentwurf zur aufgebesserten Reform 1988 entnehmen. Ledige oder – steuerlich gleich – Verheiratete, die beide arbeiten und keine Kinder haben –, also Lohnabhängige in Steuerklasse I bzw. IV,0, zusammen fast die Hälfte aller Steuerpflichtigen, haben bis zu einem Einkommen von 2800 DM nichts von der Steuerreform.

Sie zahlen 1988, unter der Annahme, ihr Bruttolohn steigt um 2%, oft sogar ein paar Mark mehr! Auch die sogenannte familienfreundliche Komponente ist arbeiterfeindlich: In Steuerklasse III sind erst ab Einkommen von mehr als 5000 DM brutto weniger Steuern zu zahlen. Die Regierung buttert also zu, damit jene, die genug haben, um sich eine Hausfrau aushalten zu können, das auch tun. Bei denen aber, bei denen Steuerklasse III kombiniert ist mit Steuerklasse V, die Frau also in Teilzeit, unstet oder zu Niedrigstlöhnen arbeitet, wird kassiert: In Steuerklasse V steigt die Steuerlast für die dort üblichen Einkommen unter 2000 DM brutto.

Die Reform 1988 wird also die Steuersumme, die der Staatsapparat aus den ärmeren Schichten saugt, weiter wachsen lassen. Und die Regierung testet schon aus, ob sie auch die Reform 1990 von diesem Teil der Lohn-

abhängigen zahlen lassen kann. So veröffentlichte die Bild-Zeitung die angeblich „geheime Streichliste“ Stoltenbergs für Subventionen: Der steuerfreie Zuschuß zum Essen in Kantinen (1,50 DM/Tag) entfällt, entsprechend ist mit höheren Preisen zu rechnen. Auch niedrigere Renten werden besteuert (bis-here Grenze 720/1440 DM monatlich). Die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Schichtarbeit sind zu versteuern. Die Sonderausgabenpauschale entfällt.

Der Widerstand gegen die Steuerpolitik der konservativ-liberalen Regierung sollte darauf beharren: Die Steuererhöhung für viele ausländische Arbeiter, ihre Schlechterstellung gegenüber Arbeitern mit BRD-Staatsangehörigkeit, wie sie mit der Reform 1986 in Kraft trat, muß zurückgenommen werden. Denn damit hatte die Regierung begonnen, Steuerbegünstigung für mehr oder minder große Teile ihrer Anhängerschaft von der Arbeiterbevölkerung bezahlen zu lassen.

Quellenhinweis: Bundesrat-Drucksache 130/87; Bild, 22.5.87 – (alk)

Asylpolitik

Zimmermann betreibt EG-Vereinheitlichung

Bundeskanzler Kohl hatte bereits in der Regierungserklärung angekündigt, daß die Harmonisierung des Asylrechts innerhalb der EG ein Schwerpunkt der Regierungspolitik sein werde. Ziel der Bundesregierung ist dabei die weitgehende Auflösung des Asylrechts, insbesondere die Beseitigung der Flüchtlingsdefinition der Genfer Flüchtlingskonvention, EG-weit durchzusetzen. Die Konferenz der für die innere

Brutto DM 1987	1988	I/IV,0	Nettolohn 1987/Steueränderung		1988/87 (DM/Monat) nach Steuerklassen			
			III,0	III,1	V	III,2	IV,1	II,1
512	522	428	0	428	0	335	2	428
588	600	491	0	491	0	381	2	491
676	689	550	– 1	564	0	436	3	564
776	792	615	– 1	648	0	496	3	648
891	909	691	– 1	744	0	568	4	744
1024	1044	778	0	855	0	649	4	855
1176	1200	875	1	967	– 4	982	0	982
1351	1378	987	1	1081	– 4	1126	– 2	1126
1552	1583	1114	2	1213	– 2	1258	– 2	959
1783	1819	1261	3	1364	0	1410	0	1066
2048	2089	1427	4	1536	– 2	1581	– 2	1163
2353	2400	1605	3	1733	2	1778	2	1253
2702	2756	1792	– 2	1954	2	1999	2	1342
3104	3166	1991	– 11	2210	6	2255	6	1433
3566	3637	2200	– 28	2502	6	2548	6	1525
4096	4178	2423	– 45	2835	10	2885	11	1629
4705	4799	2666	– 70	3196	5	3253	8	1756
5405	5513	2955	– 94	3606	– 6	3672	0	1941
6208	6333	3399	– 117	4173	– 29	4247	– 22	2295
7132	7274	3846	– 133	4742	– 57	4824	– 48	2660
8192	8356	4349	– 147	5354	– 98	5444	– 89	3073

Berechnet nach dem Gesetzentwurf vom 3.4.87. Angenommene Lohnerhöhung 1988: 2% (Metalltarif), Versicherungsabzug 16,5%.

che Sache käme auf ihn zu.“ Anwesend waren bei dem Gespräch u.a. Hellmut Jülich, Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, und ein Herr von der GSG 9. Nach dem Anschlag hätten Schwind und er „ein Schauspiel für die Presse inszeniert“. „Bedenken hatte er auch nicht, als er wenige Tage später die Haftbedingungen von Siegurd Debus wieder verschärfte.“ Kurz nach dem Bombenanschlag hatte Ministerpräsident Albrecht öffentlich behauptet, Debus „habe konkrete Mordpläne gegen Bedienstete der JVA“ gehabt. Davon wußte er nichts, so Dr. Kühling, dann hätte man ja wohl Schutzmaßnahmen für die Bediensteten ergriffen. Siegurd Debus starb einige Monate später an den Folgen eines Hungerstreiks, mit dem er gegen die willkürlichen Haftverschärfungen, die GSG 9 und Verfassungsschutz herbeigebombt hatten, protestieren wollte. Kaltblütig ließen sie ihn kreppieren. – (akl)



Bundesinnenminister Zimmermann strebt nach dem Abschluß des geheimen Abkommens über Zusammenarbeit der Polizeien und Geheimdienste mit Frankreich ein ähnliches Abkommen mit Italien an. Während eines Treffens mit dem italienischen Innenminister Scalfaro (Bild) übergab Zimmermann den Entwurf eines solchen Abkommens. Mit Italien hat die BRD bereits umfangreiche Polizeikooperation vereinbart, z.B. gemeinsame Kfz- und Personenfahndung. Nun soll der Austausch von Polizisten und allen mit „Terrorismusbekämpfung“ befaßten Stellen, also auch von Verfassungsschutzbeamten, und regelmäßige Treffen von Polizeidienststellen vereinbart werden. – (uld)

Sicherheit zuständigen Minister in der EG, TREVI, hat am 28. April eine Übereinkunft zur Asylpolitik getroffen, die die Bundesregierung ihrem Ziel ein gutes Stück näher bringt:

Damit verlangen alle EG-Staaten von den Flug- und Schiffahrtsgesellschaften die Kontrolle von Pässen und Visa in den Ursprungsländern. Befördern die Gesellschaften trotzdem Passagiere, die keine gültigen Einreisedokumente für die EG-Staaten haben, müssen sie die Flüchtlinge auf eigene Kosten zurückbefördern. Diese Regelung war bisher nur von Einzelstaaten, z.B. der BRD und Frankreich, beschlossen, aber u.a. in Belgien und den Niederlanden noch nicht in Kraft.

Weiterhin vereinbarten die Minister: „Um unter möglichst günstigen Bedingungen Ermittlungen über die Asylgesuche durchführen zu können, wird empfohlen, Bereiche vorzusehen, in denen die Antragsteller während der Anfangsphase der Untersuchungen über ihren Asylantrag aufgenommen werden können.“ Zu Deutsch: die EG-Innenminister einigten sich auf die Einrichtung von Lagern, in denen die Flüchtlinge eingesperrt sind, solange über ihren Asylantrag verhandelt wird.

Drittens wird angestrebt, daß Leute, deren Asylantrag in einem EG-Staat abgelehnt worden ist, nicht in einem anderen EG-Staat um Asyl nachsuchen können sollen: „Die Minister sind der Ansicht, daß, wenn ein Mitgliedstaat einer Person Asyl verweigert, dieser Staat dafür sorgen wird, daß die betreffende Person sich nicht an einen anderen Mitgliedstaat wendet, es sei den mit Zustimmung des letzteren oder in dem Fall, daß der Ausländer die dortigen rechtlichen Bestimmungen erfüllt.“ Insbesondere mit diesem Punkt ist die Bundesregierung unzufrieden. Sie will eine eindeutige Regelung darüber, daß die Ablehnung des Asyls in einem Staat der EG gleich für alle Mitgliedsstaaten gilt und Asylsuchenden die Ausreise in einen anderen EG-Staat unmöglich gemacht wird.

Voraussetzung dafür ist aber eine einheitliche Bestimmung, wer asylberechtigt ist, die bisher nicht besteht. Die EG-Kommission ist bereits mit der Ausarbeitung einer einheitlichen Definition beauftragt.

Für die meisten Flüchtlinge in der BRD bedeutet die „Harmonisierung“, daß die westdeutschen Polizeibehörden sie in ihr Heimatland abschieben. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat das Bundesamt in Zirndorf von 32013 Antragstellern nur 3139, nicht einmal ein Zehntel, als Asylberechtigte anerkannt. Das ist eine Folge der Asylrechtsbestimmungen, die am 15.1. in Kraft traten. Im gleichen Zeitraum des Vorjahrs erkannte das Amt knapp 15 Prozent der Antragsteller als Asylberechtigte an.

Quellenhinweis: Innere Sicherheit Nr. 2/87, Bundestagsdrs. 11/147 – (uld)

Bürgerschaftswahlen

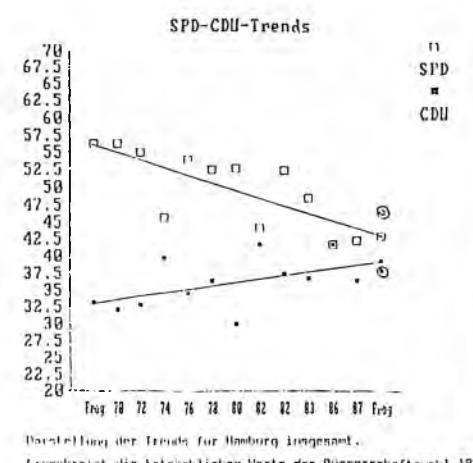
SPD/FDP-Koalition in Hamburg, Allparteienkoalition im Bund gegen GRÜNE

Die CDU verlor 3500, die FDP gewann 19000 Stimmen; das bürgerliche Lager ging aus den Hamburg-Wahlen gestärkt hervor und zieht jetzt mit der FDP, die neun Jahre lang an der 5%-Hürde scheiterte, in den Senat ein. Die SPD konnte ihrem Konto 42000 Stimmen zubuchen, darunter fast alle der 30000, die der GAL verlustig gingen. Und das ist interessant: Trotz der Bekanntgabe des Kaufs der Neue-Heimat-Wohnungen kurz vor der Wahl („Mieterschutz“) hat die SPD nur in geringem Maße ihre „Traditionswähler“ über den Stand von vor sechs Monaten hinaus mobilisieren können. Bei einem gesamten Zugewinn von 3,3% erzielte die SPD in den Hochburgen der GAL ein Plus von 6,3%. Als sicher muß gelten, daß den der GAL abtrünnig gewordenen Wählern ein SPD/FDP-Senat keineswegs ein Schreckensbild war und ist. Das Nichtkritisieren der Bangemann-Liberalität und Genscher-Außenpolitik durch die GRÜNEN rächt sich; schon schlagzeit-

der Kernenergie in einem Zeitraum von zehn Jahren sei mit der FDP nicht zu haben. Der Kaufpreis der NH-Wohnungen, so die FDP, müsse noch drastisch nach unten verhandelt werden, und auf keinen Fall dürfe die Stadt die Wohnungen auf Dauer behalten. Die Verschiebung der Ladenschlußzeiten in die Nacht und der „Dienstleistungsabend“ sind weitere FDP-Programmpunkte. „Schmerzhafte Einschnitte“ in die städtischen Personalkosten sollen das Geld bringen, das den Kapitalisten hinterhergeschmissen wird.

Den in Standort-Politik erprobten SPD-Senatoren dürften diese und weitere FDP-Zumutungen an die Arbeitenden nicht abwegig erscheinen. Und endlich wieder kann man, jahrelanger Übung folgend, die eigene Partei und die Gewerkschaften mit Verweis auf den „schwierigen Koalitionspartner“ disziplinieren.

Daß führende GAL-Mitglieder vor der Wahl nicht müde wurden, ihre Be-



Das Schaubild zeigt die SPD-CDU-Trends seit 1970 in Hamburg. Eingekreist die Werte der jetzigen Wahl. – Verschärfte Standort-Politik steht den Arbeitenden jetzt von von/von ins Haus: von Dohnanyi (SPD, Bild), von Münch (FDP). Ihr erstes Arbeitsessen war auch politisch ein voller Erfolg. Man verstand sich.

BILD: „Wenn die FDP so weiter macht, sind die Grünen weg.“

Kapitalisten erfreut
über das Wahlergebnis

Über das Ende der „Hamburger Verhältnisse“ äußerten alle Hamburger Kapitalistenverbände Zufriedenheit. Sie kündigten an, der FDP den Rücken zu stärken. Die FDP hat in Sachen Wirtschaftspolitik weitreichende Ziele. Eine Senkung der Gewerbesteuer sei „unabdingbar“. Zum mindest die Elektrizitäts- und Gaswerke müßten (teil-)privatisiert werden. Der vom SPD-Senat (nicht ernstlich) anvisierte Ausstieg aus

reitschaft zu betonen, für den Fall der Tolerierung eines SPD-Minderheitsse-nats die Kröte Standort-Politik bis auf einige Schleimbesatz zu schlucken, hat nicht zur Festigung ihrer Klientel beigetragen. Mancher wird in Hoffnung auf Teilhabe an einer „sozialverträglichen“ technologischen Expansion so zur SPD (zurück-)gefunden haben. Einzig die Friedensliste hatte sich in ihrem Wahlprogramm gegen die Standort-Politik gewandt. Im Wahlkampf jedoch setzte sie einseitig auf „das Friedensthema“. Angesichts der von ihr erzielten 3187 Stimmen kann grob gesagt werden, daß sie von 2/3

Wahlen Rheinland-Pfalz – Schlappe für die Reaktion?

Die Verluste der CDU, die mit 45,1% (1983: 51,9%) ihr schlechtestes Ergebnis seit 1963 erzielte und die seit 1971 gehaltene absolute Mehrheit verlor, beherrschten die Diskussion über das Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 17.05.87. In ländlichen Gebieten wie z.B. Bernkastel-Wittlich mit – 14%, Bitburg-Prüm – 13,9% verlor die CDU besonders stark. Heißt das jetzt aber, „daß ein großer Teil der Bevölkerung keine Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik will“ (UZ, 19.5.87)? Eher im Gegenteil. Indem die CDU das Problem so aufwirft, daß notwendig sei, die Interessen der deutschen Bauern und Winzer in Brüssel besser zu vertreten, stellt sich auch gleich die Frage, welche politische Kraft die nationalen Interessen gegenüber der EG am besten wahrnimmt. Viele sind aus diesen Gründen mit der CDU unzufrieden und haben gar nicht gewählt. Die konservative FWG hat vereinzelt hohe Ergebnisse erzielt (insgesamt 1,5%, aber in Bitburg 5,2%), aber besonders die Erfolge der NPD bei den Wahlen sind beachtenswert. Sie ist die einzige Partei, die gegenüber den Bundestagswahlen im Januar einen absoluten Stimmenzuwachs auf jetzt 18200 Stimmen bzw. 0,8% erzielte. Das ist das fünffache ihres Ergebnisses von 1983. Im Donnersbergkreis erhielt die NPD 1,9%, darunter in Kirchheimbolanden 2,6%. In Germersheim erhielt sie 3,0%, zusammen mit ÖDP und PATRIOTEN sogar 3,8%. Im Wahlkampf hat die NPD u.a. damit geworben, daß sie schon bei den nächsten stattfindenden Landtagswahlen in Bremen und

Schleswig-Holstein in einem Wahlbündnis mit der DVU (Nationalzeitung) kandidieren werde und sich davon eine Verbreiterung ihrer Basis verspreche.

FDP mit 7,3% (3,5%) und GRÜNE mit 5,9% (4,5%) sind wieder in den Landtag eingezogen, wobei die FDP absolut doppelt so viele Stimmen erhielt wie 1983; die GRÜNEN dagegen verfügen offenbar über einen relativ beständigen Stammwählerkreis, sie erhielten absolut nur 13% mehr Stimmen als 1983.

Die SPD blieb mit 38,8% (39,6%) nur auf den ersten Blick relativ stabil. Eines ist sicher: Die Hoffnung der SPD, mit einer Politik für die Interessen der kleinen Selbstständigen ihre Position zu stärken und vor allem „bei Handwerkern und Mittelständlern sowie bei Bauern und Winzern“ (Scharping) Stimmen zu gewinnen, ist gescheitert. Die prozentualen Gewinne der SPD in Landgebieten halten sich in Grenzen und resultieren im wesentlichen aus der geringeren Wahlbeteiligung, absolut hat sie nicht mehr Stimmen erhalten. Mit einer Ausnahme (Zweibrücken) hat die SPD dagegen in allen kreisfreien Städten weit überdurchschnittlich verloren, so z.B. in Mainz mit jetzt 37,7% (–4,8), Koblenz 37,8% (–3,6), Ludwigshafen 38,2% (–2,3), Kaiserslautern 44,5% (–2,7). Eine politische Konsolidierung der SPD hat diese Wahl also auf keinen Fall gebracht.

Das Wahlergebnis der DKP wird auch in der Stellungnahme des Präsidiums der DKP als „enttäuschend“ bezeichnet. Die DKP erhielt nur knapp 2800 Stimmen bzw. 0,1% (1983: 4940 / 0,2%). In den Mittelpunkt ihrer Wahlpropaganda hatte die DKP die Abrüstung gestellt. Entspre-



Vogel: Verstärkte Bemühungen um „deutsche Interessen“ in der EG

chend kommentiert sie das Wahlergebnis: „Sie (die Wähler, Red.) stimmten mit großer Mehrheit deshalb für Parteien, von denen sie annehmen, daß sie in Bonn für eine Außenpolitik eintreten, die zu einer baldigen Annahme der sowjetischen Vorschläge ... führt.“ Und an anderer Stelle: „Dieses Wahlergebnis ermuntert ...“. Hoffentlich nicht zu einer immer „breiteren“ Aktionseinheit, sondern zu einer klar auf Arbeiterinteressen bezogenen Politik. Das Wahlergebnis, das eine reaktionäre Mobilisierung auf dem rechten Flügel geradezu ankündigt, wäre dafür wohl Grund genug.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Die Welt, Rheinpfalz, Mannheimer Morgen, UZ vom 18./19.05. 1987)

der DKP-Mitglieder in Hamburg gewählt wurde.

Außerordentlich beunruhigend ist, daß 6000 Leute ultrareaktionäre und faschistische Gruppierungen wählten. Zwar sind dies 2500 weniger als im November 1986, aber angesichts einer seit 30 Jahren erstmal wieder in den Bereich des Möglichen gerückten Regierungsteilhabe der CDU muß dieses Ergebnis als Rechtsaußen-Stabilisierung gewertet werden.

„Lagerdenken“ in der BRD „aufgebrochen“

Hatte sich Bangemann noch vor Jahresfrist mit dem Argument, die Parteienschaft sei auf Dauer in die koalitionsunfähigen Lager rot/grün: schwarz/gelb geteilt, gegen FDP-Mitarbeit in einem SPD-geführten Senat ausgesprochen, so „herrschen jetzt in Hamburg andere Bedingungen als im Bund“. CDU-Geißler befand die sozialliberale Konstellation in Hamburg

schlicht als „demokratische Selbstverständlichkeit“. Glotz zeigte sich glücklich darüber, daß mit der jetzigen Senatsbildung in Hamburg das „Lagerdenken“ in der BRD aufgebrochen sei.

Tatsächlich dürfte nunmehr die grüne Debatte, ob man mit der SPD koalieren oder sie allenfalls tolerieren sollte, neben den neuen Gegebenheiten liegen: CDU/FDP und SPD haben sich ab dato wieder für miteinander koalitionsfähig erklärt und somit festgestellt, daß mit diesen GRÜNEN kein Staat mehr gemacht werden soll. Dies, so der SPD-Chef in spe, Vogel, sei nur folgerichtig: „Wer nur protestiert, verdient es nicht anders.“

Parallel dazu, daß den Grünen jeglicher Einfluß auf zukünftige Regierungsbildungen bestritten wird, greift die Reaktion frontal ihre parlamentarische Existenz überhaupt an. In der Volkszählungs-Debatte des Bundestages am 21.5.1987 verurteilte der CDU-Abgeordnete Oldenroth die GRÜNEN

ob ihrer Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Damit verletzten sie das Grundgesetz in einer Art und Weise, wie es im Bundestag seit dem Ausscheiden der KPD nicht mehr vorgekommen sei.

Dieser Druck, wie er sich auch in hohen Bußgeld-Bescheiden für Volkszählungs-Boykott-Aufrüster zeigt, wirkt. GRÜNEN-Fraktionssprecherin Schoppe meint, die Grünen seien „historisch darüber hinaus, eine Protestpartei zu sein“, und Vorstandsmitglied Berthold fordert auf, sich um Wähler „im wertkonservativen und christlichen Spektrum zu bemühen“. Tatsächlich jedoch ist unklar, ob sich die GRÜNEN unterhalb einer politischen Abgrenzung der Interessen der werktätigen Intelligenz von denen des BRD-Monopolkapitals behaupten können.

Quellenhinweis: „Wie die Hamburger wählten“, Analyse des Statistischen Landesamtes Hamburg vom 18.5. 1987; Tagespresse ab 18.5. –(wal, sth)

750-Jahr-Feier

Wir wollen alles: europäische Metropole sein und Reichshauptstadt

Und wenn es nicht sofort zu machen ist, so doch im nächsten Jahrhundert. Für den Westberliner Regierenden Bürgermeister ist das keine Vision mehr, sondern politische Strategie. Zur 700-Jahr-Feier 1937 war Adolf Hitler nicht erschienen. Für ihn war Berlin lange Zeit eine Stadt des Judentums und des Kommunismus. 1987 zur 750-Jahr-Feier haben der Westberliner Senat und die Bundesregierung der BRD dafür gesorgt, daß niemand fehlt. Bundeskanzler und Präsident der BRD, der französische Staatspräsident, die britische Königin und der amerikanische Präsident sollen die Ansprüche Westberlins untermauern. Präsident Reagan wird am 12. Juni vor dem Brandenburger Tor sprechen. Gegenwärtig ist der „Kudamm-Senat“ vollauf damit beschäftigt, eine ruhige Stadt und für die Ideale der Marktwirtschaft begeisterungsfähige Bürger zu präsentieren. Das kostet viel

1. Mai: Um 4.45 Uhr fahren zehn Mannschaftswagen der Polizei in der Gneisenaustraße auf und riegeln den Mehringhof ab. Nach Zerstörung mehrerer Tore und Türen dringen die Beamten ohne Zeugen in das Volkszählungs-Informations-Büro (VIB) ein. Kistenweise Info-Material wird abgeschleppt, hängen bleibt ein „Protokoll“ mit Hinweis auf „Gefahr im Verzuge“.

Auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag versammeln sich über 50000 zur DGB-Mai-Kundgebung. Die Aktion „Berlin stimmt ab – Mietpreisbindung als Dauerrecht!“ gegen die Einführung des „Weißen Kreises“ wird mit Unterstützung des DGB eröffnet.

Auf dem traditionellen Fest am 1. Mai auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg mit Schwerpunkten gegen den „Weißen Kreis“ und gegen die Volkszählung kommt es am Nachmittag zu Polizeiprovokationen. Nachdem zwei Bauwagen und ein leerer Polizeibus umgestürzt sind, greift die Polizei das Fest frontal an, nebelt den gesamten Platz mit CN-Gas ein und löst damit die Auseinandersetzung der „Kreuzberger Mai-Nacht“ aus: „Vier Stunden

rechtsfreier Raum“, jammert die „Morgenpost“ darüber.

4. Mai: Nachdem Diepgen „Anti-Berliner“ für die Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht hat, kündigt Kewenig Verstärkung der Polizei und Einschränkungen des Demonstrationsrechts an.

8. Mai: Über den Polizeipräsidenten versucht Kewenig, die Kundgebung zum Tag der Befreiung vom Faschismus aus dem Geschäftszentrum zu verbannen. Erst kurz vor Beginn der Kundgebung muß diese Verfügung zurückgenommen werden. Die Verbände der Verfolgten des Naziregimes erklären gemeinsam: „Die ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes lassen sich nicht – gemeinsam mit der Friedensbewegung – erneut einer Diskriminierung und Verfolgung aussetzen.“

14. Mai: Die Demonstration von der Kraftwerksunion (Kwu) zur Deutschen Bank aus Anlaß der Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank im ICC wird verboten. Der Demonstrationsaufruf greift die Rolle der Deutschen Bank u.a. im Rüstungsge-

Mühe und vor allem viel Polizei. Wir haben versucht zusammenzustellen, was sich gegenwärtig ereignet, und sicherlich noch nicht mal vollständig. Die sich überschlagenden Kampagnen sind mit der 750-Jahr-Feier nicht zu Ende. Nächstes Jahr ist Westberlin europäische Kulturhauptstadt und Tagungsort der Weltbank. In dieser Atmosphäre werden der nicht interessierte Arbeiter und der Kreuzberger Sozialhilfeempfänger offiziell zum „Anti-Berliner“ erklärt und immer aberwitzigere Aufrufe plaziert. So hat der Präsident des „Bundes der Mitteldeutschen“ jetzt vorgeschlagen, Unternehmen wie VW, Mercedes und Siemens sollten Zweigwerke in Leipzig, Dresden oder Rostock gründen, um das Leben in der DDR „lebenswerter zu machen“, so daß die Regierung mehr Reisefreiheit gewähren könne. Die Marktwirtschaft präsentiert sich.

schäft, in der Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes und im Kernkraftwerksgeschäft an.

16. Mai: Etwa 12000 beteiligen sich an der Demonstration gegen die Volkszählung. Durch Polizeiübergriffe wird die Demonstration auf weniger als die Hälfte aufgerieben.

Am Abend findet auf dem Kudamm die „Licht-Klang-Skulptur“ des Künstlers Kurt Jotter und der Gruppe „FDGÖ“ statt: „Wollt ihr die totale Erfassung?!“ Obwohl der Kudamm wegen der 750-Feier zum „Skulpturen-Boulevard“ erklärt wurde, mußte die Erlaubnis gerichtlich erzwungen werden.

In der Nacht zum Sonntag übt Kewenig „neue Polizeitaktik“ in Kreuzberg. Das „SO 36“ wird im Anschluß an ein Rockkonzert unter Einsatz von Tränengas geräumt, und dann beginnt in Kreuzbergs Straßen Polizei-terror: Insgesamt 700 Polizeibeamte und ein um weitere 50 Beamte aufgestocktes SEK machen Jagd, 69 Festnahmen.

19. Mai: Am Abend spielt Radio 100 Mitschnitte des *Polizeifunks* aus der Nacht vom 16. zum 17. Mai in Kreuz-



1936 führten die Faschisten die Olympiade in Berlin als groß aufgezogene Propagandaschau ihres Dritten Reiches durch. Der damalige Olympiateilnehmer Werner Seelenbinder, Kommunist und Widerstandskämpfer, wurde von den Faschisten 1944 im Plötzensee hingerichtet. In Westberlin fordern viele Antifaschisten, daß das Neuköllner Stadion erneut seinen Namen trägt.



Ende April räumte der Regierende Bürgermeister symbolisch die Sperrgitter vor einem Straßenteil beiseite, das bis zur Mauer vor dem Brandenburger Tor führt. Vor 16 Jahren war dieser Straßenteil gesperrt worden, nachdem ein sowjetischer Wachposten am Ehrenmal von Faschisten verletzt wurde. Berlin als Ganzes und Metropole in Europa, das ist Quintessenz der Feier der Reaktion.

berg ab. Sie belegen, daß Kewenigs „neue Taktik“ auf bewußter Provokation und Eskalation seitens der Polizei beruht: Funksprüche wie „Hier geht jetzt die Eskalation von seiten der Polizei“ sind zu hören oder „Alles, was auf der Straße rumläuft, einfangen, und wenn der Wagen voll ist, immer Reichenberger Straße südlich hochfahren – da werden sie euch abgenommen, einfach Gruppen einfangen, die auf der Straße sind.“ Die Kriminalpolizei bestätigt die Funksprüche und ermittelt gegen Radio 100.

20. Mai: Ein erstes Urteil wegen der Mai-Nacht in Kreuzberg wird bekannt. 21 Monate auf Bewährung wegen angeblich drei Steinwürfen für einen 22jährigen, der nach der Festnahme immerhin 2 Promille hatte.

23. Mai: Anlässlich des Auftretens von Kohl und Diepgens vor der Vereinigung der Haus- und Grundbesitzer in der Philharmonie führt die Mieterbewegung eine Protestaktion um die Philharmonie durch unter der Losung: „Menschenkreis gegen Weißen Kreis“. Eine Woche vor dem Ende der Aktion haben bereits über 350000 an der Abstimmung gegen den „Weißen Kreis“ teilgenommen.

Ende Mai: Zahlreiche Vorbereitungstreffen für den Reagan-Besuch am 12.6. finden statt, verschiedene politische Aktivitäten werden angekündigt, z.B. im Rahmen der „Hönkel-Woche“ („Hönkel ist lieb und antiimperialistisch, Hönkel ist die sozialrevolutionäre Perspektive, Hönkel ist die Verweigerung, sich zum Opfer machen zu lassen“), im Rahmen der „Woche des proletarischen Internationalismus“ u.a.

Der zentrale Demonstrationsaufruf gegen den Reagan-Besuch weist u.a. auf das gemeinsame Eintreten von Kohl und Reagan für den „Kreuzzug gegen Osten“ hin, erinnert an die Bombardierung Libyens unter dem Vorwand des Bombenanschlags auf die Westberliner Diskothek „La Belle“ und die Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes. Der Aufruf verwahrt sich dagegen, im Rahmen einer großen Jubelfeier die Auseinandersetzung mit dieser aggressiven Politik ebenso wie die sozialen und politischen Konflikte in dieser Stadt beiseite zu schieben:

„1987 stehen der Kampf um die 35-Stunden-Woche, die Mobilisierung gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung, die Diskussion um Volkszählung und Abbau demokratischer Rechte auf der Tagesordnung. Auch dies wollen wir in diesen Tagen deutlich machen. Wir wollen nicht, daß von dieser Stadt aus zum ‚Kampf gegen das Böse‘ aufgehetzt wird, wir wollen nicht, daß von dieser Stadt mit nationalistischen Tönen Parolen des ‚kalten Krieges‘ ausposaunt werden. Berlin (West) darf niemals wieder zurück in die Rolle des ‚Pfahl im Fleische‘. – (ann, brr, gug, haj, har)

Metropole Europas: Eine schöne Perspektive?!

Nachträglich kann man dem DDR-Staatsratsvorsitzenden nur gratulieren, daß er die Einladung zur 750-Jahr-Feier ins ICC nicht angenommen hat. Denn die revanchistischen Reden Diepgens und Kohls hätte er wohl kaum unwidersprochen lassen können. Und die faktische Ausladung Diepgens zum Festakt im Oktober war nur konsequent und zeugt von Selbstbewußtsein. Während die DDR gut auf westliche Repräsentanz bei ihren Feiern verzichten kann, fehlt der hiesigen Nabelschau jetzt so ein bißchen das gewisse Etwas.

Mit aller Macht versuchen Senat und Regierung derzeit, die politischen Bindungen Westberlins an den Westen zu demonstrieren, propagandistisch, aber auch praktisch. Z.B. mithilfe der westlichen Alliierten, deren Staatsoberhäupter provaktiv den Bundespräsidenten in seinem sogenannten „Berliner Amtssitz“ besuchen. Ein Novum seit Abschluß des Viermächteabkommens, und ein eindeutiger Bruch desselben.

Die folgenden Auszüge aus einem Beitrag Diepgens im Europa-Archiv 3/87 (Titel: Berlin im Kräftefeld der Ost-West-Beziehungen. Perspektiven für eine geteilte Stadt) sollen die Argumentationsweise der „neuen“ Deutschland- und Berlinpolitik sowie den Zusammenhang zur 750-Jahr-Feier aufzeigen.

„Wir haben die Aufgabe, Berlin als Metropole in der Mitte Europas und als Hauptstadt der deutschen Nation für das nächste Jahrhundert vorzubereiten. Das ist ein großes Wort, gewiß. Aber unsere Lage erfordert langfristig gesteckte Ziele, die gepaart bleiben mit dem nüchternen Blick für das heute Mögliche.

„... Die Rangfolge zwischen Freiheit und Einheit ist klar: Freiheit geht vor Einheit. Die Westbindung hat Vorrang vor einer staatlichen Einheit ohne Freiheit. Aber die Frage der Rangordnung stellt sich doch nur, wenn wir den Begriff Einheit primär auf staatliche Organisationsformen beziehen. Beziehen wir dagegen Einheit auf Nation, dann kann ich hier einen Widerspruch kaum entdecken. Die Nation beweist sich in der freien Betätigung des Willens der Menschen, zusammengehören zu wollen. Zu einer Nation zu gehören, das läßt sich nicht verordnen oder herbeinterpretieren, sondern ist Ausdruck von Selbstbestimmung. Nation ist, was Nation sein will. Deshalb ist das nationale Anliegen der Deutschen zu-

tiefst freiheitlich bestimmt. Wir halten fest an dem Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung auch staatlich zu vollenden. Aber Politik für die Einheit der Nation ist kein Ziel für übermorgen, sondern ein Ziel für heute trotz der Teilung – erst recht, wenn das Bewußtsein, zu einer Nation zu gehören, zunimmt. Es ist unsere Pflicht, eine Politik zu betreiben, die die Zusammengehörigkeit der Deutschen bewahrt und vertieft. Und weil dies eine freiheitliche Politik ist, dient sie auch dem Westen.

... Ich rechne zu den Bereichen, die die Einheit stärken, auch die wirtschaftliche Kooperation. Natürlich hat die DDR da ihre eigenen Interessen. In unserem Interesse liegt es aber, daß durch wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit die objektiven Interessen der DDR, und nicht nur dort, auf Zusammenarbeit mit dem Westen gerichtet bleiben.

... Auf Dauer stärkt der Ost-West-Technologietransfer die Westorientierung der RGW-Staaten eher, als er dem militärisch-industriellen Komplex dort zu nutzen imstande ist.

... Langfristig tun wir uns keinen Gefallen, wenn wir einen Nationalpatriotismus fördern, der sich allein auf die Bundesrepublik Deutschland bezieht ... Wir haben allen Anlaß, die Herausforderung durch die DDR-Geschichtsschreibung mit dem Versuch, so etwas wie eine DDR-Nation zu konstituieren, ernst zu nehmen.

... In rechne damit, daß die 750-Jahr-Feier später als wichtige Zwischenetappe angesehen wird. Wohin? Nun, die 750-Jahr-Feier birgt Chancen und Risiken. Die Risiken liegen darin, daß sich durch zwei Feiern in einer Stadt im Bewußtsein der Menschen in der Welt und vielleicht gar auch in der politischen Entwicklung die Teilung vertiefen könnte. Und die Chancen? Sie liegen darin, daß es gelingt, den Trend zu mehr Einheit in Freiheit in Deutschland zu verstärken oder für ihn gar neue Akzente zu setzen. Ich bin davon überzeugt: Die Chancen sind größer als die Risiken, wenn wir sie nur auszuloten und zu nutzen bereit sind.“

Ergebnis: Nation = zusammengehören wollen. Nation = Selbstbestimmung. Selbstbestimmung = Freiheit. Also: Freiheit = zusammengehören wollen. Folglich: Nicht zusammengehören wollen = Unfreiheit. Kohl: „Aber mit der Unfreiheit in einem Teil unseres Vaterlandes finden wir uns nicht ab.“ (Berliner Morgenpost v. 29.4.87) Verstanden!

Jugoslawien

Streikwelle: Der Konflikt zwischen Arbeitern und Regierung verschärft sich

Seit der Verfügung eines teilweisen Lohnstopps durch die Regierung Jugoslawiens im Februar 87 hat sich eine landesweite Streikwelle entwickelt, in der sich die Front zwischen den streikenden Arbeitern auf der einen Seite und Regierung, Partei und Gewerkschaften auf der anderen Seite eher verhärtet, als daß es zu irgendwelchen akzeptablen Lösungen kommt. Im folgenden dokumentieren wir Forderungen der Streikenden, die Haltung von Gewerkschaften und Regierung.

Die Streiks

Ursache aller Streiks ist der teilweise Lohnstop vom Februar. Danach werden Löhne und Gehälter auf dem Durchschnitt des letzten Quartals von 1986 eingefroren (bei einer Durchschnittsinflation von 90%!), und Lohn erhöhungen sollen nur noch möglich sein, wenn die Produktivität der Arbeit zunimmt. Nahezu gleichzeitig wurden Preiserhöhungen für mehr als 500 Güter des täglichen Bedarfs verfügt. Einer Mitteilung der Regierung zufolge erhöhten sich seit Jahresanfang die Preise von insgesamt 19000 Produkten um 100 bis 800%.

Sofort nach diesen Beschlüssen entwickelten sich im ganzen Land in allen großen Industriezentren spontane Streiks der Industriearbeiter, aber auch von Belegschaften im Handel und öffentlichen Dienst. Im März legten nach offiziellen Angaben 11000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Die Forderungen sind immer auf Rücknahme des Lohnstopps gerichtet.

Die Arbeiter weigern sich, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis „man ihre Löhne in unveränderter Höhe wieder auszahlt“ (so im Waggonwerk von Kraljevo, einer der größten Fabriken in Serbien).

Zu Beginn der Streiks schien es, als würde die Regierung in einigen Punkten einlenken. Sie kündigte im März Preissenkungen für einige Produkte an und das Einfrieren dieser Preise, z.B. für Textilien, Möbel u.a. Trotzdem wurde Brot um 22% teurer, Benzin, Dieselkraftstoff und Erdgas um 14 bis 25%. Die Regierung machte von Anfang an kein Hehl daraus, daß sie gewillt ist, ihre Beschlüsse „durchzuziehen“.

Besondere Empörung löste auch noch eine Maßnahme aus, beschlossen schon während die Streiks stattfanden: die Bundesverwaltung hatte ihre Löhne um ca. 33% angehoben. „Es kann nicht gehen, daß man uns die ohnehin kargen Löhne kürzt und gleichzeitig jene, die Kürzungen vornehmen, sich selbst ihre Gehälter um ein Drittel erhöhen“ (1) sagte ein Arbeiter in der

TV-Sendung „Streiks – Ja oder Nein“. Parteifunktionäre, die im Mercedes zu den Streikenden fuhren und sie beschwichtigen wollten, wurden ausgebuht und mußten fluchtartig die Betriebe verlassen. Mehrere Parteibetriebszellen haben sich aus Protest gegen die Regierungsmaßnahmen aufgelöst.

Die Streiks haben eine neue Qualität erlangt. Bisher wurde immer nur in einzelnen Betrieben in einzelnen Regionen gestreikt, diesmal wird landesweit gestreikt, und die Belegschaften unterstützen sich gegenseitig materiell und moralisch. Ein Beispiel dafür ist der seit Wochen anhaltende Streik der 1400 Bergarbeiter in der Kohlegrube „Rasa“ in Labin (Nordjugoslawien). Die Streikenden schmissen ihre Fabrikdirektoren aus dem Werk und drohten in der 5. Woche mit Hungerstreik und der Sprengung einiger Kohleschächte, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Sie fordern eine Erhöhung ihrer Grundlöhne um 100%. Bisher konnten sie im Durchschnitt rund 120000 Di-

meist leitende Angestellte. Bis Redaktionsschluß ist uns nicht bekannt, ob es bereits zu einer Einigung in Labin gekommen ist.

Die Gewerkschaft

Die Gewerkschaften, im jugoslawischen Gewerkschaftsbund zusammen geschlossen, unterstützen die Streiks nicht (s.a. Kasten). Zwar kritisierte der kroatische Gewerkschaftsbund den Lohnstop, aber offiziell ließen die Gewerkschaften verlauten, Lohnerhöhungen würden zu Lasten des Gewinns gehen und das Wirtschaftsprogramm der Regierung gefährden. Zahlreiche Gewerkschaftsaustritte sind in den Betrieben zu verzeichnen, in denen gestreikt wird, ebenso haben sich aus Protest gegen den Lohnstop einige Betriebszellen des Bundes der Kommunisten aufgelöst. „Von Anfang an fiel uns die Gewerkschaft in den Rücken“ (2), so ein Streiführer in Labin, „die Funktionäre benehmen sich wie Hilfssheriffs für die Regierungsgäste. Aber wir kriegen es auch ohne sie hin, solange wir landesweite Unterstützung von anderen Arbeitern erfahren.“ Die örtliche zuständige Gewerkschaftsleiterin Maria Todorovic befand es bisher nicht für nötig, Labin einen Besuch abzustatten. Die Absicht der Gewerkschaft, die Probleme im Rahmen der Selbstverwaltung zu lösen (s.a. Kasten), geht an der Tatsache vor-



Streikende in Labin warten vor der Sitzung des Arbeiterrates.

nar verdienen, das sind ca. 320 DM im Monat. In einer Reportage im jugoslawischen Fernsehen wurde über die Lebensbedingungen der Arbeiter in Labin berichtet, die oft von weiter kommen und in feuchten und baufälligen Baracken untergebracht sind. Aus allen Landesteilen eilten Delegationen von Bergwerksleuten nach Labin und sagten Solidaritätsstreiks zu, sollten Sicherheitsorgane sie gewaltsam in die Knie zwingen. Einer Aufforderung der örtlichen Parteileitung Mitte Mai, die Arbeit wieder aufzunehmen, kamen nur ca. 10% der Belegschaft nach,

bei, daß die Arbeiter kein Vertrauen mehr in diese Organe haben.

Die Regierung

Betrachtet man die bisherige Reaktion der Regierung und sämtliche beschlossenen Maßnahmen zur „Sanierung der Wirtschaft“, muß man davon ausgehen, daß sich der Konflikt verschärfen wird. Nach Beginn der Streikwelle sagte Ministerpräsident Branko Mikulic bei einem Besuch in der BRD in einem Interview, notfalls werde man auch mit der Armee gegen die „verfassungsfeindlichen“ Streiks vorgehen. Zwar kam es bisher nicht zu gewaltsa-

mer Unterdrückung der Streiks, aber die Regierung ist entschlossen, all ihre Maßnahmen durchzusetzen. Dazu gehört neben dem Lohnstopp v.a. das „Gesetz über Sanierungen und Insolvenzen“, das am 1.7.87 in Kraft tritt. Damit sollen unrentable Betriebe geschlossen werden können, deren Produktionsanlagen „veraltet“ sind (wenn man den Maßstab Exportfähigkeit und Weltmarktniveau anlegt). Nach Auskunft der Regierung laufen dann 1600 Betriebe mit 450000 Beschäftigten Gefahr, daß über sie der Konkurs eröffnet wird – und das bei einer Arbeitslosenquote von jetzt schon ca. 20%! Damit wird die bis jetzt in Jugoslawien faktisch bestehende Arbeitsplatzgarantie aufgehoben.

Die Regierung will so – nämlich gegen die Arbeiter und Werktätigen – die Verschuldung an den Westen reduzieren und die Wirtschaft „weltmarktrecht“ modernisieren. Anbindung an die EG, Erleichterungen für ausländi-

sche Investoren in Jugoslawien u.a. sind dazu weitere Maßnahmen. Der Konflikt ist bis jetzt sicher noch nicht ausgetragen. Allerdings gibt es bislang keine Anzeichen dafür, ob und inwieviel in den spontanen Arbeiterkämpfen sich eine gesellschaftliche Orientierung abzeichnet, die z.B. die Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern und die Orientierung auf den Weltmarkt, verbunden mit immer größerer Ausweitung der Arbeit, kritisiert.

Daß es eine Krise im politischen System gibt, zeigt sich u.a. bei Umfragen. Der Partei wird nicht mehr die Fähigkeit zugeschrieben, die Probleme des Landes zu lösen. In den letzten zwei Jahren haben sich die Jugendverbände der Partei scharf gegen den „Partisanenkult“ gewandt, der die brennenden Probleme – etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit – nicht löst. Auch in intellektuellen Kreisen formiert sich Opposition, z.B. in Form eines „Solidari-

„Die Gewerkschaften und Streiks“

Unter diesem Titel setzt sich ein Kommentar der kroatischen Zeitschrift „Danas“ vom 21.4.87 kritisch mit der Haltung der Gewerkschaften zu Streiks auseinander. Wir geben hier Ausschnitte in eigener Übersetzung wieder:

„Die Nachricht, die Gewerkschaft schlage vor, das Streikrecht zu legalisieren, schlug im März wie ein Blitz ein. Aber leider stimmt dies nicht. Denn dieselbe Gewerkschaft schlägt vor, daß die Unzufriedenheiten der Arbeiter auf den legalen Weg innerhalb der Selbstverwaltungsgremien gelenkt werden. Damit wäre der Begriff und der Charakter eines Streiks als illegal definiert.

Es ist schon 10 Jahre her, daß man den Begriff „Streik“ aus den offiziellen Dokumenten verbannt hat. ... Vom ersten Streik im sozialistischen Jugoslawien, vor 29 Jahren in Trbovlja, bis in die 70er Jahre, wurde diese Erscheinung als Schmach betrachtet, die vertuscht werden mußte. Streiks wurden ... als „staatsfeindliche Maßnahmen“ definiert. Nachdem die Anzahl der Streiks zunahm, wurden sie quasi geduldet. Die Organe des Staatsschutzes waren nun damit befaßt, die Streiks zu unterdrücken ... und die Gewerkschaft bezeichnete sich als in keiner Weise zuständig. ... Die Gewerkschaft hat niemals diese Methode des Kampfes für Gerechtigkeit gutgeheißen, hat aber angefangen, sich ernsthaft mit der Lösung der Probleme zu befassen, aufgrund derer die Arbeiter protestieren. Die Gewerkschaft billigte den Terminus „Arbeiteraufstand“ ... Die Gewerkschaft ist angesichts der jetzigen

Streikwelle aufgefordert, darüber nachzudenken. Bisher gebrauchte sie die Ausrede, die Arbeiter seien eigentlich nicht für Streik ... Das ist auch heute noch die Überzeugung der Regierung, nach der Streikwelle im März kann man jedoch die Ursachen der Streiks nicht länger ignorieren.

Ebenso überflüssig ist die Behauptung, die steigende Zahl von Beschwerden der Arbeiter in den Selbstverwaltungsgremien sei Ausdruck des größeren Vertrauens in sie. Wenn die Gewerkschaften jetzt vorschlagen, in den Selbstverwaltungseinheiten das Recht der Arbeiter zu stärken, eine „außerordentliche Versammlung“ abzuhalten, ist auch das nichts anderes als eine Ausrede. Die außerordentliche Versammlung soll vom Arbeiterrat gefordert werden, wenn der sich taub stellt, von der Gewerkschaft einberufen werden. Durch Gesetz ist bereits geregelt, daß die Forderungen der Arbeiter weitergeleitet werden an die zuständigen Organe und diese verpflichtet sind, konkrete Schritte zur Lösung der Probleme zu unternehmen ... Die detaillierten Regeln, wie sich die Arbeiter auf einer solchen Versammlung zu verhalten haben, soll eine Satzung regeln ... Man kann nicht davon reden, daß das Recht des Arbeiters, seine Unzufriedenheit zu äußern, damit demokratisiert wird, besonders deshalb, da bestraft werden kann, wer sich nicht an die Regeln hält. Bei Streiks ... ignorieren die Arbeiter o.a. Methoden. Die Arbeiter fordern zu Recht, ihre Rechte zu verwirklichen und auch außerhalb des ganzen Delegationssystems wahrzunehmen ...“



„Wir streiken, bis unsere Forderungen erfüllt sind!“

tätsfonds“ zugunsten politisch Verfolgter in Jugoslawien. Die Vertreter des Fonds haben offensichtlich Vorstellungen von parlamentarischer Demokratie als Ziel. Leider thematisiert bis jetzt keine große gesellschaftliche Gruppe die Weltmarktabhängigkeit als Problem v.a. für die Lage der Arbeiter und aller werktätigen Klassen und Schichten. Quellenhinweis: (1) „Die Presse“ (Osterr.), 27.4.87, (2) „taz“, 12.5.87, Danas, Politika (Ausgaben März – Mai 87) – (Isc)

Türkei

Studentenbewegung erstarkt wieder

Unter die Studenten in der Türkei kommt zunehmend Bewegung nach Jahren der Lähmung durch das Militärregime. Auslöser für Protestaktionen ist ein Gesetz, das die Studenten zu Zwangsmitgliedern eines neu zu gründenden „Studentenvereins“ machen soll, dessen Vorstand vom Rektor bestimmt werden soll. Wer nicht Mitglied dieses Vereins werden will, muß das dem Rektor gegenüber schriftlich begründen. Der Verein soll an die Stelle der unabhängigen Studentenvereine und -verbände treten, die sich erst vor kurzem nach langen Auseinandersetzungen wieder aufbauten oder neu gründeten. Das Militärregime hatte nach dem Putsch von 1980 zunächst sämtliche Organisationen und Vereine der Studenten zerschlagen. Jetzt, nachdem die Studentenbewegung beginnt, sich zu reorganisieren, fürchtet das Regime offenbar, an den Hochschulen könne sich ein Widerstandsherd gegen die Regierung entwickeln; die Auflösung der erst im Aufbau befindlichen Vereine in den neuen „Studentenverein“ unter der Knute der Rektoren soll dementsprechend der Kontrolle und

Niederhaltung oppositioneller Regungen unter den Studenten dienen. Gegen den Versuch, den „Studentenverein“ zu installieren, führten große Teile der Studentenschaft Demonstrationen und Hungerstreiks in mehreren Städten durch, in deren Verlauf es zu Verhaftungen kam. Unterstützt wurden die Aktionen von türkischen und kurdischen Studenten im Ausland. In der BRD fand ein dreitägiger Solidaritäts-hungerstreik in Dortmund statt.

Grundlage der geplanten Auflösung der sich entwickelnden Studentenvereine ist das Hochschulgesetz von 1981. Mit diesem Gesetz wurde die Leitung der Universitäten direkt staatlichem Zugriff in Form eines „Hochschulrats“ unterstellt, dessen Mitglieder zu fast 2/3 von Staatschef Evren ernannt werden. Die Organe der Selbstverwaltung wurden zu Beratungsgremien umgewandelt, so daß die Hochschulen nahezu alle Kompetenzen, bis hin zur Personaleinstellung, verloren haben. Die Einführung des „Studentenvereins“ gehört zu den letzten Gliedern der Kette von Zwangsmaßnahmen gegen die Hochschulen. Der Protest der Studenten wurde und wird gewaltsam unterdrückt mittels Polizeiangegriffen auf Demonstrationen und Verhaftungen. Der Staat behauptet, die Verhafteten seien Aktivisten verbotener linker Organisationen, um so die Bewegung zu spalten. Diese Absicht ging allerdings daneben, zumal die Studenten von einem Wiedererstarken der Arbeiterbewegung profitieren und sich so kleine Spielräume offen halten können. Mittlerweile zögert das Regime, den „Studentenverein“ an den Hochschulen zwangsläufig einzuführen. – (dev)

Südafrika

Entwicklungen im Lager der weißen Siedler

Die von Botha auf den 6.5.87 vorgezogenen Wahlen zur weißen Parlamentskammer sind im Vorfeld nicht unwe sentlich von den westlichen Gläubigerbanken mitentschieden worden. Durch Verlängerung des „Schuldenstillstands“ um weitere drei Jahre haben die Ban ken Bothas Kreditwürdigkeit unterstrichen. Ergebnis der Wahlen: Der Vormarsch der Ultrarechten wird Botha zur stärkeren Unterdrückung jeder Opposition und zur weiteren Destabilisierung der Frontstaaten ermuntern. Zum anderen deuten die Ereignisse der letzten Monate an, daß eine Minderheit unter den Weißen Bothas Militär- und Apartheidspolitik zunehmend in Frage stellt.

Auf den ersten Blick haben sich die Prognosen der westlichen Presse bestä

tigt: Die seit vier Jahrzehnten regierende Nationale Partei (NP) von Präsident Botha konnte ihre Stellung festigen. Trotzdem hat sich eine wichtige Verschiebung ergeben: Stärkste Oppositionspartei wird in Zukunft nicht mehr die liberale, vorwiegend von englisch-sprachigen Weißen getragene Progressive Federal Party (PFP), sondern die vor fünf Jahren von der NP abgespalte ne ultrarechte Conservative Party (CP) sein. Transvaal und Oranje-Freistaat, Stammland der burischen Farmer, sind Hochburgen der CP und der noch rabi tierenden rivalisierenden Schwesternpartei Hersigte Nasionale Party, die ihren einzigen Sitz verlor. Das Programm der CP befürwortet eine drastische Ver schärfung der Apartheidspolitik: Einrichtung von Homelands nicht nur für Schwarze, sondern auch für Mischlinge und Inder.

Der Rechtsrutsch unter den weißen Farmers hat seine Ursache in der Krise der südafrikanischen Kolonialwirtschaft. Extensive Bodenbewirtschaftung, Konkurrenz durch Agroindustrie und die große Trockenheit der letzten Jahre haben die Farmer in hohe Ver schuldung getrieben. Mehr und mehr gewinnt die radikale Rechte aber auch Einfluß auf die kleinen Minen- und Industriestädte der Gegend um Pretoria-Witwatersrand-Vereeniging. Der Öffentliche Dienst, eine Domäne für Bothas Klientel, wird rationalisiert; Weiße fürchten um ihre Arbeitsplätze und Privilegien. Diesem Trend ver spricht die Ultrarechten, durch konsequente „Politik der getrennten Entwicklung“ Einhalt zu gebieten.

Die Wahlabstinenz von einer Million Wahlberechtigten kann als Kritik an der bestehenden Apartheidspolitik verstanden werden. 28 Professoren der führenden Hochschule für Weiße im Kapland, Stellenbosch, verfaßten im März einen Forderungskatalog, der u.a. beinhaltet: Aufhebung des „Group Areas Act“, Abschaffung des Dreikammerparlaments, Mitspracherecht der Schwarzen in Regierungsangelegenheiten. Mit ähnlicher Programmatik erzielten unabhängige Kandidaten, ehemals Mitglieder der NP, ein gutes Wahlergebnis. Ein Teil der akademischen weißen Jugend greift die Politik der Regierung verstärkt an. An mehreren weißen Universitäten fanden Demonstrationen statt. Die Studenten/innen protestierten gegen den brutalen Überfall der Polizei auf das Hauptquartier des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU, gegen die Erschießung von sechs Eisenbahnarbeitern während des Massenstreiks im Öffentlichen Dienst und gegen den Überfall Südafrikas auf angebliche ANC-Stützpunkte in Sambia. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurden Schrotgewehre gegen weiße Studenten eingesetzt.

Quellen: div.NZZ, taz, FAZ – (and)

Philippinen

Reaktionärer Aquino-Kurs erneut bestätigt

Noch ist das offizielle Endergebnis der Wahlen vom 11.5. zu dem philippini schen Zwei-Kammer-Parlament nicht verkündet, sind die anfänglich triumphierenden Hochrechnungen der Aquino-nahen Namfrel (Bewegung für freie Wahlen) etwas nach unten revidiert und mehren sich die Beweise für ver breiteten Wahlbetrug und Terror – dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, daß das von Präsidentin Aquino unterstützte Wahlbündnis gewonnen hat. Nach der vor Monaten durch Volksabstimmung beschlossenen Verfassung waren 24 Senatoren sowie 200



Kandidaten des Aquino-Wahlbündnisses. Frau Aquino führte den Wahlkampf mit Slogans wie „Ehrlichkeit ist die beste Politik“.

Abgeordnete für das Unterhaus zu wählen.

Nach Angaben der offiziellen Wahl kommission vom 20.5. entfallen nach der bisherigen Auszählung auf das Aquino-Wahlbündnis 20 Senatssitze, darunter mindestens fünf für die Aquino-Verwandschaft, und ca. 130 Unter haussitze. Die rechte Gruppierung GAD (Allianz für Demokratie) erhält voraussichtlich 2 Senatssitze, darunter einen für den Marcos- und Aquino-Ex Verteidigungsminister Enrile. Die alte Marcos-Partei KBL erhält voraussichtlich keinen Senatssitz.

Zum ersten Mal seit 1946 konnte sich die Linke an den Wahlen beteiligen. Zwar ist die KP der Philippinen nach wie vor illegalisiert und war die nach dem Marcos-Sturz gegründete Linkspartei Partido ng Bayan PnB (Volkspartei) von der Aquino-Regierung zunächst von den Wahlen ausgeschlossen, bis die offizielle Wahlkommission wenige Wochen vor den Wahlen die Entscheidung revidierte. Die PnB und andere Organisationen bildeten daraufhin das Wahlbündnis ANP (Allianz für eine neue Politik) mit einem Programm, das auf dem Aktionsprogramm der Einheitsfrontorganisation NDF basierte und u.a. Land-

reform, die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte und die Annullierung der philippinischen Auslandschulden forderte. Kandidaten für das Linksbündnis waren u.a. Bernardo Buscayno, einer der Gründer der Neuen Volksarmee NPA, Crispin Beltran, Vorsitzender der Gewerkschaft 1. Mai, und Horatio Morales von der NDF.

Morales beschrieb den Zweck der Wahlbeteiligung als „Eintritt in die Wahlarena der Parteien als Vertretung der Mittelklassen und der unteren Klassen ...“ und den Wahlkampf des Linksbündnisses als „traditionellen Wahlkampf in einer sehr beschränkten Demokratie, die von Vertretern der Elite und der Reichen dominiert wird“. Vor den Wahlen hatte das Linksbündnis mit knapp 30 Sitzen im Unterhaus gerechnet. Nach den bisherigen Auszählungen werden wahrscheinlich aber nur wenige Sitze auf das Bündnis entfallen. Das ist großteils sicher Resultat von Wahlbetrügereien – in verschiedenen Arbeitervierteln und Slums von Manila entfiel auf das Linksbündnis nach der offiziellen Zählung keine (!) Stimme – und von verbreiteter Terror von Armee und faschistischen Bürgerwehren: 50 Wahlhelfer des Linksbündnisses wurden ermordet, die Armee ließ Gebiete, die unter Einfluß der NPA stehen, evakuiieren, und die Wahlkommission verlegte die Wahllokale aus unsicheren Landgebieten in Armee-kontrollierte Küstenstädte.

Dennoch ist unbestreitbar, daß die philippinische Oligarchie die Mehrheit der städtischen Bevölkerung und vor allem die Mittelklassen erneut hinter Präsidentin Aquino und damit für eine katholisch verbrämte reaktionäre Politik sammeln konnte. Die Kräfte des Fortschritts und der Revolution konnten bislang nicht die systematische Abspaltung der Mittelklassen durchbrechen.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben – (wom)

Pakistan

USA bauen Position gegen Afghanistan aus

Die US-Regierung prüft derzeit einen Antrag Pakistans, US-amerikanische Radarüberwachungsflugzeuge vom Typ Awacs zu mieten, um sie an der Grenze zu Afghanistan einzusetzen. Da die Awacs-Anschaffung im Herbst vergangenen Jahres bei einem Besuch des US-Verteidigungsministers Weinberger ausgehandelt wurde, bestehen über den Ausgang der Prüfung keine Zweifel.

Die USA bauen Pakistan zielstrebig zu einer Militärbastion gegen die Nachbarländer, d.h. gegen die Region des Mittleren Ostens und gegen die

Sowjetunion aus.

1983 haben die USA – erstmals seit dem Abschuß des amerikanischen Spionageflugzeuges U2 über der Sowjetunion im Jahr 1960 – wieder Spionageflugzeuge in Pakistan stationiert, P3-Orion, die insbesondere die Bewegungen der sowjetischen U-Boot-Flotte beobachten sollen. Ebenfalls 1983 bildeten die USA das Zentralkommando CENTCOM, dessen Zuständigkeitsbereich den Mittleren Osten, die Arabische Halbinsel, Ägypten, Sudan, Äthiopien, Somalia und Kenia umfaßt und zu dessen Hauptstützpunkt Pakistan aufgerüstet wird. Im ganzen Land werden derzeit neue Militäranlagen und Luftwaffenbasen gebaut, den den CENTCOM unterstellten US-Interventionstruppen – derzeit 300000 Soldaten, bis 1989 450000 – im Einsatzfall zur Verfügung stehen. Allein im Landesteil Balutschistan an der Grenze zu Iran und Afghanistan sind 32 Militärflughäfen in Bau, der größte in Chagai nahe der afghanischen Grenze.

Bemerkenswert ist auch, daß Pakistan mehr und mehr die Rolle eines Militärpolizisten übernimmt. Ca. 50000 Soldaten, 10% der pakistani-

schen Armee, sind im Ausland stationiert. Allein 13000 Mann wurden 1980, nach dem erfolglosen Aufstand in Mekka, nach Saudi-Arabien entsandt. Die Stationierung pakistanischer Truppen im Ausland wird weitgehend von den USA finanziert: Über 60% der Stationierungskosten werden durch die US-Militär- und Wirtschaftshilfe gedeckt, die in den nächsten fünf Jahren noch einmal kräftig aufgestockt werden soll.

Die Sowjetunion ist mittlerweile bereit, ihre Truppen aus Afghanistan innerhalb von 18 Monaten abzuziehen. Damit steht dem Abschluß des Abkommens über die politische Lösung des Afghanistan-Konflikts nicht mehr viel im Wege. Der Ausbau der militärischen Position der USA in der Region schafft eine brandgefährliche Lage. Die USA sollen ebenso wie die UdSSR Garantiemacht der afghanischen Blockfreiheit werden. Damit haben sie es in der Hand, in Afghanistan einen Krieg mit der UdSSR vom Zaun zu brechen. Darauf bereiten sie sich vor. Quellenhinweis: Far Eastern Review, 18.12.86; Neue Zürcher Zeitung, 6.5.87 – (scc)

Frankreich

Die Privatisierung und Balladurs „Volkskapitalismus“

Nachdem die Privatisierungsverordnung im Herbst 1986 von der Chirac-Regierung durch das Parlament gebracht worden war, gab Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur seinen „Liberalisierungs-“ und Privatisierungsplan bekannt. So sollten zunächst drei große, mit Profit arbeitende Staatskonzerne privatisiert werden, die Finanzgesellschaft Paribas, der Industriekonzern St. Gobain und die Versicherungsgruppe AGF. Unter Liberalisierung versteht Balladur folgende

Maßnahmen: – Abbau der Steuern, d.h. Senkung der Gewinnsteuer von 50% auf 45%, Senkung der Einkommenssteuerhöchstgrenze von 65% auf 58%, Einfrieren der Steuersätze für Kapitalisten für drei Jahre, Abschaffung der 1982 eingeführte Vermögenssteuer auf Großvermögen; – Abschaffung der Preisfestsetzungsbefugnisse; – neue Wettbewerbsordnung; – Abbau der Kontroll- und Untersuchungsbefugnisse der Steuer- und Zollbehörden. Im Nachtragshaushalt für 1986



Spekulation an der Pariser Börse



Peru: Rund 100000 Polizisten in Lima und Callao traten am 15.5. in den Streik. Sie forderten u.a. eine Lohnerhöhung von rund 90 auf 350\$, bessere Arbeitsbedingungen, den Rücktritt des Innenministers; auch wollen sie zukünftig nicht mehr gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden. Die Polizisten besetzten mehrere Kasernen (Bild). Laut Gesetz sind ihnen gewerkschaftliche Organisation und Streik verboten; die Regierung sprach von Meuterei und setzte Militär ein. Inzwischen haben die Polizisten ihren Streik beendet. Die Gewerkschaften riefen zu einem 24stündigen Generalstreik für Lohnerhöhungen, Beendigung des Ausnahmezustandes und Freilassung inhaftierter Gewerkschafter auf. – (scc)

Malta: Nach Regierungswechsel EG-Annäherung

Ein „Machtwechsel von strategischem Rang“ feiert die „Welt“ den Wahlsieg der Christlichen Demokraten Maltas bei den dortigen Parlamentswahlen. Der Vorsitzende der Partei und künftige Regierungschef, Edward Fenech Adami, ist eng mit der Union Europäischer Christdemokraten und mit der CDU/CSU verbunden. Als erstes politisches Ziel haben die Christdemokraten die Mitgliedschaft Maltas in der EG verkündet. Die – in der Verfassung festgeschriebene – Neutralität Maltas wäre dadurch bald nur noch Fiktion. An die Stelle guter Beziehungen zu Libyen trate die Nutzung der Inselseistung für die außenpolitischen, militäri-

schen und wirtschaftlichen Expansionspläne der westeuropäischen Monopole. – (rül)

Belgien: Streiks bei Bell

Mit Streiks in allen Werken haben Anfang Mai die Lohnabhängigen der „Bell-Telekommunikation“-Werke einen „Sanierungsplan“ der Geschäftsleitung abgewehrt. Die Kapitalisten wollten 700 Entlassungen, eine Senkung der Betriebsrenten, weitere Ausdehnung der Teilzeitarbeit, das Recht auf Zwangsversetzungen in andere „Bell“-Werke in Belgien und den Verzicht der Lohnabhängigen auf Lohnansprüche für den Fall, daß sie die Produktion unterbrechen, durchsetzen. Jetzt ist der Plan zurückgezogen. – (rül)

wurden hingegen weitere Einsparungen für den öffentlichen Sektor vorgesehen: Einsparungen in der Verwaltung, Auflösung von Abteilungen der Zentralverwaltung, Erweiterung des Einstellungsstopps im Öffentlichen Dienst mit Ausnahme von Polizei- und Justizverwaltung. Erhöhte Ausgaben wurden vorgesehen für die „Verbesserung der öffentlichen Sicherheit“, Jugendbeschäftigungsmassnahmen, Unterstützungsmaßnahmen für Landwirte, Entlastung von Sozialabgaben für Betriebe, die Auszubildende einstellen.

Die Privatisierungskampagne läuft seit Ende 1986 auf Hochtouren. Seitdem vermeldet die bürgerliche Presse entzückt den Ansturm der Aktionäre. Bereits der Verkauf von St. Gobain Ende 1986 und der von Paribas Anfang 1987 wurde durch Werbespots im Fernsehen und ganzseitige Anzeigen in den Zeitungen nahegebracht. Für die

zum Verkauf stehenden Aktien von St. Gobain (neben fest in der Hand von Banken befindlichem Kapital bleiben 10% der Aktien den Beschäftigten des jeweiligen Konzerns zum Kauf vorbehalten, 20% ausländischen Interessenten, der Rest soll von einem „breiten Spektrum“ erworben werden, was Ballardur „Volkskapitalismus“ nennt) meldeten sich mehr Käufer als Aktien angeboten wurden. St. Gobain ist führend in der Herstellung von Gußrohrleitungen und machte 1986 für 1,88 Mrd. FF Profite gegenüber 1,52 Mrd. FF im Vorjahr. Die im Februar 1987 abgeschlossene Privatisierung von Paribas, einem der größten europäischen Bank- und Finanzunternehmen, hatte ähnliche Ergebnisse. Für die in Frankreich angebotenen 14,77 Mio. Aktien meldeten sich 2,5 Mio. Käufer.

Um die CGCT (Compagnie Générale de Construction Téléphonique), einen Konzern im Bereich der Kom-

Fiji-Inseln: Australien, Neuseeland drohen

Australien und Neuseeland demonstrieren in diesen Wochen, was sie von der Unabhängigkeit der benachbarten pazifischen Inselstaaten halten: Seit am 14. Mai das Militär in der ehemaligen britischen Kolonie Fiji gegen die gerade gewählte Linksregierung putschte, liegen australische Kriegsschiffe im Hauptafen des Inselstaates – offiziell, um gegebenenfalls die Evakuierung australischer Staatsbürger zu ermöglichen. Gleichzeitig haben die Labour-Premiers von Australien und Neuseeland, Hawke und Lange, wissen lassen, welche Zusammensetzung sie für eine neue Regierung nach dem Putsch wünschen. Die gestürzte Regierung von Fiji wurde hauptsächlich von Indern gestellt, die heute die Bevölkerungsmehrheit bilden und früher vom britischen Imperialismus als billige Arbeitskräfte nach Fiji geschafft wurden; die Regierung strebte engere Bindungen an die Blockfreien-Bewegung an und wollte künftig amerikanischen Kriegsschiffen mit Atomwaffen an Bord das Anlaufen der Häfen von Fiji verweigern. Die putschenden Militärs begründeten ihren Coup mit den Befürchtungen der eingeborenen melanesischen Bevölkerung vor ethnischer Dominierung durch die Inder und mit der Angst der Melanesier, ihr Land zu verlieren. Nicht widerlegt sind bislang Gerüchte, nach denen die CIA beim Putsch dabei war. – Australien und Neuseeland haben auch ihren Druck auf die Regierung von Vanuatu verstärkt, ihre Verbindungen zu Libyen abzubrechen, und mit dem Entzug von Wirtschaftshilfe gedroht, falls die Regierung Vanuatus dieser Forderung nicht nachkommen sollte. – (wom)

munikationstechnologie, gab es einen scharfen Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen Siemens und ATT (USA). Die französische Regierung verkaufte schließlich an das französisch-schwedische Konsortium Matra-Ericsson, dafür ist eine französische Beteiligung an der schwedischen Auto-telefon-Technologie vorgesehen. Siemens bescheinigte daraufhin Frankreich mangelnde EG-Solidarität, die amerikanische Botschaft drohte in einer Erklärung mit Protektionismus.

Gerangel gab es in Frankreich um den Verkauf des Fernsehsenders „TF 1“. Den Zuschlag bekam schließlich ein Konsortium, an dem der größte Baukapitalist Frankreichs, Bouygues, 50% besitzt. Prompt erschien in der „Le Monde“ eine zynische ganzseitige Anzeige mit seinem Konterfei und dem Wort „danke“. Mitglieder des Konsortiums sind außerdem der englische Zeitungskonzern Pergamon Me-

Sri Lanka: Regierungsterror gegen Studenten

Die Regierung von Sri Lanka hat sechs Universitäten des Landes geschlossen, nachdem die Polizei am 1. Mai einen Studenten erschoss und die Studenten daraufhin landesweit gegen diesen Terror der Regierung demonstrierten. Die Regierung läßt verbreiten, die seit 1971 verbotene marxistische Volksbefreiungsfront JVP stehe hinter den jetzigen Unruhen der Studenten. Bei einem von der JVP 1971 geführten Aufstandsversuch hatte die damalige Regierung tausende Studenten ermorden lassen.

– (wom)

US-Kongreß-Anhörungen zur Iran/Contra-Affäre

Seit dem 5. Mai laufen die Anhörungen zur Iran/Contra-Waffenschieber-Affäre vor einem Kongreßkomitee. Der erste verhöerte Zeuge, Generalmajor a.D. Decord, sagte aus, er sei im Juli 1984, kurz vor Verabschiedung des Gesetzes, das der Regierung Waffenhilfe an die Contras verbot, von Oberstleutnant North vom Nationalen Sicherheitsrat beauftragt worden, eine Kette von privaten Firmen für Waffen- und Geldverschiebungen zu gründen. Der zweite Zeuge, der ehemalige Nationale Sicherheitsberater McFarlane, sagte aus, daß Präsident Reagan wiederholt klargemacht habe, daß er nicht beabsichtige, mit den Contras zu brechen. Von wegen Reagan habe nichts gewußt. Er hat aktiv gesammelt, z.B. den saudi-arabischen König für einige zehn Millionen Dollar für die Contras angehauen und Spendern von mehr als 300000 Dollar Privataudienzen gegeben. Die Reaktion versucht jetzt, die illegalen Machenschaften der Regierung als patriotisch und ihre Akteure als Helden zu verkaufen. Der Kongreß mit seiner schwankenden Politik sei

schuld. Die Reaktion geht gleich weiter. Gesetze, die den Präsidenten in seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit beschneiden, seien verfassungswidrig und müßten weg. – (ger)

15 Jahre Haft für Otelo de Carvalho

Am 20. Mai 1987 wurde Otelo de Carvalho, Symbolfigur und einer der wichtigsten Kräfte der portugiesischen „Nelkenrevolution“ von 1974 wegen Umsturzversuchs zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Anklage, die sich ausschließlich auf Aussagen von Polizisten und Kronzeugen stützt, behauptete, er sei

Gründungsmitglied der FP-25, die für 12 Morde und etwa 20 Attentate seit 1980 verantwortlich gemacht wird und den Vorwand für die Einführung von Terrorismusgesetzen lieferte, nach denen Otelo jetzt verurteilt wurde. Einer der drei Richter, Jose Ricardo, erklärte, es sei bewiesen, daß Otelo unschuldig sei. Sein Anwalt wird die Annulierung des Urteils beantragen. Wir fordern dazu auf, an den Staatspräsidenten Mario Soares, Palacio de Belém, Lissabon, Telegramme zu schicken, in denen gegen das Urteil protestiert und seine Annulierung gefordert wird.

– (ti)



Unter den Namen „Solid Shield“ (fester Schild) führten die USA vom 15.4. bis 15.5. mit 50000 Soldaten ihre bisher umfangreichsten Manöver in Zentralamerika und den karibischen Inseln durch. Etwa zur gleichen Zeit starteten die Contras – US-bezahlte Söldner für den Sturz der Regierung Nikaraguas – ihre Frühjahrsoffensive. Ausgerüstet mit Lageplänen der US-Armee über die Energieversorgung in Nikaragua aus der Zeit des Somoza-Regimes werden die Sabotagetruppen von US-Militäreinrichtungen in Honduras, El Salvador und von US-Kriegsschiffen aus zu ihren Sabotagezielen dirigiert. Die US-Manöver selbst haben Honduras im Mittelpunkt. Ein Thema der Kriegsübung: Honduras ruft USA zu Hilfe gegen Überfall durch Nikaragua. In Kuba, wo die USA noch immer eine Militärbasis haben, wird Evakuierung geübt, ausgehend von der Annahme, daß Kuba einem US-Angriff auf Nikaragua nicht untätig zusehen würde. – (her)

dia Trust von Robert Maxwell, mehrere französische Banken und Versicherungen sowie einige französische Zeitschriftenverlage und Verlagshäuser.

Die größte Aktion läuft zur Zeit mit der Privatisierung des Konzerns CGE (Compagnie générale d'électricité). 1982 war sie verstaatlicht worden, dann verhandelte der damalige Premierminister Fabius mit der ITT mit dem Ziel, die französische Kommunikationstechnologie international konkurrenzfähig zu machen. Unter Chirac wurden dann 1986 die europäischen ITT-Filialen aufgekauft, dadurch ist die CGE weltweit an zweiter Stelle der Telekommunikation. Sie hat insgesamt 240000 Beschäftigte, der erwartete Umsatz liegt bei 132 Mrd. FF. Der Tochterkonzern Alsthom ist Lieferant des französischen Eisenbahnwesens (u.a. Schnellzug TGV), die Tochter Framatome ist weltweit der größte Produzent von Kernkraftwerken. Der Ver-

kauf der CGE läuft unter dem Motto „ununterbrochen Profite von 1898 bis heute“, wobei Profite immer, wenn es nötig war, mit Hilfe des Staates gemacht wurden. Aus diesen Profitinteressen wurden bei der CGE im Zeitraum von 1984 bis 1986 25000 Arbeitsplätze abgebaut, für 1987 sind bereits die Streichung von 2000 Arbeitsplätzen bei Alcatel, von 6000 bei ITT-Spanien angekündigt worden. Nach diesen „Erfolgen“ soll das Tempo der nächstfolgenden Privatisierungsprojekte noch beschleunigt werden, als nächstes stehen an die Bank CCF (Crédit Commercial de France), die Werbeagentur Havas, die Großbank Société Générale, die nach Kriegsende von de Gaulle verstaatlicht worden war, die Versicherungsgruppe AGF und weitere Industriegruppen.

Die französischen Kommunisten (PCF) vertreten den Standpunkt, daß Balladurs Schlagwort vom „Volkskapi-

talismus“ irreführend ist. Zum einen, weil die Großbanken immer einen entscheidenden Anteil des Kapitals behalten. Zum anderen meint die „l'Humanité“ (Zentralorgan der PCF), versuche die Regierung bzw. die Kapitalisten, durch den Aktienverkauf an viele ein Potential an Sparern heranzuziehen, die direkt von den Interessen des Kapitals abhängig sind. Ein weiteres Ziel sei, Beschäftigte durch besondere Vergünstigungen (Rabatte) beim Aktienerwerb an die Kapitalinteressen zu binden, denn als Aktionäre müßten sie nach Dividendenerhöhung streben und damit Arbeitsplatzstreichungen, Flexibilisierung und anderes mehr im eigenen Betrieb dulden.

Quellenhinweis: versch. Ausgaben „Neue Zürcher Zeitung“ v. 1986 und 1987; „Le Monde“ v. 25.4.87; „H.A.Z.“ v. 25.4.87; „l'Humanité“ versch. Ausg.; „Lutte Ouvrière“ v. 16.5.87. – (sur)

— Veröffentlichungen —

Kritik der BRD-Rüstungsausgaben

Das „Zentrum für Marxistische Friedensforschung“ hat eine Broschüre zur Kritik der BRD-Rüstungsausgaben herausgegeben. Sie belegt, daß die Kriegsausgaben sich keineswegs auf den Etat des Verteidigungsministeriums beschränken. Nach NATO-Kriterien gehören sowieso z.B. die Ausgaben für die WEU (Etat des Außenministeriums) oder für den BGS (Innenministerium) zu Rüstungsausgaben. Die Broschüre beweist aber auch, daß viele Ministerien (z.B. Forschung und Technik, Post) versteckte Rüstungskosten aufweisen. Nach Schätzungen kommen die Autoren zu der Gesamtsumme von 76,6 Mrd. DM an Rüstungs- und Militärausgaben 1987 in der BRD (zum Vergleich: der Verteidigungshaushalt beträgt 51,3 Mrd. DM). In der Analyse des Kriegshaushaltes 1987 wird auf die besonderen Steigerungsraten bei Munition, Fernmeldegerät und militärischen Anlagen hingewiesen und mit der Verbindung des Haushaltes zu AirLand-Battle, FOFA-Richtlinie und zum WHNS-Abkommen erklärt. Die Broschüre wird schwach dort, wo sie die Militärpolitik der Wendekoalition darstellen will. Der Bundesregierung wird letztlich bloß Unvernunft vorgeworfen, denn die konventionelle Aufrüstung im Komplex mit SDI, EVI und Nuklearwaffen diene nicht der Kriegsvermeidung durch Abschreckung, sondern weiterer Integration „in eine vom US-Imperialismus betriebene Strategie der Kriegsfähigkeit“. Ein eigenes Kriegsinteresse der BRD wird geleugnet. – Auf dem Weg in den Rüstungsstaat?, Zentrum für Marxist. Friedensforschung, 1987 im IMFS-Vertrieb, 8,00 DM – (jok)

Geschäfte und Verbrechen der Politmafia“

Die Verfasser Jürgen Roth und Berndt Ender haben in diesem Band, so der Untertitel, „Eine kritische Bestandsaufnahme des internationalen Dunkelmännerwesens“ vorgenommen. Über die internationales Verbindungen der westdeutschen Reaktionäre erhält der Leser wichtige Informationen. Das Buch ist daher nützlich für eine antifaschistische Politik.

Da die Buchautoren auch über die politischen reaktionären Umtreibe des katholischen Ordens „Opus Dei“ berichteten, hatten die westdeutschen Funktionäre des Ordens den Lamuv-Verlag mit Gerichtsklagen, Verfügungen u.a. überzogen, so daß der Verlag das Buch Ende 1985 vom Verkauf zurückzog. Dem IBDK-Verlag (Internationaler Bücherdienst der Konfessionslosen-Verlag) ist es zu danken, daß das Werk in überarbeiteter und aktualisier-

ter Fassung seit März des Jahres wieder verbreitet wird.

Die Verfasser wenden sich gegen eine allgemeine „Verschwörungstheorie“, halten aber fest: „Tatsache bleibt, daß es eine unselige Allianz von Verbrecherthum und pathologischem Antikommunismus gibt.“

Teil dieser Allianz ist das „Opus Dei“ (Werk Gottes), dessen Tätigkeit die Verfasser herauszuarbeiten versuchen, Kapitel VIII „Die Schwarze Internationale und Opus Dei“. Die Erhellung der reaktionären Umtreibe des „Opus Dei“ bereitet besondere Schwierigkeiten, da der Orden laut seiner „Konstitution“ – was von ihm bestritten wird – zur Verheimlichung seiner Mitglieder und seiner politischen Tätig-



Wegen seiner Opus Dei-Mitgliedschaft wurde der Aachener Oberbürgermeister Malangré im Kommunalwahlkampf 1984 heftig kritisiert. Das Opus Dei hat in Aachen einen Schwerpunkt gebildet.

keit verpflichtet ist. Die Buchautoren berichten über die Teilnahme von „Opus Dei“-Mitgliedern am blutigen Putsch gegen die sozialistische Allende-Regierung in Chile, über die Verbindungen zu faschistischen Organisationen, daß das „Opus Dei“ in der Bundesrepublik ein wichtiges Bindeglied zwischen konservativen politischen Kräften, westdeutschen Finanzkapitalisten und internationalen Faschistenkreisen ist. 1982 erhob der Papst Johannes Paul II. den Laienorden zu einer Personalprälatur. Dadurch ist das „Opus Dei“ zu einem weltweiten Bistum ohne eigenes Territorium geworden, dessen Prälat sich über die Ortsbischofe hinwegsetzen kann. Kardinal Hößner, Ruhrbischof Hengsbach, Erzbischof Degenhard (Paderborn) sind eifrige Fürsprecher und Helfer dieses Dunkelmänner-Verbandes.

J. Roth, B. Ender. Geschäfte und Verbrechen der Politmafia. 19,80 DM. Auslieferung: IBDK-Vertrieb. Postfach 3005. 3000 Hannover 1 – (gba)

Broschüre zum Siemens-Konzern

Die Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie in Bayern hat eine 36seitige Broschüre über das gesellschaftliche Wirken des Siemenskonzerns herausgegeben. Die sechs Abschnitte befassen sich mit der gewerkschaftsfeindlichen Politik des Konzerns und den Umtreiben auf europäischer und internationaler Ebene ebenso wie mit der Vereinnahmung staatlicher Mittel zur Durchsetzung von Profitinteressen und mit der Denkfabrik der schwarz-braunen Siemens-Stiftungsreferenten. Seit es den Konzern gibt, nimmt Siemens öffentliche Aufgaben der deutschen Imperialisten wahr: technische Ausrüstung ganzer Staatsapparate und engste Verknüpfung mit der Verwaltung imperialistischer Herrschaft. Siemens war wesentlich verantwortlich für die Kriegsfähigkeit des Deutschen Reiches, heute rüstet der Konzern die Kommandostellen der Bundeswehr mit modernster Elektronik aus. (Fortschritt à la Siemens muß auf Widerstand stoßen, Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie Bayern, Bestelladresse: GNN Verlagsgesellschaft, Postfach 110724, 8900 Augsburg 11, Preis: 2,50 DM)

Die IGfM und ihre Hintermänner

Ogleich die Broschüre über die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in der Hauptsache die These vertritt, diese konterrevolutionäre Organisation sei ein vor allem vom us-amerikanischen Geheimdienst CIA gestützter und geführter Propaganda-Verband, enthält sie eine Reihe nützlicher Materialien, die jedoch auf anderes hinweisen: Die Mutterorganisation der IGfM war der konterrevolutionäre Bund Russischer Solidaristen (NTS). Der NTS hat frühzeitig mit den Nazis zusammengearbeitet und sich um die Mitwirkung von konterrevolutionären Russen am faschistischen Überfall auf die Völker Osteuropas bemüht. Auch die Liste der heutigen Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder der IGfM weist eher darauf hin, daß der Verein vorwiegend von westdeutschen Reaktionären betrieben wird. Dazu gehören unter anderem: Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Würzburg; Dr. Otto Habsburg, Pan-Europa-Union, Mitglied im Europa-Parlament für die BRD; Constantin Freiherr von Heermann, Bauernverbandspräsident, Dr. Klaus Motschmann, Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland, Prof. Dr. h.c. Stingl, ehemals Präsident der Bundesanstalt für Arbeit und heute führender Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Die Liste westdeutscher Reaktionäre im Vorstand ist noch länger, dort sind aber auch andere, als Faschisten bekannte

Westeuropäer und Emigranten aus ost-europäischen Staaten vertreten. Die Gesellschaft betreibt vor allem die propagandistische Unterstützung von reaktionären und konterrevolutionären Umtrieben in der ganzen Welt, sei es durch Greuelmärchen über die Lager der SWAPO in Sambia, durch Horrorgeschichten über Nicaragua, durch Listen über „Menschenrechtsverletzungen“ in den osteuropäischen Staaten, durch Propaganda gegen die Befreiungsbewegungen in Azania/Südafrika.

(Arbeitskreis Nicaragua (Hrsg.), Propagandisten des Krieges, Hintermänner der Contra: „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“, Dokumentation, 8,00 DM – uld)

VVN-BdA: Material zum Revanchismus

Eine Übersicht über die in diesem Jahr geplante Veranstaltungen und Aktivitäten von revanchistischen Verbänden hat die VVN-BdA zusammengestellt. Die Sammlung enthält die vom „Deutschland-Union-Dienst – Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ veröffentlichte Liste von CDU- und CSU-Bundestagsabgeordneten, die „Flüchtlinge“ und „Vertriebene“ sind, versammelt sind die führende Funktionäre vom Bund der Vertriebenen und dem Bund der Mitteldeutschen. Ergänzt wird die Liste durch Äußerungen der Abgeordneten und der Verbände zur Regierungserklärung und zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung, sowie aktuelle Diskussionsbeiträge aus den Reihen der Union zur Expansion gen Osten. In Auszügen ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember 1986 dokumentiert, wonach „ein bereits erworbener Vertriebenenstatus der Eltern durch die Geburt an das Kind übergeleitet wird“. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte damit die fortbestehende Gültigkeit des Bundesvertriebenengesetzes, in dem bestimmt ist, daß „nach der Vertreibung geborene Kinder die Eigenschaft als Vertriebene erwerben“, auch wenn nur ein Elternteil „vertrieben“ ist. Dazu erklärt die Zeitung „Unser Danzig“, Organ des „Bundes der Danziger“: „Ziel des Paragraphen ... ist die Aufrechterhaltung eines bestehenden Vertriebenenstatus über die Generationen der unmittelbar Betroffenen hinaus ... Das Bundesverwaltungsgericht hat die vom BdV vertretene Auffassung in vollem Umfange bestätigt.“ Die Vertriebenenverbände wollen sich künftig auch verstärkt darum kümmern, daß insbesondere die Nachkommen ihren „Status“ nicht verlieren, indem sie z.B. sich nicht um den „Vertriebenenausweis“ kümmern. (Georg Herde, Revanchismus 1987, Die Situation nach der Bundestagswahl, gehetzt. Zu bestellen bei: VVN-BdA, Rosserstraße 4, 6000 Frankfurt 1 – uld)

Antifa-Konferenz NRW

Einige nützliche Beschlüsse für den Kampf gegen faschistische Organisationen

Die landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW hat sich gefestigt. Dies ist ein wichtiges Ergebnis der Konferenz am Samstag, 9.5.1987, in St. Augustin bei Bonn. Mit über 200 Teilnehmern war die siebte Konferenz seit der ersten Ruhrgebietskonferenz im April 1984 die bisher bestbesuchte. Neben ausländischen Organisationen, DKP, VVN/BdA, Volksfront, VSP, BWK, MLPD, KB, Autonomie, Grünen und Falken waren die Jusos und die SPD deutlich stärker vertreten als bisher, einzelne Mitglieder christlicher Gruppierungen nahmen teil. Die Stadt St. Augustin hatte 5000 DM zur Finanzierung der Konferenz zur Verfügung gestellt.

Nach einer Demonstration durch St. Augustin fand das Eröffnungsplenum der Konferenz wie bisher als Erfahrungsaustausch statt. Schwerpunkt der Konferenz bildeten jedoch elf Arbeitsgruppen mit breit gestreuten Themen: Die Neu-Formierung faschistischer Organisationen und der Neuen Rechten, Versuche der Einflußnahme der Neuen Rechten auf Friedensbewegung und Grüne, antifaschistische Erziehung, die Sicherheitsgesetze, das Ausländer- und Asylrecht, der „Historikerstreit“ und die Fortführung der Kampagne für Auflösung und Verbot faschistischer Organisationen.

Die meisten Arbeitsgruppen zogen aus ihrer Diskussion praktische Konsequenzen und legten dem Abschlußplenum entsprechende Anträge vor. Während es z.B. auf der letzten Konferenz noch umstritten war, wie die Republikaner zu beurteilen sind, konn-

te diesmal in einem Beschuß festgestellt werden, „... daß die Partei ‚Die Republikaner‘ bekannte Neofaschisten und Konervative auf den faschistischen Positionen der ‚Neuen Rechten‘ zusammenführt. Diese Partei muß ähnlich behandelt werden, wie die NPD in ihrem Aufstieg Ende der 60er Jahre.“

Ebenfalls gegen Versuche der Reaktion, eine faschistische Sammlungsbewegung zu etablieren, richtet sich der umseitig auszugsweise dokumentierte Beschuß „Gegen Bündnisse mit der ‚Neuen Rechten‘“. Der Beschuß grenzt sich namentlich ab von Gruppen wie dem „Initiativkreis Linke Deutschland Diskussion“ (LDD), dem „Koordination Friedensvertrag“, dem „Arbeitskreis Blockfreiheit und Befreiung“, der „Denkschrift Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem“ und offen faschistischen Gruppierungen wie der „Aktion Gesamtdeutsche Solidarität“.

Wie wenig entwickelt die Kritik dieser Gruppierungen ist, wurde auf der Konferenz selbst deutlich. Die LDD konnte zeitweilig einen Büchertisch machen. Einen Antrag, dies zu unterbinden, lehnte das Eröffnungsplenum mehrheitlich ab, erst müsse die inhaltliche Auseinandersetzung mit der LDD geführt werden. Diese Auffassung verkennt, daß die Durchsetzung bloßer Anwesenheit ein wesentlicher Zweck des Auftrittes der LDD war. Beim Anti-NATO-Kongreß vor einem Jahr in Bonn war die LDD deswegen sofort herausgesetzt worden.

Der schließlich verabschiedete Beschuß ist nützlich, sofern er sich gegen



Der diesjährige Landesparteitag der NPD konnte in NRW verhindert werden. Mehrere Städte weigerten sich, der NPD Räume zu vermieten. Der Wirt einer Dortmunder Gaststätte kündigte den mit der NPD geschlossenen Mietvertrag nach Protesten. (Bild: Demonstration gegen den NPD-Parteitag 1982 in Witten)

Nationalismus, gegen die „Souveränitätsdiskussion“ und gegen Revanchismus wendet und feststellt, daß Gruppen wie die LDD keine Bündnispartner sind. Ein Mangel ist jedoch, daß die Kritik nicht ausdrücklich von den sozialen Interessen der Werktätigen ausgeht. Dies wäre umso nötiger, als gerade die LDD sich frech auf Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung beruft, obwohl Karl Marx und Friedrich Engels doch schon im „Kommunistischen Manifest“ feststellten: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“

Die Konferenz billigte einen Brief an den Kultusminister und die GEW, der sich für verschiedene Projekte „antifaschistischer Erziehung“ einsetzt. In einem Brief an die Jugendämter der Gemeinden in NRW wird die Einrichtung von Arbeitskreisen zur Indizierung „volksverhetzender“ Schriften, Videos und Schallplatten angeregt, die sich aus Vertretern antifaschistischer Organisationen zusammensetzen sollen. Sinnvoll wären solche Arbeitskreise, wenn sie sich auf diejenigen stützen, die von faschistischer Hetze gedemütigt werden: Ausländische Arbeiter, Gewerkschaften, jüdische Organisationen usw.

In einem Beschuß wird die Notwendigkeit kommunaler Beschlüsse gegen die Vergabe von Räumen, Plätzen u.ä. an Faschisten herausgearbeitet. Solche Ratsbeschlüsse gibt es in NRW inzwischen in sieben Städten, teilweise allerdings unter Bezug auf Art. 21 Grundgesetz („Verfassungsfeindlichkeit“) und weitreichenden Möglichkeiten einer Argumentation nach dem Schema „rechts = links“. Die Konferenz bestätigte die Forderung nach Anwendung des Art. 139 Grundgesetz in Verbindung mit den Kontrollratsgesetzen. Sie will die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer stärker unterstützen.

Die Konferenz unterstützt den Aufruf zu einer Demonstration gegen die jährliche „Sonnenwendfeier“ von Neonazis am 20.6.1987 in Horn bei Detmold und will landesweit mobilisieren. Sie verabschiedete eine Grußadresse an die Demonstration gegen das „Schlesiertreffen“ am 20.6. in Hannover.

Voraussichtlich im September soll landesweit zu einem „Sternmarsch“ gegen das Zentrum der Nationalistischen Front (NF) in Bielefeld aufgerufen werden. Zu befürchten ist, daß dieser „Sternmarsch“ nicht viel nützen und die Teilnehmerzahl eher klein wird, wenn es nicht gelingt, das Bündnis gegen das NF-Zentrum und gegen faschistische Organisationen am Ort zu festigen und inhaltliche Fortschritte zu erreichen, die die Reaktion stärker unter Druck setzen. Ein Vorbereitungstreffen für den „Sternmarsch“ soll alsbald stattfinden. Die nächste Konferenz ist für November geplant, ebenfalls in Bielefeld. - (wof)

Gegen Bündnisse mit der „Neuen Rechten“

„In den letzten Jahren wurde von einigen kleinen, aber lautstarken Gruppen versucht, der Friedensbewegung Konzepte aufzudrängen, die alle letztlich auf die Wiedervereinigung Deutschlands hinauslaufen ...“

Über die Wiedervereinigungsdebatte und über die Diskussion um angeblich mangelnde staatliche Souveränität der Deutschen in der Frage der Raketenstationierung wird von diesen Gruppen ein neuer Nationalismus geweckt, der wieder nur in einer neuen Katastrophe enden kann. Die Souveränitätsdiskussion ist ein Irrweg. Der aktuelle abrüstungspolitische Streit beweist dies: Die CDU/CSU/FDP-Regierung der Bundesrepublik ist der große Aufrüster, will immer neue Raketen und verhindert die Ost-West-Entspannung.

Es gibt nur einen Weg zum Frieden: Wir selbst müssen durch massenhaftes Eintreten für Abrüstung und Frieden die Raketen und die Kriegsgefahr politisch bekämpfen ... Grundlage und gültige europäische Friedensordnung sind hierbei die Ostverträge und der KSZE-Prozeß. Die „deutsche Frage“ ist nicht mehr offen. Das Deutsche Reich existiert nicht mehr. Wir wenden uns gegen die Veränderung der europäischen Grenzen und fordern die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

In verschiedenen dieser Gruppen ... arbeiten „Neue Rechte“ mit ... Darüber hinaus versuchen etliche rein oder fast rein neofaschistische Gruppen sich mit gleicher oder ähnlicher Argumentation an die Friedensbewegung anzuhängen ... Sie alle sind für uns als Bündnispartner ungeeignet ...“

Verbot von NF, FAP und aller faschistischer Org.!

„Tausende forderten im letzten Jahr von der Landesregierung das sofortige Verbot der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) aufgrund Art. 139 GG. Landesinnenminister Schnoor wandte sich jedoch an Bundesinnenminister Zimmermann mit der Aufforderung, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der FAP wegen Verfassungsfeindlichkeit (Art. 21 GG) zu stellen. Damit hat die Landesregierung die Verantwortung an den Bund abgeschoben, welcher bis heute keinen Verbotsantrag gegen die FAP gestellt hat ...“

Inzwischen hat sich in NRW auch noch die 1985 gegründete, militant faschistische „Nationalistische Front“ (NF) mit einem Bundeszentrum in Bielefeld festsetzen können. Die NF stellt sich nach eigener Aussage in die Nachfolge des „nationalrevolutionär-

en“ Strasser-Flügels der NSDAP und der SA, sie bildet das Bindeglied zwischen NPD und FAP und formiert sich als Auffangbecken im Falle eines Verbotes der FAP ...“

Der Rat der Stadt Bielefeld fordert von Landesinnenminister Schnoor, die NF als NSDAP-Nachfolgeorganisation aufzulösen ... Statt dessen übernehmen Polizei und Staatsanwaltschaft den Schutz der Nazitreffen im Bundeszentrum der NF in Bielefeld und gehen gegen Antifaschisten vor, indem Teilnehmer einer antifaschistischen Blockade sechs Stunden lang im Autonomen Jugendzentrum eingekesselt und Anklagen wegen Landfriedensbruch gegen sie vorbereitet werden ...“

Es ist unerträglich, daß mit der Begründung, Links- und Rechtsextremismus sei gleichzusetzen, in Wirklichkeit Antifaschisten verfolgt und faschistisches Treiben geduldet wird. Wir fordern von der Landesregierung eine eindeutige Absage gegen den organisierten Faschismus, insbesondere der FAP und NF, indem alle rechtlichen Möglichkeiten gegen ihn ausgeschöpft werden. Das ist insbesondere Art. 139 GG, aufgrund dessen der Landesinnenminister die sofortige Auflösung von FAP und NF und die Einziehung ihres Vermögens vollziehen kann.

Es muß Schluß damit sein, daß in NRW militante Neonazibanden mit staatlicher Duldung und Deckung Ausländer und Antifaschisten verfolgen und bedrohen können und ungehört ihre faschistische Hetzpropaganda betreiben können.“

Keine Ausweisung und Abschiebung von Kurden!

Aus einem Brief an NRW-Innenminister Schnoor:

„Anfang März 1987 bombardierten 30 Kriegsflugzeuge der Türkei Wohngebiete in Südkurdistan, dem irakisch besetzten Teil Kurdistans ... Aus diesem Anlaß protestierten etwa 50 Kurden auf der Autobahn A2/A3, indem sie ... den Verkehr in beiden Richtungen eine halbe Stunde blockierten und ein Transparent gegen die Militärhilfe der BRD für die Türkei entrollten ...“

Sie selbst haben sich ... dahingehend geäußert, daß die Ausländerbehörden „mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bis hin zur Ausweisung und Abschiebung“ gegen die beteiligten Kurden vorgehen sollen ...“

Wir fordern Sie auf, ihre Äußerungen zu widerrufen und die Polizeibehörden anzuweisen, die Strafanzeigen zurückzuziehen und die entsprechenden Behörden anzuweisen, die Strafverfolgung einzustellen und keine ausländerrechtlichen Maßnahmen zu ergreifen ...“

Landtag kreditiert NPD Auflösung gefordert

Kiel. 1971 hatte die NPD aufgrund ihrer Mitgliedschaft im schleswig-holsteinischen Landtag von 1967 bis 1971 mit 5,8% Stimmenanteil eine Wahlkampfkosten-Vorauszahlung von 149000 DM vom Landtag erhalten. Da die NPD 1971 mit einem Stimmenanteil von 1,3% unter der Wahlkostenerstattungsgrenze von 1,5% blieb, mußte sie das Geld zurückzahlen, hatte es aber nicht mehr. Der Ältestenrat des Landtags beschloß, der NPD nach einer Zahlung von 20000 DM die restlichen 129000 DM bei einem monatlichen Abtrag von 500 DM zinslos zu stunden, das ist ein zinsloser Kredit auf 21 Jahre für eine faschistische Partei! 42000 DM stehen noch aus! – Vor einem Landesparteitag der NPD in Segeberg demonstrierten am 23.5.87 100 Personen und forderten deren Auflösung. In einem Flugblatt, das verteilt wurde, forderte ein Personenbündnis von SPD-, Grünen- und DKP-Mitgliedern: Verbot und Auflösung des Parteitages, Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen gemäß Artikel 139 GG und die Verhinderung ihrer Kandidatur bei der Landtagswahl. – (brb/kaq)

Studiengebühren führen zu „Regelstudienzeiten“

Hannover. Die Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag stellte am 21. April einen Entschließungsantrag gegen die Einführung von Studiengebühren (LT-Drucksache 11/939 vom 30.4.87), in dem u.a. ausgeführt wird: „Unter hochschulpolitischen Gesichtspunkten handelt es sich bei der Einführung von Studiengebühren um einen Versuch der Durchsetzung von Regelstudienzeiten.“ Seit Ende April gibt es in Niedersachsen massive Proteste in allen Universitätsstädten gegen die Einführung von Studiengebühren und andere sogenannte Sparmaßnahmen der Landesregierung. Am 14.5. waren über 40000 Studierende an Demonstrationen beteiligt. Landesweite Berichterstattung findet in den Medien kaum Raum, außer für chauvinistische Kritik: „Niedersachsen muß Forschungsland bleiben“, schreibt die „Hannoversche Allgemeine“ am 21.5.87 als Kommentar zum Widerstand gegen die „Sparbeschlüsse“ der Albrecht-Regierung. Das ist auch offizielle SPD-Linie. Wenig Beachtung wird der FDP geschenkt, die, seit 1986 wieder in Regierungstätigkeiten, ihren Beitrag zur Stärkung kapitaler Interessen liefert. Unter dem Motto „Freie Bahn dem Tüchtigen“ forcieren sie reaktionärste Positionen in Richtung Karriere um jeden Preis, gegen kollektive Betätigungen oder Errungenschaften, und möglichst schnell. Das ist einer der Gründe für die Einführung von Studiengebühren. – (mal)



Köln. Am 21. Mai führten etwa 30 Teilnehmer Protestaktionen vor Banken in der Kölner Innenstadt durch. Sie wandten sich gegen die Unterstützung der südafrikanischen Regierung und Kapitalisten durch westdeutsche Kredite und forderten den vollständigen Boykott Südafrikas. Die Aktion wurde vom Arbeitskreis Bankentag Köln durchgeführt. Bild: Aktion in Köln im letzten Jahr. – (uld)

RFS und Republikaner mußten Uni räumen

In einer gemeinsamen Aktion gelang es am 21.5. dem AStA der Uni Köln, Antifaschisten aus der Hochschule, dem antiimperialistischen Spektrum und dem antifaschistischen Forum Köln dafür zu sorgen, daß der neofaschistische „Ring Freiheitlicher Studenten“ (RFS) eine Veranstaltung mit Franz Schönhuber, Bundesvorsitzender der Republikaner, nicht eröffnen konnte. Der Rektor hatte sich geweigert, die Raumvergabe rückgängig zu machen, der AStA forderte erneut Streichung des RFS aus dem Matrikel. Ca. 150 Antifaschisten versammelten sich rd. zwei Stunden vor Veranstaltungsbeginn, gaben eine Presseerklärung ab und beanspruchten öffentlichen Zugang zu dem Hörsaal. Schlägertrupps des RFS setzten CS-Gas, Stöcke und Stahlgürtel ein, um dies zu verhindern. Das Rektorat mußte entsprechend der Forderung der Antifaschisten den Saal schließen. Unter Polizeischutz räumten die Faschisten die Uni. – (düb)

Landesregierung wirbt für „nationale Identität“

Hildesheim. Weil in der BRD noch immer „Vorbehalte gegenüber Flaggen, Hymne und andere Symbole des Staates laut werden“, verschickte die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung im April einen Medienset zum Thema „Nationale Symbole“ an alle Schulen, in dem eine Broschüre über „Nationale Symbole und nationale Identität“ und eine Schallplatte „Einigkeit und Recht und Freiheit“ enthalten sind, einzusetzen im Musik- und Geschichtsunterricht – praktischerweise ist das Medienpaket für alle Schulstufen einsetzbar. Zwar soll in der 4. Grundschulkelas „nur“ die dritte Stro-

phe des Deutschlandliedes auswendig gelernt werden, aber wer sucht denn schon nur die dritte Strophe auf der Platte? „In den Gymnasien soll der Text der Nationalhymne vor dem Hintergrund der Einheits- und Freiheitsbewegung als Ausdruck des Strebens nach nationaler Einheit, Rechtsstaatlichkeit und politischer Freiheit behandelt werden.“ – (anp)

Widerstand gegen Abschiebung

Nürnberg. Auf der Bundeskonferenz der Flüchtlingsinitiativen im März 1987 wurde ein offener Brief an die Innenminister von Bayern und Baden-Württemberg verabschiedet. Darin wird u.a. festgestellt:

„... mit großer Sorge haben wir zur Kenntnis genommen, daß ihre Regierung am 18.12.86 einen Erlass an die Ausländerämter herausgegeben hat, in dem der dreijährige Abschiebestopp von „abgelehnten Asylbewerbern“ in den Libanon aufgehoben wurde. In ihrem Erlass heißt es u.a., daß von Abschreibungen nur dann abgesehen werden soll, wenn dem betreffenden Ausländer dort für sein Leben und seine Freiheit Gefahren drohen, die wesentlich über das Maß dessen, was dort allgemein oder von einer bestimmten Volks- oder Religionsgruppe zu erdulden ist, hinausgehen“. Angesichts der kontinuierlichen Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation im Libanon betrachten wir Ihren Erlass als zynisch, menschenverachtend und absolut unakzeptabel. Denn die Abgeschobenen haben mit Entführungen, Folter und Mord zu rechnen, insbesondere wenn es um Palästinenser geht, die von allen Kriegs- und Bürgerkriegsparteien angegriffen und gefährdet werden... Wir fordern sie daher auf, unverzüglich und ohne jegliche Bedingungen diesen Erlass zurückzunehmen und von allen Abschreibungen abzusehen...“ – (ror)

Paneuropa-Union

Erfolgreiche örtliche Mobilisierung gegen großdeutsche Neuordnung Europas

Goslar. Mitte Mai führte die Paneuropa-Union Deutschland unter dem Motto „Ein Deutschland – ein Europa“ ihre Europa-Tage 1987 durch. Als Redner aufgeboten hatte diese deutsch-nationale, revanchistische Organisation, die als Sammelbecken großdeutscher Europa-Politiker hauptsächlich aus CDU, CSU und BDV fungiert, neben ihrem internationalen Präsidenten Otto von Habsburg u.a. Kanzler Kohl, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht (Schirmherr), die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Wilms und den Bundestagspräsidenten Jenninger. PEU-Mitglied Margret Thatcher schickte eine Grußbotschaft. Die Ex-Ministerpräsidenten Goppel und Filbinger, heute Präsident und Vizepräsident der PEU Deutschland, wurden vom Goslarer OB Sander (SPD) entge-

nismus und Revanchismus stattgefunden.

Bereits seit Februar hatte die „Initiative für ein Antifaschistisches Plenum Goslar“ für das Zustandekommen eines tragfähigen Bündnisses gewirkt. In dem Demonstrationsaufruf (Auflage: knapp 3000) werden als Forderungen u.a. erhoben:

* Gegen die Wiedererrichtung eines ‚Großdeutschlands‘ in einem vereinten ‚freien Europa‘! * Für die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie der bestehenden Nachkriegsgrenzen! * Kein Nobelpreis für den Bund der Vertriebenen!

Unterzeichnet haben: Deutsche Jungdemokraten, DKP, Friedensliste, Grüne/GAW, Jungsozialisten, MSB Spartakus, SDAJ, SJD/Die Falken, VVN/BdA, Volksfront. Ferner haben



über 200 demonstrieren in Goslar. Fast zur gleichen Zeit mobilisiert Kohl unter Polizeischutz im Saal vor geladenen Gästen für ein Groß-Europa.

gen zahlreicher Proteste und Beschlüsse auch aus der eigenen Partei empfangen.

Goppel propagierte „die Überwindung der geschichtswidrigen und menschenunwürdigen Spaltung Deutschlands und Europas“. Kohl bekräftigte: „Europa endet nicht am Stacheldraht der innerdeutschen Grenze“, es sei „unendliche Geduld“ notwendig, um das Ziel eines „ungeteilten Friedens in ungeteilter Freiheit in ganz Europa“ zu erreichen.

Die Gegendemonstration am Samstagmittag war mit mehr als 200 Teilnehmern hauptsächlich aus dem Kreisgebiet größer, als von den aufrufenden Organisationen erwartet worden war. Zwei Tage zuvor hatte bereits eine Gegenveranstaltung mit 50 Teilnehmern und kulturellen Beiträgen der DGB-Songgruppe Goslar gegen Natio-

sich gegen das Paneuropa-Treffen ausgesprochen: ÖTV-Kreisvorstand, HBV-Ortsvorstand, IG Metall-Ortsjugendausschuß und -Ortsverwaltung, DGB-Kreisjugend-Delegiertenkonferenz, DGB-Kreisvorstand, SPD Ortsverein und Unterbezirksparteitag.

Die IG Metall Ortsverwaltung hat den folgenden Aufruf verabschiedet und als Flugblatt veröffentlicht: „Die Paneuropa-Union (PEU) Deutschland will in Goslar vom 15.-17. Mai sogenannte ‚Europa-Tage‘ durchführen.

Die PEU ist ein Sammelbecken konservativer, reaktionärer und revanchistischer Kräfte. Das Programm der PEU und Äußerungen ihres Vorsitzenden (PEU International Otto v. Habsburg) belegen ihren militanten und reaktionären Charakter:

Die PEU fordert:

* Ein vereintes Europa bis zum Ural

mit freier Marktwirtschaft. Diese Forderung beinhaltet neben der Beseitigung der sozialistischen Systeme in Ost-Europa auch eine Zerschlagung der UdSSR.

* Innerhalb Groß-Europa ein Groß-Deutschland. Zur Durchsetzung dieser Forderungen schrecken sie vor Krieg nicht zurück, denn sie verlangen von einem vereinten West-Europa militärische Maßnahmen zur Grenzrevision und Durchsetzung von Volksgruppenrechten.

* Otto v. Habsburg geht in seinen Positionen noch weiter. In seinem Notstandsplan tritt er offen für die Errichtung einer Diktatur in der Bundesrepublik ein.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist seit ihrem Bestehen immer aktiv gegen Militarismus, Reaktion und Faschismus eingetreten. Wir Gewerkschafter haben aus der Geschichte gelernt. Das Ermächtigungsgesetz beschleunigte die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, und die Pläne von einem Großdeutschland führten zum 2. Weltkrieg.

Die IG Metall, Ortsverwaltung Goslar, ruft deshalb zur Teilnahme an der Demonstration in Goslar ... auf.

Wehret den Anfängen!!!

Kein Paneuropa-Treffen in Goslar und anderswo!

Auf der Abschlußkundgebung sprach neben einem Vertreter der Aktionsgemeinschaft der 2. Bevollmächtigte der IGM-Ortsverwaltung. – (mio)

Ausländerbeiratswahl

Mit kleinlichster Schikane staatlich behindert

Hildesheim. Am 3. Mai wurden erstmalig acht Mitglieder des Ausländerbeirats mit türkischen, italienischen, portugiesischen, spanischen und jugoslawischen Pässen durch die Einwohner entsprechender Staatsangehörigkeiten gewählt. Nur die ausländischen Beiratsmitglieder wurden gewählt. Fünf „deutsche“ Ratsmitglieder werden vom Verwaltungsausschuß ernannt. Mitglieder ohne Stimmrecht entsenden: die AWO, der Caritasverband, das Diakonische Werk und der DGB. Der Ausländerbeirat hat kein Antragsrecht im Stadtrat und keinen Etat für eine ständig besetzte Geschäftsstelle. Es konnte durchgesetzt werden, daß der Vorsitzende kein „Deutscher“ mehr sein muß. In Hildesheim leben Menschen aus 83 verschiedenen Ländern. Zur Ausländerbeiratswahl wurden gezielt nur diejenigen aus den ehemaligen „Anwerbestaaten“ zugelassen. Und selbst dabei wurden Menschen mit tunesischem Paß ausgeschlossen. Kandidaten griechischer Staatsangehörigkeit fanden sich nicht. Die nationalistische Wahlordnung untersagte Listen-

bildung für ein gemeinsames Programm sowohl innerhalb einer Staatsangehörigkeit als auch zwischen Staatsangehörigkeiten. Ein Mensch z.B. mit spanischem Paß durfte keinen Menschen mit z.B. türkischem Paß wählen. Ein Mensch mit jugoslawischen Paß z.B. durfte nicht zusammen mit einem Kandidaten mit z.B. portugiesischem Paß kandidieren. Für die etwa 3000 Wahlberechtigten gab es nur ein einziges Wahllokal (Einwohnermeldeamt!) Kilometerlange Anfahrtswege sollten wohl die Wahlbeteiligung drücken. Noch dazu „informierte“ die Stadt nur durch Wahlbenachrichtigungen. Daß trotz dieser Schikanen mit 945 dennoch etwa ein Drittel der Wahlberechtigten wählte, ist ein Hinweis auf den Willen, gleiche Rechte für alle Menschen durchzusetzen und dafür auch den Ausländerbeirat zu nutzen. Selbst der alte ernannte Ausländerbeirat hatte die Forderung nach kommunalem Wahlrecht gestellt. Der letzte ernannte Vorsitzende, SPD-Ratsmitglied H. Häger, erläuterte in mehreren Interviews seine Position: „Der Beirat ist besser als nichts, aber viel weniger als das kommunale Wahlrecht.“ (KaS, 1.2.87) Nach der Wahl forderte er erneut das kommunale Wahlrecht für Ausländer. (HAZ, 5.5.87) Er konnte sich dabei auch auf die wachsenden Aktivitäten des „Türkischen Volkshauses“ und des „Komitees für kommunales Wahlrecht für Ausländer“ stützen.

– (rab)

Stahlkonferenz

„Nationale Notgemeinschaft“ für Konzern-Interessen

Duisburg. Über 2000 Stahlarbeiter demonstrierten am 15.5.1987 vor der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg gegen die Rationalisierungspläne der Stahlkonzerne. In der Halle wurde gleichzeitig eine Stahlkonferenz eröffnet, zu der zwölf Stahl-Städte aus NRW eingeladen hatten. Die Konferenz endete in dem fast einmütigen Ruf nach „nationaler Hilfe“ für die Stahlindustrie. Die Interessen der Stahlbelegschaften und der indirekt betroffenen Lohnabhängigen und anderen Werktagen blieben dabei auf der Strecke.

„Wir fordern Gemeinsamkeit“, so lautet die erste Forderung einer von den Stahl-Städten eingebrachten und verabschiedeten Resolution. Daran hielten sich Krupp Stahl-Chef Cromme, Bundesarbeitsminister Blüm (CDU), NRW-Ministerpräsident Rau (SPD), Vertreter der Kommunen und der IG Metall. Unumstritten waren die Unvermeidbarkeit des Kapazitätsabbaus, die Forderung nach einer starken „deutschen“ Stahlpolitik innerhalb der EG, die Notwendigkeit „sozialer Abfederung“ des Kapazitätsabbaus und der

Ruf nach stärkerer finanzieller Förderung der Kapitalisten in den Stahl-Städten.

Kritik an den Stahlkonzernen war entsprechend verpönt. „Die deutsche Stahlindustrie ist unter Berücksichtigung ihrer Kostensituation und ihres technologischen Standards weltweit im Spitzensfeld angesiedelt“, führte Krupp Stahl-Chef Cromme aus. Auch Georg Ippers vom IG Metall-Vorstand hielt es nicht für nötig, darauf hinzuweisen, daß Rationalisierung, brutale Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkungen die Voraussetzung eben dieser „Spitzenstellung“ waren.

Ebenso ohne prinzipielle Kritik konnte Cromme kapitalistisches Wirtschaften zum obersten Grundsatz der Stahlumstrukturierung erklären. Er schlug eine „Magna Charta für das Revier“ vor, nach der „alle Maßnahmen zur Erhaltung wettbewerbsfähiger (Hervorhebung vom Verf.) und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze Vorrang vor anderen politischen Zielen haben“ sollen.

Entsprechend warf er der Landesregierung und den Kommunen „Industriefindlichkeit“ vor, von den Gewerkschaften und den Lohnabhängigen verlangte er „mehr Flexibilität und Mobilität“ und „niedrige Lohnerhöhungen“. Selbst „soziale Abfederung“ wird bei Cromme vor allem zu dem Versprechen, durch Wirtschaftsförderung würde alles besser. Andere Maßnahmen wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, vermehrte Umschulungen sollen von der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden.

Cromme und auch Blüm wurden von den 400 anwesenden Stahlarbeitern ausgepfiffen. Solange die von der Landesregierung, den Kommunen und auch der IG Metall verfolgten Konzepte im Kern ebenfalls auf verstärkte Investitionsförderung setzen, also von Profitgesichtspunkten ausgehen, kann den Konzernen jedoch nichts entgegengesetzt werden. Dabei könnten gerade die Kommunen, die von den Stahlkonzernen jahrzehntelang als Spielball benutzt wurden, eine Rolle bei der Durchsetzung von Interessen der Lohnabhängigen spielen. – (wof)

Aids

Bayerischer Ministerrat erläßt Zwangsmaßnahmen

München. Jetzt wird abgeschnitten, was krank ist am gesunden Volkskörper. Am 19. Mai wurde der rassistische Maßnahmenkatalog in Kraft gesetzt. Ab sofort wird jeder Ansteckungsverdächtige – „eine Person, von der anzunehmen ist, daß sie das HI-Virus aufgenommen hat, ohne krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein“ – vom Gesundheitsamt zwangsgestestet.

Unter diesen Personenkreis fallen: männliche und weibliche Prostituierte, Fixer, Homosexuelle, Menschen mit wechselnden Geschlechtspartnern, Ausländer, Strafgefangene. „Wir wissen, daß ein bestimmter Bodensatz, eine bestimmte Personengruppe nur durch staatliche Eingriffsmaßnahmen ... von seinen rücksichtslosen Verhaltensweisen abgehalten werden kann“ (Staatssekretär Gauweiler). Alle Kranken und Ansteckungsverdächtigen werden staatlicher Kontrolle unterworfen. Wer untertaucht, wird im Fahndungsbuch ausgeschrieben. Wer gegen auferlegte Anordnungen verstößt, kann „ausgesondert“, d.h. in besonders gesicherten Anstalten untergebracht werden. Aids-kranke Ausländern ist die Aufenthaltserlaubnis zu verweigern bzw. zu entziehen. An Strafgefangenen sollen die Maßnahmen unter der Verantwortlichkeit des Justizministeriums vollzogen werden. Ansteckungsverdächtige und Kranke ermittelt das Gesundheitsamt „aufgrund eigener Erkenntnisse, Angaben der Polizei und der Sicherheitsbehörden“. Hinweisen aus dem Volk wird nachgegangen, man „hofft auf Tips aus der Szene“. Zwangstests für Beamtenanwärter, Richter und Notare sind jetzt Vorschrift.

Mit der Verabschiedung dieser Zwangsmaßnahmen setzt sich die Staatsregierung über einen heftigen Widerstand breiter Volksteile hinweg. Am 19.3. brachten die Grünen im Landtag einen Dringlichkeitsantrag ein, am 4.4. beteiligten sich 10000 an einer Demonstration „Weg mit den Zwangsmaßnahmen – Für eine vernünftige Aids-Politik“, am 7.4. wiesen SPD und Grüne in einer „Aktuellen Stunde“ die Sinnlosigkeit dieser Zwangsmaßnahmen nach, „die alles noch verschlimmern würden“, am 27./28.4 folgten weitere Aktionen des ASK (Anti-Strauß-Komitee) zusammen mit Schwulengruppen. Jetzt reagiert die Opposition bis in die Reihen der Union mit „Empörung und Entsetzen“, verweisend auf das liberale Vorgehen der Bundesgesundheitsministerin Sümmuth (Safer Sex, Aufklärung). Die „Arbeitsgemeinschaft bayerischer Aids-Hilfen“ fordert die Betroffenen auf, „alle rechtlichen Mittel gegen die Zwangsmaßnahmen auszuschöpfen“.

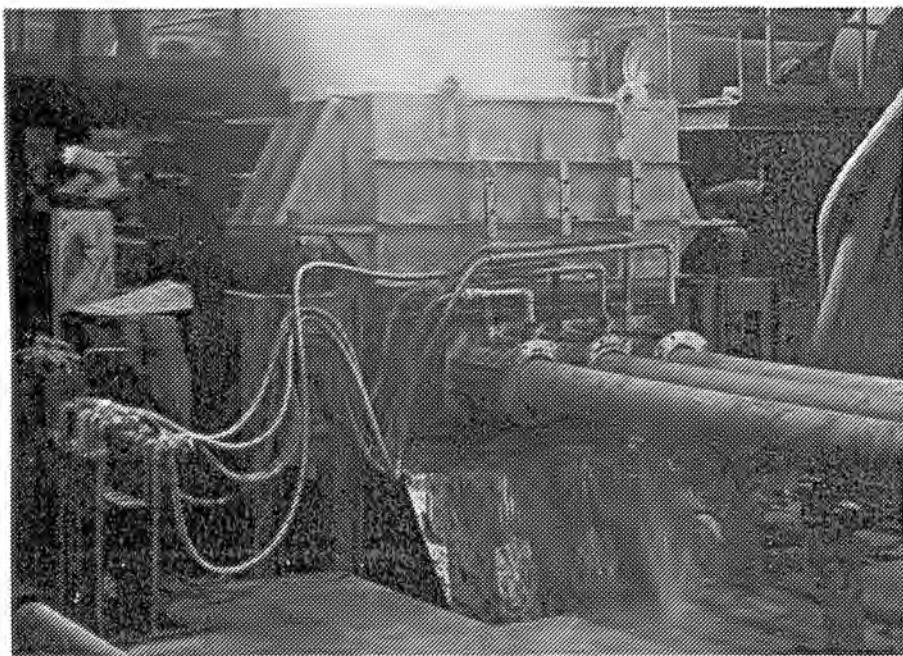
Der Widerstand wird sich neu formieren müssen: einmal um die Beschäftigten vor allem im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen zu unterstützen, wenn sie sich den Anordnungen zum Denunziantentum widersetzen, andererseits um mit den Betroffenen Maßnahmen zu fordern, die ihre gesellschaftliche Existenz sichern: Behandlung ihrer Krankheit, Existenzsicherung durch die Kranken-, Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Arbeitsplatzsicherung unter Kontrolle der Gewerkschaft und des Betriebsrates. – (ecg)

Marktbereinigung

Eine Belegschaft kämpft um die Erhaltung des Betriebes

Würzburg. Am 1. Mai 1987 um acht Uhr eröffnete der Richter für die Firma Technica-Guß das Konkursverfahren. Rund 110 Beschäftigte, seit drei Monaten ohne Lohn, sind betroffen. Seit dem Vergleichsantrag Anfang März 1987 kämpfen sie um die Existenz des Betriebes. Für den Geschäftsführenden Gesellschafter der GmbH, mit dem Namen Krall, war es zu der Zeit nur ein „Liquiditätsengpaß“. Er versprach, Gelder aufzutreiben, und wollte elf Beschäftigte entlassen. Der Betriebsrat ließ sich nicht länger hinhalten und schaltete die IG Metall ein. Nur etwa 50 Prozent sind organisiert. Vor drei Jahren hatte die Ortsverwaltung mit wochenlanger Betriebsbesetzung die

werkstoffen gezogen werden. Kawasaki baut in Japan Anlagen in Lizenz. Bei NE-Metallen hat Technica als Marktführer einen Weltmarktanteil von 60 Prozent. Gestützt auf diese Position wollte Krall in den Stahlsektor einsteigen. Dort sind Konzerne wie Krupp, Mannesmann oder Voest Alpine die Konkurrenten. Hohe Entwicklungskosten wären bei der existierenden veralteten Produktion erforderlich. Neue Computeranlagen und drei gesteuerte Maschinen werden beschafft mit der Zielsetzung der Produktivitätssteigerung. Realisiert werden soll dies durch verschärzte Antreiberei. Gerade kann noch verhindert werden, daß die gesteuerten Maschinen die



Horizontale Stranggußanlage: Warmhalteofen und Kühler der Ziecheinrichtung, Grafitkokillen geben dem gezogenen Material die Form.

Interessen der Beschäftigten eines gleichgroßen Betriebes im Konkurs gesichert. In mehreren Mitgliederversammlungen wird die Lage erörtert. Zahlen sollen auf den Tisch, die Kündigungen werden zurückgegeben. Daß im Notfall über das Konkursausfallgeld die Löhne bis 30. April gesichert sind, schafft Spielraum. Nachdem der Vergleichsantrag auf einer Betriebsversammlung bekannt wird, geht die Arbeit trotzdem weiter.

Technica-Guß produziert eine hochentwickelte Gießtechnik, die auf dem Weltmarkt gefragt ist; die Stahl- und Metall-Konzerne sind scharf auf das Know-how. Mit horizontalen Stranggußanlagen können endlos Bänder, Bolzen, Rohre und verschiedenste Profile aus Eisen- und NE-Metall-Guß-

Pausen durchlaufen sollen.

Krall setzt allein auf seine hochentwickelte Technik, der in Jahren gescheffelte Profit geht in Spesen und Gehältern an Verkäufer und Ingenieure, von denen er sechs zu Prokuristen macht. Er baut ein exklusives Bürogebäude, schafft seinen Eigenanteil ins Ausland. In der Produktion sind kaum die notwendigen Werkzeuge da. Krupp wartet darauf, daß ihm das Know-how zufällt. Der Stahlkonzern will eine „Marktbereinigung“. Finanzierungsprobleme kennt diese Firma nicht. Sie hat nicht nur ausreichend Kapital, um Kralls Technik auf den Weltmarkt zu bringen, sie hat auch genügend gutausgerüstete Betriebe und Büros. Krall erwartet von Krupp eine Übernahme der Schulden und eine Position, die

ihm die „Idee Technica“ sichert.

Für die Belegschaft wird klar, daß der Betrieb mit den bestehenden Aufträgen, dem Know-how, verbesserten Produktionsmitteln und anderer Führung weiterlaufen kann, wenn man sich aus dem Bereich der Stahlgroßanlagen zurückzieht. Betriebsrat und IGM können einen Sachverständigen für sich durchsetzen, der ein entsprechendes Weiterführungsmodell unter Beteiligung der Belegschaft ausarbeiten soll. Die Belegschaft muß zusammenbleiben, um die Auflösung des Betriebes zu verhindern. Arbeit ist kaum noch da, ein Teil der Belegschaft arbeitet in einem Werkstattvertrag bei König&Bauer (Koebau), aus dessen Gießerei Technica hervorgegangen ist, um Vergleichsmasse zu sichern. Darüber kann auch eine Darlehenszahlung an alle ermöglicht werden in Höhe etwa eines Monatslohns, deren Zinsen der Vergleichsverwalter trägt.

Krall sucht eine Einigung mit Krupp. Als Mitte April noch keine Ergebnisse vorliegen, beschließt eine Betriebsversammlung, Krall am nächsten Tag (Gründonnerstag) in die Mangel zu nehmen. Als der nach zwei Stunden noch keine klare Auskunft gibt, wird die Arbeit bei Koebau niedergelegt. Mit dieser Maßnahme kann die Firma Krupp an den Verhandlungstisch mit der IGM und dem Betriebsrat gezwungen werden. Es wird bis zur Versammlung am Mittwoch wieder gearbeitet. Dann ist klar: Krupp will die Produktion auflösen und damit in Kürze den Betrieb. Das Belegschaftsmodell geht von einem Minimum von 80 Beschäftigten aus, ein weiterer Teil kann mit Vorruststand und Umschulungen geregelt werden.

Als Krall nicht bereit ist, die Belegschaftsinteressen in die Verhandlungen einzubringen, wird die Arbeit bei Koebau endgültig eingestellt. Krupp sucht Zeit zu gewinnen und spekuliert auf einen Kauf aus einem mangels Masse abgelehnten Konkurs, Krall wird fallengelassen. Die Belegschaft tritt mit ihren Lohnansprüchen auf Platz zwei hinter die Sicherung der Konkursgebühren zurück und ermöglicht damit die Einleitung des Konkursverfahrens. Ein Wildwest der Gläubiger mit Krall als Liquidator ist verhindert. Krupp muß weiter mit der Belegschaft rechnen.

Eine Finanzierung des Belegschaftsmodells gegen Krupp ist sehr schwierig. Steigt Krupp ohne die Belegschaft ein, sind die Folgekosten und Risiken nicht kalkulierbar. Krupp akzeptiert deshalb 79,5 vorgeschlagene Beschäftigte, die mit alten Rechten übernommen werden, aber ohne Beteiligung der Belegschaft an der Firma. Vorruststand und Aufzahlung bei Umschulungen können geregelt werden. Mit der Aufnahme der Produktion wird sich der Kampf um den Standort fortsetzen. Die gewonnene Erfahrung der Belegschaft fällt dabei ins Gewicht. – (dir)

Friedensbewegung

„Die Heimat schützen“ als neue Perspektive?

Freiburg. Unter dem Motto: „Die Heimat schützen“ ruft das Freiburger Friedensbüro zu Pfingsten „zu einer friedlichen macht-, kraft- und phantasievollen Protestaktion“ in Bremgarten auf: „... Bei Bremgarten konzentrieren sich die Gefahrenpunkte in seltener Einigkeit. Neben militärischen und zivilen atomaren Bedrohungen durch Atom-bombenlager und das Atomkraftwerk Fessenheim machen auch der Fluglärm und die Luftverschmutzung des Luftwaffenstützpunktes Bremgarten der Bevölkerung das Leben schwer ... Kreisräte, Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Kurdirektoren haben angefangen, wegen des zunehmenden unzumutbaren Fluglärm und der sich häufenden Bürgerproteste zu handeln ... Tragen wir unseren Teil dazu bei, das zu schützen und zu erhalten, was wir von unseren Eltern geerbt und unseren Kindern weiterzugeben haben.“

Die Volksfront hatte sich auf verschiedenen Treffen mit den das Friedensbüro Freiburg wesentlich tragenden Kräften (christliche und sozialdemokratische Vertreter, aber auch DKP/VVN und DFG/VK) gegen die Unterdrückung jeglicher Kritik an Rolle, Tradition und aktueller Aufgabenstellung des Aufklärungsgeschwaders in Bremgarten gewandt. Aber selbst von DKP-Vertretern wurde der Einwand unterstützt, daß solche Begriffe wie „Schutz der Heimat“ geeignet seien, „ins konservative Lager Einbrüche zu erzielen“.

Gegen diese Tendenzen, die tatsächlich der Reaktion zunehmend erhebliche Einbrüche im Freiburger Friedensbüro ermöglicht haben, sah sich die Volksfront veranlaßt, eine Polemik im monatlich erscheinenden Rundbrief des Friedensbüros zu veröffentlichen: „Einige Fragen an die Initiative für Heimatschutz – c/o Friedensbüro Freiburg: ... Was ist ‚Heimat‘ und was, bitte schön, soll da geschützt werden? Bei Eurer bodenständigen Definition wird uns doch sehr mulmig: ... Bekanntlich ist insbesondere der ‚Heimat‘-Begriff schon ziemlich lange ziemlich eindeutig besetzt: z.B. durch die Heimatvertriebenen, die nichts lieber täten, als ‚ihre Heimat‘ wieder zu schützen, oder von der baden-württembergischen Landesregierung, die jährlich Heimattage veranstaltet, auf denen mit gefährlich ähnlichen Parolen für Identifikation mit dem ‚Musterländle‘ geworben wird, von den das Territorialheer bildenden Heimat-schutztruppen der Bundeswehr ganz zu schweigen ... Warum kein Sterbenswort zur vorneverteidigungsträchtigen Luftaufklärungsrolle des dort stationierten Geschwaders, zu den Bom-



Ostermarsch 1983, Heilbronn: Klare Forderungen gegen die Reaktion

benabwurfübungen der ‚Immmel Männer‘ in Portugal und Sardinien, zu den gefeierten Faschistenauftritten eines Oberst a.D. Rudel usw.? ... Wer mit uns lieber etwas weniger in diese Art Breite und stattdessen etwas mehr in die Tiefe, nämlich der Kritik an Tradition, Rolle und Aufgaben des Aufklärungsgeschwaders Immelmann und des Standorts Bremgarten gehen möchte, den laden wir hiermit ein zu unserem nächsten Treffen ...“

Inzwischen hat sich die DFG/VK Freiburg an die Volksfront gewandt, mit dem Vorschlag, wenn möglich, zusammen mit dem Bezirksschülerrat eine gemeinsame Veranstaltung gegen den Standort Bremgarten und zur Aufklärung über die Bundeswehr durchzuführen. – (mab)

Alcan-Pleite Ludwigshafen

Pleite auf Staatskosten, Profit durch Sozialpartnerschaft

Ludwigshafen. Die Aluminium-Hütte wird zum 30.6.87 endgültig geschlossen. Die halbe Belegschaft war im Januar entlassen worden, die restlichen 160 Beschäftigten folgen jetzt.

Die Hütte war seit Jahren stark subventioniert worden. Gegründet 1970 durch Udo Giulini mit nur 12 Mio. DM Kapital, erhält sie wie auch die gesamte Aluminium-Industrie Sonderstrompreise von 2,1 Pfg/kwh und dazu Gelder der Landesregierung in Höhe von 130 Mio. DM. Giulini-Parteifreund Helmut Kohl war damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

1978 meldet die Firma Konkurs an; bis 1.4.79 übernehmen Bund und Land Kreditbürgschaften von 56 Mio. DM. Giulini setzt sich daraufhin zur Ruhe. Der kanadische Konzern Alcan übernimmt für nur 22,5 Mio. DM die Hütte. Der Strompreis beträgt zunächst 3,6, bei Vertragsablauf 1982 4,3 Pfg. Die Hütte wirft sofort Gewinne ab; 1980 werden 16,8 Mio. DM an die

Muttergesellschaft überwiesen, 1981 11 Mio. Die Stromsubventionen betragen 12 Mio. DM pro Jahr. 1983 errechnet Innenminister Böckmann 45 Mio. DM, die Alcan durch Bürgschaften und Niedrigststrompreise kassiert hat.

Obwohl beim Kauf vereinbart, daß Alcan ab September 1982 kostendeckende Strompreise zahlen soll, droht die Geschäftsleitung mit Schließung des Werks und erzielt damit 6,5 Pfg., befristet bis 15.1.83. Anderswo sei der Strom billiger, in Hamburg z.B. 2,7 in Kanada 2 Pfg. Flankenschutz erhält Alcan von der BASF, die mit Standortverlagerung droht, sollte der Strom für die Industrie nicht generell billiger werden. Sie fordern den Bau eines Kernkraftwerkes in der Nähe.

Für Verhandlungen mit der Regierung zur Erzwingung der weiteren Subventionierung bilden Betriebsrat und Gewerkschaftsführung gemeinsam mit Bischof, Dekan und Oberbürgermeister eine Kommission. Auf Betriebsversammlungen, Demonstrationen und Werkgottesdiensten werden Steuergelder für Alcan gefordert. Die Geschäftsleitung droht erneut mit Stilllegung. Am 30.1.83 wird das Werk in Absprache mit der Geschäftsleitung besetzt. Kurz darauf werden die Posten vor den Transformatoren wieder abgezogen. BR-Vorsitzender Walburg (CDU): „Wir vertrauen der Betriebsleitung.“ Das drohende Erstarren der Öfen als letztes Druckmittel wird von der Presse dramatisiert, die „völlig neue Form der Solidarität zwischen Belegschaft und Werksleitung“ als „rühmlich“ bezeichnet. In letzter Sekunde schaltet sich Bundeskanzler Kohl ein. Bund und Land teilen sich einen Zuschuß von acht Mio. DM.

1983 bis 1986 werden wieder große Gewinne gemacht. Der Strompreis beträgt 6,8 Pfg – ohne Schaden für die Pfalzwerke, die haben sich mit 24 Pfg. an die Haushalte gehalten.

Im Sozialplan sind die Subventionen nicht berücksichtigt. Für wen hat sich nun die Sozialpartnerschaft gelohnt? – (edr)



Sozialhilfe

Sozialhilfe als einzige Einkommensquelle – Armutszonen breiten sich aus

Hamburg. Nachstehendes Interview führte die Redaktion mit einer Sachbearbeiterin des Ortsamtes St. Pauli in Hamburg. Vorausgeschickt werden muß zum ganzen Problem der Sozialhilfe, daß die von der Bundesregierung jeweils ausgerechneten „Bedarfssätze“, von denen Menschen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, leben müssen, sich nicht am Lebensnotwendigen orientieren, sondern in § 4 BSHG wie folgt bestimmt sind: „Bei der Festsetzung der Regelsätze ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie zusammen mit den Durchschnittsbeträgen für die Unterkunft unter den im Geltungsbereich der jeweiligen Regelsätze –

hier Hamburg, die Red. – erzielten durchschnittlichen Netto-Arbeitsentgelten unterer Lohngruppen zuzüglich Kinder- geld bleiben, sofern nicht die Verpflichtung, den Lebensunterhalt zu sichern, insbesondere bei größeren Hausgemeinschaften dem entgegensteht.“ Ganz offen wird hier eingestanden, daß in Niedriglohnbereichen die Löhne keineswegs zur Sicherung des Lebensnotwendigsten für „größere Hausgemeinschaften“, sprich Familien, reichen. Der festgesetzte Bedarf richtet sich somit eher am Bedarf der Kapitalisten an billiger Arbeitskraft aus als am Existenzminimum.

Red: Die Zusammensetzung der Menschen, die von Sozialhilfe leben müssen, hat sich in Hamburg in den letzten Jahren erheblich verändert. Noch 1970 war der Überwiegende Teil der Bezieher nicht im erwerbstätigen Alter: 25% waren unter 15 Jahre alt, 37% 65 Jahre und älter. 1985 waren dagegen 19% zwischen 15 und 25 Jahre alt, 45% zwischen 26 und unter 65 Jahre alt; 2/3 aller Bezieher von Sozialhilfe waren im erwerbsfähigen Alter.

Antwort: Zunächst zu den jungen Erwachsenen. Jugendliche ziehen heute eher von zu Hause weg als früher. Arbeitslosigkeit ist ein Grund, zuhause gibt es oft Streit, weil sie den Eltern noch auf der Tasche liegen oder es dort zu eng wird. Meist ziehen sie dann erst zu Freunden, in Wohngemeinschaften, bevor sie dann eine eigene Wohnung haben. In Hamburg sind in den letzten Jahren die Möglichkeiten für Jugendliche ohne, aber auch mit Hauptschulabschluß, eine Ausbildungsstelle zu bekommen, sehr schlecht gewesen. Viele, die nicht in irgendwelche staatliche Auffangmaßnahmen gekommen sind oder diese nach zwei Jahren wieder verlassen, erhalten nur ABM-Stellen, Kurzzeitjobs, befristete Verträge. Dann klaut ihnen die Bundeswehr noch zwei wichtige Jahre. Dann sind sie 20, 22 Jahre alt. Chancen auf eine Ausbildung haben sie kaum noch. Die Jahre Sozialhilfebezug sieht man ihnen an, schon allein an der Kleidung, sie verlieren das sichere Auftreten, das notwendig ist, wenn man seine Arbeitskraft verkaufen will. Sie leben dann weiter von Gelegenheitsjobs, erwerben nur kurzfristig oder gar keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder -hilfe. Hier machen sich die Verschärfungen bei der Arbeitslosenversicherung seit 1982 besonders krass bemerkbar. Damals sind die Anwartszeiten erhöht und die Bezugszeiten für Arbeitslosengeld deutlich gesenkt worden, so daß diese jungen Menschen selten lange genug gearbeitet haben, um ausreichende Leistungen erhalten zu können. Bei den meisten in dieser Altersgruppe sehe ich ganz schwarz. Die werden immer wie-

der zum Sozialamt müssen. Vor allem bei den jungen Männern ist das schlimm. Wenn sie wenigstens einen Führerschein hätten, kämen sie noch an Fahrerjobs ran. Aber die meisten hier haben keinen, der kostet heute schon 1500 DM, welche ärmere Fami-

chen Realeinkommen auf das Niveau von 1977 abgesunken. Es muß also seit 1980 in St. Pauli noch erheblich schlechter geworden sein.

Antwort: Hier auf St. Pauli und auch in Altona liegen besondere Verhältnisse vor. Z.B. in der fischverarbeitenden

Bald wieder Volksküchen?



Unter der Überschrift „Zum Monatsende kommt der Hunger“ propagierte die Hamburger Rundschau „Volksküchen“.

lie hat das Geld heute noch über?

Wenn wir an Jugendliche oder junge Erwachsene Sozialhilfe auszahlen, müssen wir vorher Unterhaltsprüfungen bei den Eltern machen. Da stellen wir meist fest, daß da gar nichts anzurechnen ist. Uns ist völlig schleierhaft, wie die selbst klarkommen, und erst recht, wie sie das mit dem Kind vorher geschafft haben. Oft haben sie Schulden, erhalten deswegen auch keine Sozialhilfe, obwohl sie selbst in absoluter Armut leben.

Red: In St. Pauli hat es in den letzten Jahren ganz erhebliche Einkommenseinbrüche gegeben. Die Lohnsteuerstatistik weist für 1980 – eine neuere Untersuchung ist noch nicht veröffentlicht – 33% aller Lohnsteuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von unter 16000 DM aus. Im Vergleich zu 1975 hat dieser Bereich erheblich zugenommen. Zwischen 1980 und 1984 sind in Hamburg nach offiziellen Angaben die durchschnittli-

Industrie am Hafen werden extrem niedrige Löhne gezahlt, genauso wie in den Gastronomiebetrieben und natürlich im Reinigungsgewerbe. Da reicht der verdiente Lohn vielleicht gerade, einen Alleinstehenden zu versorgen, mit Familie geraten die Menschen häufig schon in den Bereich der Sozialhilfe.

Herr Z. arbeitet in einem Gastronomiebetrieb am Gänsemarkt, 40 Stunden in der Woche und auch noch im Schichtdienst. Er erhält dafür monatlich zwischen 950 und 1050 DM netto. Seine Frau und den Säugling kann er davon nicht ernähren. Der Regelbedarf dieser Familie liegt mit Unterkunftsosten – die hier mit ca. 270 DM für eine Ofenheizungswohnung noch unterdurchschnittlich sind – bei ca. 1400 DM. Er muß also vom Sozialamt monatlich mit 350 bzw. 450 DM unterstützt werden.

Bei größeren Familien aus den unteren Lohngruppen wird das noch kras-

ser: Die Familie T. hat ein anrechenbares Gesamteinkommen von ca. 2500 DM. Der Mann verdient 1600 DM netto, dem ältesten, über 18 Jahre alten Sohn wird ein Mietanteil von 105 DM zugerechnet, die Frau hat über eine private Putzstelle ein schwankendes Einkommen, meist aber unter 430 DM, das Kindergeld für die weiteren Kinder beträgt 470 DM. Der Regelbedarf liegt hier bei einer anzurechnenden Miete von monatlich 620 DM immer noch gut 100 DM höher als das zusammengestückelte Einkommen dieser Leute.

Deshalb haben wir auch festgestellt, daß immer mehr Menschen, die erwerbstätig sind, zum Sozialamt müssen, hauptsächlich wegen einmaliger Leistungen. Das betrifft vor allem die Mehrpersonenhaushalte, die zwar noch keinen Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt haben, aber einmalige Hilfen in Anspruch nehmen müssen. Vor allem Kleidergeld wird immer erst beantragt, aber auch Haushaltsgegenstände, Wäsche, Renovierungshilfen.

Red: Die Verarmung größerer Teile der Bevölkerung ist deutlich sichtbar. In vielen Stadtteilen wird wieder altbackenes Brot oder Kuchen verkauft, die Geschäfte verscherbeln Wurst- oder Käseabschnitte.

Antwort: In St. Pauli kann man das deutlich sehen. Viele Menschen kommen erst am Schluß zum Markt, kaufen angestoßenes Obst oder Gemüse oder sammeln gar Reste auf, lassen sich beim Kaufmann unverkäufliche Waren zurücklegen. Fleisch ist echt Mangelware geworden. Das merken wir immer, wenn wir Weihnachtsgeld auszahlen, daß dann viele sagen: endlich mal wieder Fleisch. Auch Tee und Kaffee muß sparsamst gehaushaltet werden. Was Du weggeschüttet würdest, den Kaffeesatz, der wird noch mal wieder aufgebrüht. Es werden viele Suppen gegessen, die dann mit Reis oder Kartoffeln immer wieder verlängert werden.

Bei der letzten Regelsatzänderung haben sie sowieso festgelegt, daß der Preisanteil, der für Lebensmittel berechnet wird, sich statt wie bisher an

den mittleren Preisen jetzt an den untersten Preisen orientieren muß. Das heißt dann Aldi statt DS oder HL. Das ist echte Mangelernährung, das weiß doch jeder. Menschen, die länger von Sozialhilfe leben müssen, siehst Du das auch an. Die wirken nach einiger Zeit einfach ungepflegt, ihre Haut ist blasser, irgendwie ungesund. So versucht jeder, irgendwie zusätzlich Geld zu verdienen. Das hat in den letzten Jahren, bedingt durch die besondere Struktur hier, fürchterliche Ausmaße angenommen. Da werden Arbeiten für ein Taschengeld gemacht, für die sich jeder früher geschämt hätte, z.B. für Prostituierte die Pudel ausführen, Briefe zur Post bringen, Besorgungen machen. Da blühen auch die Aushilfs- oder Tagesjobs. Zettel „Aushilfe gesucht“ hängen hier nie lange. Tresenbedienung zur Aushilfe, ein- oder zweimal in der Woche Waren im Supermarkt einsortieren, mal für ein paar Stunden Aufsicht in einer Spielhalle übernehmen. Die Mädchen machen wieder Babysitter usw. – (mek, ena)

Statistisches zur Sozialhilfe in Hamburg

1970 bezogen in Hamburg 23167 Menschen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), 1980 waren es bereits 56545. Von 1980 auf 1985 hat sich diese Zahl noch einmal mehr als verdoppelt, auf 134895 Menschen. Das sind ca. 7% der Gesamtbevölkerung Hamburgs. Die Armutszone ist damit aber nur teilweise erfaßt. Die Dunkelziffer von Menschen, die zwar Ansprüche auf Sozialhilfezahlungen hätten, diese aber nicht anmelden, wird auf zusätzlich 30% bis 40% geschätzt. Hinzu kommt die große Schicht der Niedriglöhner, die nur unwesentlich über den Bedarfssätzen liegen, die ja absolute Armut bedeuten.

Sozialhilfe ist subsidiär, anrechenbares Einkommen wie Versicherungsleistungen vor allem der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung wird ebenso angerechnet wie Unterhaltsansprüche gegenüber Eltern, getrennt lebenden oder geschiedenen Ehepartnern. Hier liefert eine Statistik ein weiteres Indiz für die zunehmende Verarmung. Noch 1978 hatten knapp 78% aller Sozialhilfeempfänger anrechenbares Einkommen in irgendeiner Form, 1985 waren es nur noch ca. 49%. Vor allem Unterhaltsansprüche sind immer seltener realisierbar.

Die Armut ist nicht mehr weiblich: Das Verhältnis Männer zu Frauen hat sich deutlich verändert. Nur in der Altersgruppe der über 65jährigen, die aber insgesamt nur noch 15% der So-

zialhilfebezieher ausmachen (1984), liegt der Frauenanteil noch hoch, bei 81,4%. Unter den 18- bis 65jährigen sind 50,7% mittlerweile Männer. Für alle Altersgruppen zusammen beträgt das Verhältnis Männer zu Frauen 48,1% zu 51,9%.

Die Sozialämter führen interne Statistiken, in denen sie die Ursachen des Sozialhilfebezuges aufschlüsseln. Die sind zwar ungenau – sie weisen für 1984 z.B. 40% in der Rubrik „sonstige Ursachen“ aus – zeigen aber, daß die Gründe, die mit Arbeitslosigkeit zusammenhängen, deutlich zunehmen. Die stärksten Steigerungen weisen die Rubriken „Verlust des

Arbeitsplatzes“ (von 1143 auf 14535 zwischen 1980 und 1984) sowie „unzureichende Versicherungsleistungen“ (von 5425 auf 12869 im gleichen Zeitraum) aus. Die Steigerung wegen unzureichender Versicherungsleistungen geht zurück auf die Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz 1982 und 1983, durch die vor allem für kurzfristiger Beschäftigte die Bezugsdauer von Leistungen beschnitten sowie die Zahlungen für alleinstehende Arbeitslose abgesenkt wurden. Gleichzeitig sind in Hamburg die durchschnittlichen Zahlungen von ALG und ALH deutlich gesunken: Sie betragen 1985 für Arbeitslosengeld nur noch 1051, für Arbeitslosenhilfe 852 DM monatlich (1982: 1235 DM Arbeitslosengeld bzw. 968 DM Arbeitslosenhilfe monatlich). 49,1% aller gemeldeten Arbeitslosen erhalten keinerlei Zahlungen vom Arbeitsamt mehr, 26,5% nur noch Arbeitslosenhilfe.

Unter den Sozialhilfebeziehern nimmt daher der Anteil der Arbeitslosen auch beständig zu: 1984 waren ca. 10% aller Sozialhilfeempfänger wegen unzureichender Zahlungen vom Arbeitsamt auf Unterstützungszahlungen angewiesen. (Bild: Bei einer Aktion des Erwerbslosen- und Jobberladens zur Unterstützung eines Antragstellers aus dem Ausland rief der Sozialamtsleiter die Polizei.)

Quellenhinweis: Wolfgang Schütte, Waldemar Süß, FHS Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik: Armut in Hamburg; Hamburg in Zahlen, Nr. 2 und 5/85, 5/86; Statistische Berichte, verschiedene Ausgaben.



Polizeieinsatz im Sozialamt

Neuer Ausgleichszeitraum bei Audi

Heilbronn. Insbesondere wegen schlechten US-Geschäfts wird Audi in Neckarsulm die Produktion für eine Woche stilllegen. Außer an den Feiertagen 17. und 18. Juni und einem bereits früher vereinbarten Zwangspause am 19. wird jetzt auch am 15. und 16. zugemacht. Beschäftigte in der Produktion erhalten dafür zwei Freischichten aus der Freischichtregelung verpaßt. Dafür wird es im November und Dezember keine Freischichten mehr geben. Dem Betriebsrat wurde mit Kurzarbeit gedroht, falls er nicht zustimmt. – (bes)

Tarifabschluß Banken: Flexibel bis 19.00 h

Gut zwei Wochen, nachdem die Bankkapitalisten die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt hatten, baten sie die Gewerkschaften um ein Spitzengespräch, das schließlich am 16.5. stattfand. Mit DAG und HBV vereinbarten sie Ergebnisse, denen die Tarifkommissionen zustimmten: 3,6% Gehaltserhöhung von März bis Mai, 3,8% ab Juni und eine Einmalzahlung von 75 DM, 30 DM mehr für die Auszubildenden, 6 Arbeitstage Zusatzurlaub für die

2000 Teilnehmer kamen am 16.5. zur Demonstration in Bonn, mit der die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft ihre Aktion „Für Arbeit auf Touren“ abschloß. Sie protestierte dagegen, daß die Hälfte der rund 2500 ausgebildeten Fernmeldehandwerker nicht übernommen wird. Bundespostminister Schwarz-Schilling kündigte an, daß er sie nicht in dem erlernten Beruf und zum Teil weit entfernt von ihrem Wohnort einsetzen will. Für die Gewerkschafter war der Minister in Bonn nicht zu sprechen. – (anl)

Schwerbehinderten, Verlängerung des Vorruststandsvertrages um ein Jahr, finanzieller Ausgleich für ältere Schichtarbeiter beim Wechsel in Normalarbeitszeit. Darüber hinaus wurden Protokollnotizen verabschiedet: Ab 1.7. dürfen die Banken für 12 Monate in einer Testphase in Kundenberatung und Aquisition flexibel bis 19.00 arbeiten lassen. Samstagsarbeit ist nicht vereinbart worden, und Schalteröffnungszeiten dürfen nicht geändert werden. Darüber hinaus werden nächstes Jahr Gespräche über Dauer und Lage der Arbeitszeit während der Gehaltstarifrunde wieder aufgenommen. – (mod)



Rekommunalisierung der Reinigung

Kreis Pinneberg. Entgegen den Forderungen der ÖTV und den bisherigen Vorstellungen der Kreistagsmehrheit von SPD und Grünen, den gesamten Reinigungsdienst in Kreisgebäuden zu rekommunalisieren, wurde lediglich die Rekommunalisierung von Teilen der Reinigung beschlossen, mit überwiegend 430-DM-Arbeitsverträgen, die in „vollwertige Arbeitsplätze“ umgewandelt werden sollen. Ab 1.1.88 soll nach Auswertung des „Pilotprojektes“ weiterverfahren werden. Trotz der großen Abstriche bewertet die ÖTV diesen Beschlüß als vollen Erfolg. – (sip)

BASF: „Störung des Betriebsfriedens“

Mannheim. Die BASF hat einem Mitglied des Komitees „Solidarität mit den ausgesperrten BASF-Kollegen in Geismar/USA“ mittels einer Abmahnung die Entlassung angedroht wegen „Störung des Betriebsfriedens“. Seit Februar 1986 hatte das Komitee wesentlich dazu beigetragen, daß die Aussperrung von 370 Arbeitern, die am 15.6. ins vierte Jahr geht, in der BRD bekannt wurde (vgl. Pol. Ber. 15/86, S. 29). Es führte ferner eine Geldsammlung innerhalb der BASF Ludwigshafen durch und unterstützte einen Vertreter der OCAW-Gewerkschaft in Geismar bei dessen Auftritt vor der BASF-Hauptversammlung 1986. Das Komitee-Mitglied wurde nun vom „Ermittlungsdienst“ der BASF vernom-

men und mit unbewiesenen Verdächtigungen konfrontiert. Rechtliche Schritte zur Abwehr der Abmahnung sind eingeleitet; die Solidaritätsarbeit soll fortgesetzt werden. – (tht)

3,7%-Tarifabschluß im Einzelhandel Ba-Wü

Karlsruhe. Am 20.5. wurden für die 180000 Beschäftigten in Baden-Württemberg Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,7% abgeschlossen. Statt 1500 DM Mindesteinkommen werden die Gehaltsgruppen I,1 und I,2 um 6,8 bzw. 5,2% auf 1395 bzw. 1435 DM erhöht. Vorgewanhebungen erhalten Packer, Lager- und Versandarbeiter in den Lohnstufen 1, 3, 4 (15, 20 und 25 DM) sowie Verkaufsstellenleiter (zwischen 5 und 7%). Statt einer Festlegung des Ladenschlusses im Manteltarif wird ein „gemeinsames Gespräch mit der Landesregierung zur Erhaltung von 18.30 Uhr Ladenschluß“ geführt. – (rub)

KfZ-Handel für Sonntagsverkauf

Stuttgart. Der Internationale Verband für Kraftfahrzeughandel und -reparatur forderte auf seiner Tagung Mitte Mai flexiblere Öffnungszeiten für das KfZ-Handwerk. Für den Gebrauchtwagenmarkt in der BRD sei die Flexibilisierung des Ladenschlusses wichtig, damit der Kauf eines Autos auch außerhalb der jetzigen Ladenöffnung möglich sei, nicht nur sonn- und feiertags auf den Geländen von Autokino und Supermärkten. – (ccs)



Spanien. Die 6200 Beschäftigten der Madrider U-Bahn bereiten den Streik für eine Lohnerhöhung von 7,4% vor. Ab dem 28. Mai bis zum 7. Juni sollen am Vormittag und am Nachmittag jeweils drei Stunden gestreikt werden, am 8. und 9.6. 24 Stunden. Bild: während des letzten Streiks im April des Jahres. Das bisherige Angebot der Direktion liegt nach Angaben der Gewerkschaft CCOO unter 6%. Zugleich will die Geschäftsleitung eine Lohnerhöhung an bestimmte Maßnahmen zur weiteren Leistungsverdichtung binden und darüber hinaus die Lebensversicherung für die Beschäftigten unter 55 Jahren streichen und statt dessen 2000 Peseten jährlich überweisen. – (gba)

Hannovers Stadtteile

Wenig verdienen und schlecht leben

Hannover. In der Stadt Hannover ist die Zahl der Haushalte, die ein Nettoeinkommen von unter 1000 DM im Monat haben, von 11% im Jahr 1981 auf 13% im Jahr 1985 gestiegen. Auf der anderen Seite der Einkommensskala hat die Zahl derjenigen mit einem Haushaltseinkommen von netto 3400 DM und mehr deutlich zugenommen. Ihre Zahl stieg im gleichen Zeitraum von 16% auf 21%. Im Jahr 1977 lag diese Einkommensklasse sogar noch bei 7% (siehe Schaubild 2). Die Einkommen sind nicht inflationsbereinigt, d.h. der Lebensstandard in den unteren Bereichen ist noch stärker gesunken.

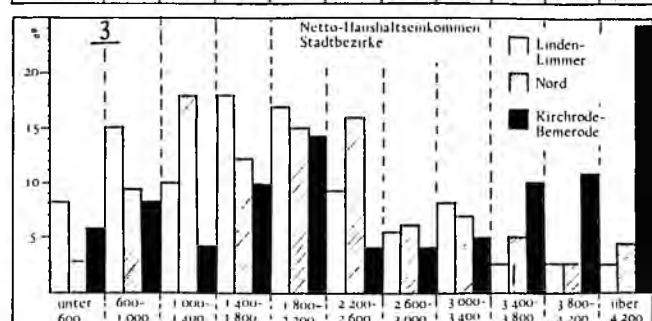
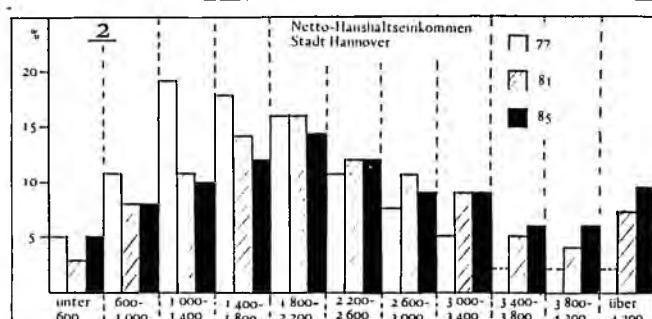
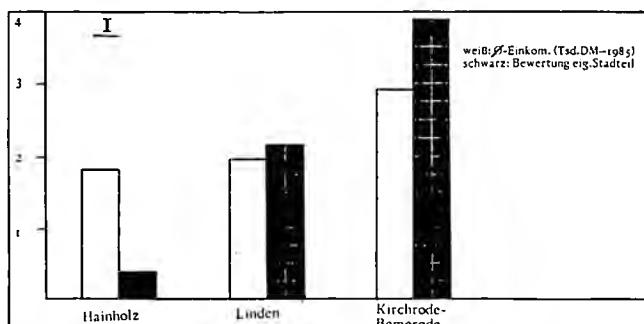
Um der sozialen Spaltung in der hannoverschen Bevölkerung etwas tiefer nachzusteigen, sollte es nützlich sein, einzelne Stadtbezirke näher zu untersuchen.

Es ist möglich festzustellen, wo die Bessergestellten sich in Hannover niedergelassen haben. Hierzu haben wir die Stadtbezirke Kirchrode-Bemerode auf der einen und Nord (ein Teil hiervon ist der Stadtteil Hainholz) sowie Linden-Limmer auf der anderen Seite herangezogen. Der Vergleich der drei Durchschnittseinkommen (netto) zeigt die Richtung an: Kirchrode-Bemerode 2900 DM, Nord 2150 DM und Linden-Limmer 1900 DM. Bei der Einzelbetrachtung der Lohnverteilung werden jedoch noch wesentlich größere Unterschiede deutlich: In Kirchrode-Bemerode haben 24% der Haushalte ein Nettoeinkommen von über 4200 DM! (siehe Schaubild 2). In Linden-Limmer hingegen haben 51% ein Einkommen unter 1800 DM, im Stadtbezirk Nord sind das immerhin noch 42% der Haushalte.

Ein Anhaltspunkt für die Lebensqualität in den drei Stadtbezirken ist die Einschätzung durch die Bewohner. So konnten befragte Hannoveraner den eigenen Stadtteil in der Repräsentativerhebung 1985 auf einer Skala mit den Eckpunkten +5 (positiv) und -5 (negativ) bewerten. Der Mittelwert für Kirchrode-Bemerode lag bei 3,8, für Linden-Limmer bei 2,1 und für Nord bei 1,9, Hainholz (1981) sogar bei nur 0,4 (siehe Schaubild 1). Der Stadtbezirk mit dem höchsten Einkommen bietet somit den eigenen Bewohnern auch die höchste Lebensqualität. Diejenigen, die in den untersten Lohnklassen am schärfsten ausgebeutet werden, von allen Einwohnern hannoverscher Stadtbereiche die niedrigsten Einkommen haben, leben in einem Stadtteil, der seinen Einwohnern auch die schlechteste Lebensqualität bietet. So nennen die am besten verdienenden Bewohner Hannovers (Kirchrode) folgende Vorteile ihres Stadtteils: Nähe von

Grün- und Erholungsflächen (72%), ruhige Lage (63%), gute Wohnverhältnisse (37%) und saubere Luft (35%). Wesentlich schlechter schneidet Hainholz ab: Nähe von Grün- und Erholungsflächen (44%), ruhige Lage (28%), gute Wohnverhältnisse (4%), saubere Luft (8%). Bei der Befragung nach den Nachteilen bietet sich das gleiche Bild: Lärmbelästigung (Kirchrode 7%, Hainholz 36%), schlechte Luft (Kirchrode 11%, Hainholz 32%). Ein Schlaglicht auf die Lebensqualität wirft auch die medizinische Versorgung: In Kirchrode kommen auf einen Arzt 378 Einwohner, in Hainholz 1376 und in Linden 1391.

Quellenangaben: Repräsentativerhebung 1981 und 1985, Statistischer Vierteljahresbericht 1983. – (fds)



Kirchrode: saniertes Altbau heißt Wohnqualität.



Hainholz: saniertes Altbau heißt Mieterhöhung.

Bücher

Westdeutsche Schriftsteller über Heimat

Heimatliches durch Heimatkunde

Die Sammlung Martin Walser's „Heimatkunde“ erschien bereits 1968. Darin äußert sich Walser zu Auschwitz, Vietnam, Theaterfragen, Dialekt und Heimatkunde. Fern von reaktionären Volkskundlern und „Menschen, die keinen Gamsbart sehen können, ohne sich als schneidige Intellektuelle („Spiegel-Leser“) zu fühlen“, sucht Walser nach seiner Bestimmung von Heimat. Gegen die Bestrebungen der Reaktionäre, Heimatliches in Schule und Kultur zu fördern, grenzen sich die Vorstellungen Walser nicht ab. Walser betreibt aber keine platte Heimattümelei, sondern bietet anspruchsvollere Heimatkunde. „Wenn man sich irgendwo aufhält, wo man nicht hingehört, weiß man meist, warum man sich dort aufhält.“ Denjenigen, darunter findet Walser sich selbst, die vorgeben nicht zu wissen, warum sie sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten, empfiehlt er, Heimatkunde zu betreiben. Damit sollen sie wissen, warum sie auch dort hingehören. Um sein „unbestimmtes“ Heimatgefühl zu ergründen, erforscht Walser auf „Heimatgängen“ Flora und Fauna, beschäftigt sich mit heimatlicher Geschichte. Fazit: Für ihn steht fest, die Hauptsache seiner Heimat ist das Wasser, das Wasser des Bodensees, deswegen bleibt Walser dort wohnen. – (sie)

„Heimat“ aktiv gestalten?

Für ein „neues, aktives Heimatverständnis“ wirbt Hermann Bausinger, Autor in der von der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung 1984 herausgegebenen Aufsatzsammlung „Heimat heute“. Für den Professor und Direktor des Instituts für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen ist „Heimat“ das „Produkt eines Gefühls der Überein-

stimmung mit der kleinen eigenen Welt“. Dieses Gefühl sei – durch Umweltzerstörung – ständigen „Irritationen“ ausgesetzt. Im Gegensatz zum Heimatbegriff der Vergangenheit, bei dem es sich um ein „ausgesprochenes Freizeit- und Compensationsphänomen“ gehandelt habe, gehe es heute darum, „Heimat zu retten und neu zu schaffen“. Bausinger zielt auf die Ökologie-Bewegung ab, deren Tätigkeitsfeld er darauf beschränkt sehen will, für eine



„Heimat als selbst mitgeschaffene kleine Welt, die Verhaltenssicherheit gibt“, tätig zu sein. Es handelt sich um den Versuch, einen Begriff zu modernisieren, der durch seine vor allem im Faschismus deutlich gewordene Funktion diskreditiert war und ist. Das verschwimmt formulierte Ziel ist vaterländisch wie eh und je: Bausinger will dem grün angekränkelten akademischen Publikum die „heimatliche Scholle“ schmackhaft machen. Ja nicht den Gedanken aufkommen lassen, „Umweltzerstörung“ sei eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftens. Die „Selbstherrlichkeit der Planer“ und die „Eigendynamik der Planung“ gilt es zu bekämpfen, Lebensqualität lässt sich halt nicht planen, die muß gefühlt werden. (Landeszentrale für politische Bildung (Hrg.): Heimat heute, Kohlhammer Taschenbücher Nr. 1065, 14,- DM – jüg)

Bauernschicksale: hart aber gerecht?

Maria Beig lässt die Großmutter im Kreis ihrer Enkel über das Leben ihrer Mutter, der Urgroßmutter, deren Geschwister, Eltern und Dorf erzählen: „Urgroßelternzeit“. Also die Zeit um die Jahrhundertwende in einem oberschwäbischen Dorf. Erzählt wird in 13 Geschichten über „Schicksalsschläge“: Krankheiten, Unfälle, Feindschaft zwischen Nachbarn, Diebstahl und Betrug, Fehlgeburten und Abtreibung, Heimweh, Schwermut und Wahnsinn. Und meistens beginnt's mit menschlicher Schlechtigkeit und Sünde und endet mit Strafe und Tod. Akteure sind die Außenseiter, die besonders Häßlichen oder besonders Schönen, die besonders Dummen oder besonders Schlaufen, die unehelich Geborenen und Auswärtigen. Über bürgerliches Leben und Arbeiten und katholische (Doppel)-Moral erfährt der Leser einiges. Kaum etwas dagegen über die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ereignisse dieser Zeit. Durch den Kunstgriff, nur schriftlich festzuhalten, was die Großmutter als mündliche Chronistin an die Enkel weitergibt, enthebt sich die Autorin jeglicher Erklärung, Wertung und Parteinahme. So „beweisen“ die Geschichten fast ausnahmslos die angebliche Richtigkeit der von Kirche und Staat seit Jahrhunderten propagierten „Lebensweisheiten“ nach dem Motto: „Hochmut kommt vor dem Fall“ und „Geld allein macht nicht glücklich“ usw. usf. (Maria Beig: Ur großelternzeit. Suhrkamp TaBu 1383, 8,00 DM – ulr)

Musik, Liebe, Agenten Adel, Reichtum, Heimat

Wer sich im Fernsehen gern „Denver“ ansieht, den mag vielleicht auch der Roman „Eine Heimat hat der Mensch“ von Uta Danella zu fesseln. Ein Musikwissenschaftler aus USA, gebürtiger Berliner, mit seinen Eltern während des Faschismus dorthin emigriert, als GI während der sogenannten Blockade in Berlin stationiert, verheiratet mit einer DDR-Bürgerin, die kurz vor

dem Mauerbau bei ihm bleibt, deren Tod ihm mitgeteilt wird als sie zu einem späteren Besuch zu ihrer Schwester in die DDR fährt, er ihren Tod aufklären will, dabei in Österreich landet, sich dort in die Tochter eines Millionärs und einer ungarischen Gräfin verliebt, die er später ehelicht, obwohl seine Frau doch gar nicht tot ist, usw. usw. Jedemfalls eine wahnsinnig blöd konstruierte Geschichte. Durchsetzt mit allen möglichen Greuelmärchen über die „Russen“, soweit Berliner Geschichte äußerst läufighaft in dem Roman gestreift wird. Wo ist die Heimat, fragt die Autorin am Schluss des Romans. Auf Erden sei sie zweifelhaft und unsicher, im Himmel vielleicht auch, am ehesten im Herzen eines geliebten Menschen. Warum solch ein Schmus gelesen wird? Vielleicht, weil man die Geschichte, deren Ende man denn doch erfahren will, genauso schnell vergessen kann, wie man sie gelesen hat. – (gug)

BRD: Geschichte in Geschichten

Die Sammlung enthält 52 Kurzgeschichten 41 westdeutscher Autoren. Wer eine Be- bzw. Verarbeitung der wichtigsten historischen Begebenheiten erwartet, täuscht sich. Auf die Lücken dieser Sammlung wird schon in der Einleitung hingewiesen. Vor allen Dingen die frühen Geschichten vermitteln das Bild einer moralisch-ethisch maroden Gesellschaft, ohne jedoch Determinanten der historischen Entwicklung als Ursache für spätere Erscheinungen zu skizzieren. So sind Kenntnisse der BRD-Geschichte Voraussetzung, um die literarischen Reflektionen dieses Buches zu verstehen. Teilweise nicht mehr als fortschrittlich zu bezeichnen sind die Werke aus der „Wirtschaftswunderzeit“. Kritisiert werden hier nur einige Erscheinungsformen der Bourgeoisie, nicht aber deren Verhältnis zur Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte. Sehr schön sind im Gegensatz dazu einige Texte aus der neueren Geschichte der BRD, die anschaulich die Arbeitsbedingungen des

Industrieproletariats und den Terror gegen Linke, vor allem in den 70er Jahren, verdeutlichen. Leider ist durch die Lektüre der vorhergehenden Texte nicht in Erfahrung zu bringen, wie solche Entwicklungen zustande kamen. Daß „Zusammenhänge und Abhängigkeiten kenntlich und nachprüfbar“ seien, wie es im Klappentext postuliert wird, ist nicht der Fall, da die Ansätze der Autoren grundverschieden sind. (Geschichten aus der Geschichte der BRD, 1949-1979, Hrsg.: Klaus Roehler, Luchterhand 300, 15,80 DM – fen)

Heimat – pluralistisch schillernder Begriff

17mal Heimat verspricht das Buch. Der Leser mag Fragen und Antworten erwarten und sieht sich getäuscht. Eine Frage darf er sich beim Lesen der meisten Beiträge immer wieder stellen: Was haben der Aufsatz, der Bericht, die Erzählung mit Heimat zu tun? Nach längerem Überlegen mag er schließlich zu dem Schluß kom-

Rückkehr in eine Heimat Deutschland, muß man auch die Wahrheit wissen wollen. Weil sie die Wahrheit über Deutschland nur allzu gut kennt, liebt Luise Rinser ihre oberbayerische Heimat „inniger aus tausend Kilometer Entfernung“. Auch Dorf und Familie als Heimat betrachtet fehlen in dem Bändchen nicht. Die Antworten sind in deprimierender Weise negativ.

Bölls Ablehnung aller „Heimatscheiße“ ist sattsam bekannt. Positiv gewendet gibt's für Böll nur ein „zu Hause“: die Wohnung, die Arbeit, die Freunde, die Nachbarn, das Viertel. Nicht nur der deutsche Nationalismus hinterließ „Heimatvertriebene“, die Politik profitlicher Stadtsanierung hinterläßt unausgesetzt Heimatvertriebene. Aber Böll wäre nicht das „Gewissen“, fügte er dem Materiellen nicht auch moralische Werte wie Geduld und Toleranz hinzu.

Gisela Elsnsers und Martin Walsers Beiträge schließen indirekt an das alte Heimatrecht an, das u.a. Unterstützung bei Bedürftigkeit ge-

Dokumentation in Vorbereitung

Auseinandersetzung zwischen RAF und Staatsmacht der BRD

Der Verlag GNN (Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.) plant für Ende September dieses Jahres die Herausgabe einer Dokumentation über die Auseinandersetzung zwischen der Roten Armee Fraktion (RAF) und dem Staatsapparat der BRD.

Vor allem für die junge Generation ist es heute nahezu unmöglich, sich über diese Auseinandersetzung ein Bild zu machen. Die dazu erforderlichen Quellen sind unseres Wissens nirgendwo gesammelt (jedenfalls nicht öffentlich zugänglich) und publiziert. Nicht nachweisbare Behauptungen über angebliche oder auch wirkliche Zielsetzungen der RAF auf der einen, Unkenntnis und interessierte Behauptungen über die Politik der Staatsorgane und Staatsparteien auf der anderen Seite wirken bestimmt in einer Diskussion, die aufgrund der unbestreitbaren zeitgeschichtlichen Bedeutung der Auseinandersetzung dennoch stattfinden muß und auch stattfindet.

Verschiedene Beiträge zu dieser Diskussion sind in den vergangenen Monaten bereits veröffentlicht worden.

Der Journalist Stefan Aust hat ein Buch herausgebracht (1), das den Anspruch erhebt, dokumentarisch zu sein, jedoch Quellen nicht nachweist und so im Trüben fischt. Es stellt weder die politischen Zielsetzungen der RAF dar, die dadurch als Haufen abenteuerlicher Pistoleros erscheint, noch auch nur halbwegs die staatlichen Maßnahmen der „Terrorismusbekämpfung“ und gibt mithin ein verfälschendes Bild von der Auseinandersetzung. Der Film zum Buch (2), der sich mit dem Stammheimer Prozeß befaßt, gibt sich kritischer, zensierte jedoch den politischen Inhalt der Auseinandersetzung fast ganz heraus.

Der Autor und Verleger Klaus Bittermann hat im Oktober 1986 einen Band herausgebracht (3), der zwei frühe Schriften der RAF enthält, dazu Beiträge verschiedener Autoren, die sich kritisch mit der von den Grünen vertretenen Politik der Gewaltfreiheit auseinandersetzen, sich zum Teil allerdings auch berufen fühlen, die erste Generation der RAF gegen die späteren auszuspielen.

Ein wichtiger und nützlicher Beitrag zur Diskussion ist das Buch „Stammheim“ des niederländischen Rechtsanwaltes Pieter Bakker Schut (4), der eine juristisch-politische Analyse des Stammheimer Prozesses vornimmt und die staatliche Prozeßführung in all ihren Dimensionen – Isolationshaft, Prozeßbunker, Gesetzesbruch, Sondergesetze zur Zerschlagung der Verteidigung etc. – als Versuch zur gezielten Vernichtung politischer Gegner enthüllt.

Eine Quellensammlung zur Auseinandersetzung zwischen der RAF und den Staatsorganen der BRD fehlt jedoch bisher. Zur Aufarbeitung dieser Auseinandersetzung scheint uns aber die Kenntnis der antiimperialistischen Kritik der RAF ebenso unverzichtbar wie die Kenntnis ihrer Behandlung durch die Staatsorgane, der Entwicklung des Staatsverständnisses der Bourgeoispolitiker, ihrer Denkauswürfungen.

Die geplante Dokumentation des GNN-Verlages wird deshalb Schriften der RAF enthalten sowie Texte der Staatsorgane und des gesellschaftlichen Überbaus. Mit der Veröffentlichung von nicht oder nur schwer öffentlich zugänglichen, von verschütteten, unbekannten oder ignorierten Quellen will der Verlag GNN zur notwendigen Diskussion und ihrer Verwissenschaftlichung beitragen, dazu also, daß sie nicht auf der Grundlage von Unkenntnis, Vermutung,



„Heimatverbundenheit“: Verhimmelte Form der ortsgenossenen bäuerlichen Arbeit

men, daß, wenn schon die Frage nach Heimat gestellt wird, dies auf unterschiedliche Arten und Weisen möglich ist, die Antworten unterhaltsame oder langweilige, hoffnungsvolle oder hoffnungslose, politische oder zutiefst subjektive Selbstzeugnisse sein können.

Wenn die Morde an Juden gestern und politischen Gefangenen heute wahr wären, „könnte ich nicht zurückkommen“, meint Hannelies Taschau. Entscheidet man sich für die

währte. Gerade dieser Teil des Rechts auf Heimat wird in unserer Gesellschaft negiert, nicht nur rechtlich. Sozialhilfeempfänger haben keine Heimat, weil sie keine menschenwürdige Bleibe haben. Walser zieht gleich die Parallelen zum Intellektuellen. Der wird dann arbeits- und damit heimatlos, wenn er die „wirkliche Wirklichkeit“, z.B. die Arbeitslosigkeit, nicht mehr beschreiben darf (Botterbusch/Konjetzky, Hrsg., 17mal Heimat, Goldmann, 8,80 DM – gar)

Halbwissen und Vorurteilen stattfindet.

Schriften der RAF

Die Dokumentation von Schriften der RAF soll die Kenntnis ihrer politischen Zielsetzungen, ihrer Kritik am US-Imperialismus und am Imperialismus der BRD und ihrer Begründung des politischen Konzepts der Stadtguerilla vermitteln.

Dazu ist vorab eine Erklärung nötig: In der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, daß, wenn nicht sogar schon die Kenntnis, so doch zumindest der Besitz und auf jeden Fall die Veröffentlichung von Schriften der RAF strafbar sei. Das ist zweifellos Ergebnis der jahrelangen Kampagne der Staatsorgane und Staatsparteien, die von Anfang an die erklärte Absicht verfolgte, die RAF und verwandte Bewegungen völlig zu isolieren. Faktisch hat die Staatskampagne das Recht eines jeden, sich aus öffentlichen Quellen selbst zu informieren, stark beeinträchtigt. Denn sie hatte insoweit Erfolg, als eine Sammlung der Schriften der RAF legal nicht veröffentlicht wurde. Das bestärkte den Eindruck, eine Sammlung solcher Texte sei illegal. Das ist nach unserer Auffassung nicht der Fall. Wir sehen unsere Auffassung u.a. dadurch bestätigt, daß der „Spiegel“ zumindest bis 1975 mehrere Dokumente der RAF ganz oder auszugsweise veröffentlicht hat; daß eine vom Bundesinnenministerium 1978 beauftragte Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern „Forschungsberichte“ veröffentlicht hat, die relativ ausführlich aus Schriften der RAF zitieren und darauf verweisen, sogar eine lange Literaturliste mit ausführlichen Quellenangaben enthalten, also zur Auseinandersetzung damit regelrecht anregen (5); daß die Veröffentlichung von zwei frühen RAF-Schriften in dem erwähnten Band „Die alte Straßenverkehrsordnung“ nicht zu rechtlichen Auseinandersetzungen geführt hat.

Die folgende Aufführung der Schriften, die dokumentiert werden sollen, und ihre knappe Begründung sollen der interessierten Öffentlichkeit ermöglichen zu überprüfen: erstens ob Zweifel hinsichtlich der Zurechenbarkeit der Texte bestehen; zweitens ob die Auswahl dem Anspruch, die antiimperialistische Kritik und politische Zielsetzung der RAF zu vermitteln, gerecht wird.

Das Konzept Stadtguerilla, April 1971; Quellen: 1. Texte: der RAF, Verlag Bo Cavefors, Malmö 1977, S. 337-367; 2. D. Rjazanov, Zur Frage des Verhältnisses von Marx zu Blanqui, Utrecht 1973, S. 22-45. Aus der Kritik der politischen Situation in der BRD – Stichworte: große Koalition, Notstandsgesetze, Reformismus, Konzertierte Aktion, neue Ostpolitik – zieht die RAF den Schluß eines für die Revolution denkbar ungünstigen Kräfteverhältnisses. Daraus begründet sie das Konzept Stadtguerilla. Sie stellt sich ausdrücklich in die Tradition der Studentenbewegung, deren Verdienst sie darin sieht, sich als Teil einer internationalen Bewegung gegen denselben Klassenfeind, den Imperialismus, verstanden zu haben, und will den bewaffneten Kampf in der BRD in erster Linie als Beitrag zum weltweiten Kampf gegen den US-Imperialismus verstanden wissen, dessen Kräfte es zu zersplittern gelte.

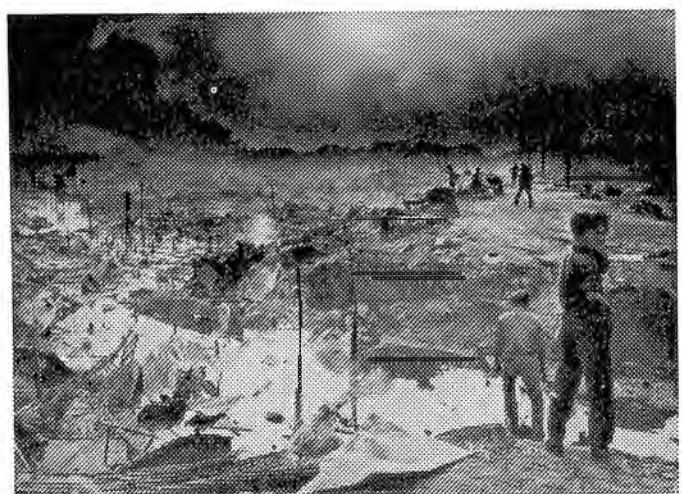
Stadtguerilla und Klassenkampf, wahrscheinlich April 1972; Quellen: 1. Texte: der RAF, a.a.O., S. 368-410; 2. Rjazanov, a.a.O., S. 113-172. Die Schrift kritisiert die Innen- und Außenpolitik der BRD als Innen- und Außenpolitik der Konzerne: die Verantwortung der BRD für die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt am Beispiel des Iran; die Militarisierung der Klassenkämpfe in der BRD am Beispiel des Chemiearbeiterstreiks 1971; die sozialen Folgen der Ausbeutung für die arbeitenden Klassen in der BRD. In Auseinandersetzung mit anderen Kräften der Linken betont die RAF die Notwendigkeit des Antiimperialismus und begründet die Praxis der Stadtguerilla als die Verbindung von

nationalem und internationalem Kampf und als Möglichkeit, die Zusammenhänge imperialistischer Herrschaft im Bewußtsein der Menschen herzustellen.

Die Aktion des Schwarzen September in München, Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, wahrscheinlich November 1972; Quellen: 1. Texte: der RAF, a.a.O., S. 411-446; 2. Rjazanov, a.a.O., S. 255-279. Die Schrift greift die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt durch den Imperialismus – bis hin zum Völkermord – an. Sie hebt den Führungsanspruch des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt für den Fortgang der Weltrevolution hervor und charakterisiert den Kampf in den Metropolen als Kampf der internationalen Brigaden für den Sieg im Volkskrieg in der Dritten Welt. Die RAF greift hier in modifizierter Weise die Theorie der Arbeiteraristokratie auf, geht aber weniger von Bestechung durch Extraprofite als von einer vorrangig durch Massenkonsum und Massenmedien bedingten Massenloyalität gegenüber dem imperialistischen System aus. Die politische Identität müsse in der Befreiung von den Systemzwängen und im Befreiungskampf der Dritten Welt gefunden werden. Die Bedeutung der antiimperialistischen Aktion sieht die RAF darin, die Loyalität der Massen gegenüber dem System zu zerstören, indem sie dieses demaskiert.

Bewaffneter antiimperialistischer Kampf und die Defensive der Konterrevolution in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen das Volk, Rede U. Meinhofs am 13.9.74 im Prozeß wegen der Befreiung Baaders; Quellen: 1. Texte: der RAF, a.a.O., S. 62-74; 2. Letzte Texte von Ulrike, S. 38-45. Ulrike Meinhof sieht die strategische Bedeutung der RAF wie überhaupt der Metropolenguerilla darin, daß sie sich in den Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt einordnet und den Imperialismus in seinem Hinterland, von wo aus er die Aggressionen gegen die Dritte Welt durchführt, angreifen kann. Als entscheidend für den Aufbau der Guerilla nennt sie die Entschlossenheit zu handeln. Den antiimperialistischen Kampf charakterisiert sie als Bruch mit dem Elend des Metropolenindividuums, als Aufhebung der durch die Vernichtungs- und Zerstörungsprozesse der Metropolengesellschaft bedingten Verkrüppelung.

Interview der Stammheimer Gefangenen mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, 20.1.75; Quellen: 1. „Spiegel“ vom 20.1.75; 2. Texte: der RAF, a.a.O., S. 241-261. Bei der Begründung des Konzepts Stadtguerilla beziehen sich Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe auf die v.a. von Lin Piao ausgearbeitete Revolutionstheorie von der Einkreisung der Städte durch die Dörfer, der imperialistischen Metropolen durch die Dritte Welt: Die Stadtguerilla bekämpft die Unterdrückungsmaschinerie von innen. Sie soll das Bewußtsein über den Charakter des Staatsapparates und darüber vermitteln, daß Handeln möglich und notwendig ist, und will den



US-Aggressionskrieg gegen Vietnam, BRD war beteiligt.

Staat zum offenen Auftreten zwingen.

Auszug aus dem Manuskript „Erklärung zur Sache“ der Gefangenen aus der RAF im Stammheimer Prozeß 1975/76 – hier: BRD/Sozialdemokratie – Dritte Welt; Quellen: „Zusammen kämpfen“, ohne Datum. Der Text kritisiert die neokoloniale Aggression der BRD gegen die Völker der Dritten Welt. Er vertritt, daß eine Entwicklung der Dritten Welt nur möglich ist, wenn die Fesselung an den imperialistischen Weltmarkt zerschlagen und das System der Konzerne vernichtet wird. In diesem revolutionären Prozeß ist die RAF Partei; die Stammheimer Gefangenen begründen die bewaffneten Aktionen in der BRD als unmittelbare Funktion der Befreiungskämpfe. Ihre Bedeutung liege darin, daß sich die imperialistischen Kommandozentralen im Hinterland, in den Metropolen, befinden. Sie anzugreifen bedeute, die Kräfte des Imperialismus zu zersplittern.

Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982; Quelle: eigene Broschüre. In der letzten Schrift, die dokumentiert werden soll, konstatiert die RAF nach der Niederlage 1977 einen neuen Abschnitt in der revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum. Nachdem sich die Guerilla zunächst im internationalen Zusammenhang der Befreiungskämpfe bestimmt habe, gelte es jetzt, zu einer Strategie zu kommen, die ihre Wurzeln in den Metropolen hat. Nach Vietnam sei nicht mehr von Front (Befreiungskämpfe) und Hinterland (Metropolen) zu sprechen, die Frontlinie verlaufe vielmehr weltweit. Bei einem labilen Kräfteverhältnis zwischen den Kräften der Revolution und den Kräften der Konterrevolution sei gegen die imperialistischen Projekte – US-Kriegspolitik, Roll back gegen die Dritte Welt und die sozialistischen Länder – die Entwicklung der Front in Westeuropa entscheidend. Die RAF tritt ein für die Verbindung von bewaffneten Aktionen mit den militärischen Kämpfen, für das bewußte Zusammensehen von allen, die aufgrund ihrer Erfahrung mit dem imperialistischen System gebrochen haben und sich in Verfolgung des gemeinsamen Ziels der Vernichtung des Imperialismus und der revolutionären Umwälzung in den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellen.

Texte der Staatsorgane

Die Dokumentation von Texten der Staatsorgane und des gesellschaftlichen Überbaus hellt auf, wie die satte Zufriedenheit der sich erneut Weltgeltung verschaffenden imperialistischen Herrschaft mit eiskaltem Vernichtungswillen auf die „Herausforderung des Terrorismus“ reagiert hat. Die von seiten der Staatsorgane begründeten und durchgeführten Maßnahmen beweisen in Begründung und Durchführung ein hohes Maß an Bereitschaft, ja sogar ein gewisses Bestreben, den für die Ausübung der Exekutive bestehenden gesetzlichen Raum zu verlassen und Opposition mit Mitteln totzuschlagen, die erst nachträglich oder niemals legalisiert wurden oder deren Legalisierung selbst einen Rechtsbruch bedeutete. Zu keinem Zeitpunkt hat die Staatsmacht auf die antiimperialistische Kritik der RAF und verwandter Bewegungen und auf die antiimperialistisch begründete Politik des bewaffneten Kampfes anders geantwortet als:

1. mit einer Treibjagd des Polizeiapparates, mit der die Angehörigen der RAF und verwandter Bewegungen für vogelfrei erklärt wurden. Dies dokumentieren das Protokoll der Innenministerkonferenz von 1972; Bundestagsreden 1972 und 1974; die Regierungserklärungen von Schmidt vom 13.3.75 und vom 25.4.75; das Referat des damaligen Leiters der Abteilung Terrorismusbekämpfung im BKA, Boeden, auf dem CDU-Kongreß am 29./30.11.77; ein Vortrag des BKA zu „Aufgabe und Arbeit der Polizei und des BKA“; der zielstrebig betriebene Ausbau der „Inneren Sicherheit“ seit 1971/72; Dokumente zur „Aufstandsbe-



2. Juni 1967: Die Polizei erschießt auf einer Anti-Schah-Demonstration den Studenten Benno Ohnesorg.

kämpfung“;

2. mit dem Versuch, die Kritik zu vernichten, der vor der Vernichtung der Kritiker nicht zurückschreckte. Dies dokumentieren verschiedene Texte zur Isolationshaft; E. Albrechts „Der Staat – Idee und Wirklichkeit“; die Regierungserklärung Schmidts vom 20.4.77; das Kontaktsperrgesetz und die Begründung desselben durch den Deutschen Bundestag; die Rede des Bundespräsidenten Scheel beim Staatsakt für Schleyer; die Erklärungen des Rates der EKD vom 16.9.77 und der Deutschen Bischofskonferenz vom 17.9.77, die ihre Segen gaben; Urteile des Bundesverfassungsgerichts; eine Pressezusammenstellung über die Forderungen von Politikern und Meinungsmachern nach „Todesstrafe“, „Geiselerchiebung“, „Bundeswehreinsatz“ usw.; die Anpassung der Gesetzeslage an die jeweiligen Erfordernisse der „Terrorismusbekämpfung“ (Dokumentation der Gesetzesänderungen);

3. mit einer Abrechnung mit den „geistig-politischen Ursachen des Terrorismus“, dem Frontalangriff auf jede kritische Regung, der Formierung der Gesellschaft. Daß die „geistig-politische Wende“ nicht erst 1983, sondern lange vorher eingeleitet wurde, dokumentieren die Regierungserklärung Schmidts vom 20.10.77; die Bundestagsrede Vogels vom 28.10.77; die Bundestagsrede Dreggers vom 28.10.77; ein Artikel von Strauß aus dem Bayern-Kurier vom 29.10.77; die Referate vom CDU-Kongreß vom 29./30.11.1977: „Der Weg in die Gewalt“, so E. Topitsch, „Die Masken des Bösen“.

Die hier aufgezählten Texte sollen auszugsweise oder ganz dokumentiert werden. Weitere Hinweise auf andere in diesem Zusammenhang wichtige Texte sind erwünscht.

Einladung zu einer Redaktionskonferenz

Der Verlag GNN lädt alle, die zu dem hier angekündigten Projekt einer Dokumentation der Auseinandersetzung zwischen der RAF und der Staatsmacht der BRD beitragen können, zu einer Redaktionskonferenz Anfang August ein. Bis zur Redaktionskonferenz bitten wir um sachdienliche Hinweise. Auf der Konferenz sollen bestehende Einwände vorgebracht, das Konzept der Dokumentation ausführlich erörtert und ein Redaktionsstab gebildet werden.

Quellenhinweis: (1) Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1986; (2) Filmbesprechung in: Politische Berichte 06/86, S. 31f; (3) Die alte Straßenverkehrsordnung, Dokumente der RAF, mit Beiträgen von W. Pohrt, K. Hartung, G. Goettle, J. Bruhn, K.H. Roth, K. Bittermann, Berlin (West) 1986; (4) Pieter Bakker Schut, Stammheim, Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Kiel 1986; (5) Analysen zum Terrorismus 1, Iring Fettscher, Günther Rohrmoser, Ideologien und Strategien, Opladen 1981 – (scC)

Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen

Warum es für die Arbeiterbevölkerung kein Glück ist, wenn sich eine Weltfirma ansiedeln will

Baden-Württemberg gilt in der BRD als ein Bundesland, das nicht wie z.B. NRW oder die Küstenregionen mit Strukturproblemen untergehender Industriezweigen belastet ist. Insbesondere die Unionsparteien fördern den Eindruck, das liege an einer Wirtschaftsförderungspolitik, die, unter Beachtung sozialer Grundsätze, den Marktkräften Geltung verschaffe und damit für gleichmäßige und gesunde Entwicklung sorge. Der Eindruck einer stabilen Wirtschaftsstruktur trügt, die Politik Späths verschärft vielmehr die Widersprüche zwischen Industrieballungszentren und sogenannten strukturschwachen Regionen und die Wachstumsraten täuschen darüber hinweg, daß die Produktion immer einseitiger bestimmten Konzerninteressen untergeordnet wird.

Wir wollen mit den auf den folgenden Seiten abgedruckten Beiträgen auch die Diskussion darüber anregen, welche Reformforderungen gegenüber einer solchen reaktionären Wirtschaftspolitik unterstützt werden können. – (alk, ann, map, mho, tht, uss)

Wie Daimler die Boxberger für die Teststrecke gewinnen wollte – Ein Lehrstück

Man, das ist der Weltkonzern Daimler-Benz, plant eine Teststrecke, sie soll aus wirtschaftlichen Gründen auf dem Lande liegen, aber doch verkehrsgünstig, man ist auch in der Rüstung engagiert – es bietet sich ein Raum an, der mit vielen Militäreinrichtungen versehen ist, strukturschwach mit Entwicklungs- und Arbeitsplatzproblemen. Man läßt bei den zuständigen Politikern seine Absicht verlauten, eine Teststrecke bauen zu wollen. Man erwähne dabei, daß noch andere Standorte im Gespräch sind, und garniere diese Aussage mit dem Hinweis, bei der Teststrecke könnten 80 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit ist der Knoten geschnürt, die Akteure können auftreten. Unser Lehrstück beginnt zu dem Zeitpunkt, da aus den 80 Arbeitsplätzen schon 150 geworden sind. Die Politiker sind deshalb schon richtig in Fahrt.

Standort: Daimler beschließt, Filbinger und Späth sind rührig

Heute stellt sich Lothar Späth hin als einer, der gerne dem strukturschwachen Raum Boxberg geholfen hätte, aber leider an der Sturköpfigkeit von ein paar Bauernschädeln gescheitert sei. Tatsächlich war nicht die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Lohnabhängigen und kleinen Handwerker Ausgangspunkt der Teststreckenplanung. Wer angeschafft und wer ausführt hat, ist schwarz auf weiß festgehalten.

So hat sich etwa der Beauftragte des Daimler-Konzerns für Boxberg, Kemna, als Ergebnis einer Besprechung mit Behördenvertretern am 13. 12.78 lapidar notiert (seine Aufzeichnungen kamen ihm 1978 vorübergehend abhanden): „Filbinger hat Raum zugewiesen.“

Und entsprechend verliefen die politischen Entscheidungen:

10.10.1977 Der Landrat des Kreises Rühl an den (damals noch) CDU-Fraktionsvorsitzenden Späth: „In der Angelegenheit habe ich mich auch an den Herrn Ministerpräsidenten (damals

noch Filbinger, d.Red.), der mit Vertretern der Daimler-Benz AG bereits konferiert hat, ... gewandt ... Dr. Palm meinte jedoch, es könnte der Sache dienlich sein, wenn Sie, lieber Herr Späth, als persönlicher Bekannter von Herm Dir. Dr. Zahn (damals Vorstandsvorsitzender der Daimler AG) ihm dieses landesplanerische und strukturpolitische Anliegen unterbreiten.“

5.3.1978 Ministerpräsident Filbinger an CDU-MdL Reuter, Landrat Rühl und den Boxberger Bürgermeister Zipperle: „Sie wissen, daß mir die Förderung des Main-Tauber-Kreises ein besonderes Anliegen ist. Ich habe mich daher auch mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, daß das geplante Versuchsgelände der Firma Daimler-Benz in diesem Landkreis realisiert wird.“

6.4.1978 Und daraufhin die Ergebnissadresse des Landrats Rühl an Daimler-Benz Direktor Reuter: „Sie dürfen sicher sein, daß die politisch

und administrativ Verantwortlichen in diesem Landkreis das ihnen Möglichkeit tun werden, um die noch vorhandenen Schwierigkeiten ausräumen zu können.“

13.4.1978 Besonders hervorgetan hat sich der bis dahin zum Innenminister aufgerückte Späth, so entnimmt man einem Brief an den Regierungspräsidenten Bulling: „Das besondere Anliegen meines Schreibens ist es, Sie zu bitten, dieses wichtige Projekt in Ihrem Geschäftsbereich zügig zu fördern ... Ich möchte anregen, auch die Fa. Daimler-Benz auf dem Laufenden zu halten.“

**Von Anfang einkalkuliert:
Widerstand muß man brechen**

Wir brauchen nicht zu kommentieren:

21.3.1978 Landrat Rühl an Filbinger: „Wegen der neuerlichen Widerstände aus den Reihen der Landwirtschaft gibt es leider noch viele Schwierigkeiten zu überwinden.“

2.11.1978 Besprechung von Vertretern der Daimler-Benz AG mit Landrat und Bürgermeister: „Vielmehr müsse es gelten, das Umfeld um die Interes-



Progamm in Gerstetten auf der Schwäbischen Alb, das war ein solcher Mustbetrieb, wie ihn Späth fördern will: Tarifverträge gelten nicht, Gewerkschaft fliegen raus, und um all das durchzusetzen, hat man die Staatsgewalt.

sengemeinschaft (gegen die Teststrecke) durch entsprechende Zusagen von Daimler-Benz von der Interessengemeinschaft gedanklich fernzuhalten.“

August 1978 Bürgermeister Zipperle erstellt eine Listen von Firmen, die für eine Produktion für Daimler nicht in Frage kommen: „... verwandt zu Ausiedler Hofmann ... großer Gegner von DB ... beschäftigt viele DB-Gegner ... DB-Geschädigter ...“

Die Idee mit Arbeitsplätzen bei Daimler-Zulieferern

Ob der Daimler-Konzern von vornherein vor hatte, den Teststreckenbau mit der Ansiedlung von Zulieferbetrieben zu verbinden, oder ob das erst eine Reaktion auf den beträchtlichen Widerstand in den Gemeinden war, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls lohnt sich ein genauerer Blick auf das Versprechen mit am Ende rund 900 bis 1000 Arbeitsplätzen, zumal die Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises und der Gemeinden direkt von Daimler kontrolliert wurde (z.B. schickte der Landrat Rühl am 22.12.77 den Entwurf einer Presseinformation an die Daimler AG mit der Bemerkung: „Wenn Sie dagegen grundsätzlich Bedenken haben oder eine andere Fassung wünschen sollten, wären wir für eine Rückäußerung dankbar.“)

Den schon zitierten Schriftwechseln ist zu entnehmen, daß Landrat Rühl am 6.4.1978 den Daimler-Direktor Reuter drängte, die Grundstücksverkäufe mit dem Lockangebot von Anstellung bei Daimler zu beschleunigen. Und vom 16.5.78 gibt es ein Besprechungsprotokoll von Daimler-Vertretern, Bürgermeister und Grundstücks-eigentümern, in dem es heißt: „Es wurde von den Grundstückseigentümern anerkennend aufgenommen, daß in Boxberg, die gleichen Tarife gezahlt werden würden wie in Stuttgart (gleicher Tarifbezirk).“

Nun war das aber keineswegs die Absicht des Konzerns, wie man dem Protokoll von einem Gespräch zwischen Daimler-Direktoren und Landrat sowie Bürgermeister vom 2.11.1978 entnehmen kann: „Prof. Dr. Zahn entwickelte seine Gedanken, wie dem Raum geholfen werden könnte. Er sagte, daß der kleinste Betrieb, den Daimler-Benz in unseren Raum verlegen könne, mindestens 800 Arbeitsplätze haben müsse. Da der Raum kurzfristig diese Beschäftigungszahlen nicht erbringen kann, würde eine Daimler-Benz-Produktionsverlagerung bedeuten, daß auf den Raum ein relativ hoher Ausländerbesatz und sonstige nicht absehbare Schwierigkeiten zukämen. Außerdem entstünde die Situation, daß die jetzt bestehenden Betriebe wegen des völlig anders gearteten Lohn- und Sozialniveaus von Daimler-Benz ihre Beschäftigten nicht halten könnten ... Über die im Raum vorhandenen Betriebe führte Direktor Ulsamer aus,

Strukturdaten des Boxberger Raumes

Einwohnerzahl des Main-Tauber-Kreises am 31.12.81: 121378

Bevölkerungsdichte am 1.1.78: Kreis 93,8 Einwohner (an vorletzter Stelle in Baden-Württemberg), Boxberg: 60,8 Einwohner, Assamstadt: 91,7 Einwohner. Von 1950–61 verzeichneten die Gemeinden Boxberg und Assamstadt einen Bevölkerungsrückgang von ca. 1600 Einwohnern. Bis 1970 blieb die Bevölkerungszahl in etwa konstant, weil der Geburtenüberschuß den Wanderungsverlust ausglich. Seit 1970 bleiben die Geburtenüberschüsse aus, die Einwohnerzahl geht seitdem zurück.

Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen ging in beiden Gemeinden zurück. Von den in Assamstadt wohnenden Werktaatigen waren 1961 noch 60,7% und 1970 immerhin noch 24,8% in der Landwirtschaft beschäftigt, in Boxberg betrug der Anteil 57,3% im Jahre 1961 und 1970 noch 31,7%.

Im Landesdurchschnitt kamen auf 1000 Einwohner (1970) 384 gewerbliche Arbeitsplätze, im Main-Tauber-Kreis waren es 288, in Assamstadt 173 und in Boxberg 200.

daß acht bis zehn Betriebe für Aufträge laufender Art von Daimler-Benz in Frage kommen könnten ... Bezüglich der Ansiedlung von weiteren Betrieben als Zulieferer von Daimler-Benz hat sich Prof. Dr. Zahn an die Einkaufsabteilung (Ulsamer) gewandt. Fast wörtlich: „Daimler-Benz kauft jährlich für acht bis neun Milliarden DM Waren ein und muß deshalb stark genug sein, den eigenen Zulieferern gegenüber so hart aufzutreten, daß Aufträge reduziert werden, wenn diese Betriebe nicht im Boxberger Raum produzieren.“ ... Er machte jedoch auch deutlich, daß auch wir vom Boxberger Raum überzogenen und nicht realisierbaren Forderungen entgegentreten sollten.“

Aus den Aufzeichnungen des Boxberg-Beauftragten der Daimler AG, Kemna, ebenfalls vom November 1978, kann man entnehmen, daß sich bei dem Konzern die Vorstellung entwickelt hatte, daß man als eine Art Generalunternehmer die künftige Wirtschaftsentwicklung des Kreises beherrscht: Da ist die Rede von der „Einnäumung eines Kreditplafonds für Industrie und Handwerk“, „Vermittlung von ansiedlungswilligen DB-Zulieferanten“, „Zurverfügungstellung von Maschinen und Anlagen“ und schließlich, ebenfalls unter dem Titel „weitere finanzielle Vorleistungen unseres Hauses“, „Einrichtung einer mit zunächst einer Mio. DM dotierten Stiftung zur

Der *Industriebesatz*, d.h. Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner, betrug 1974 im Landesdurchschnitt 153, im Main-Tauber-Kreis 114, in Boxberg 56 und in Assamstadt etwa 100.

Der *Handwerksbesatz* liegt im Main-Tauber-Kreis über dem Landesdurchschnitt. Während die Zahl der Beschäftigten im Landesdurchschnitt zunimmt, geht sie im Main-Tauber-Kreis jedoch zurück.

Der *Auspendler-Überschuß* betrug in Boxberg 1970 36,1%, in Assamstadt 42,8% der gewerblichen Erwerbstätigten. Seinerzeit bestand die Autobahn Heilbronn-Würzburg noch nicht, sie hat die Pendlerintensität und -reichweite eher vergrößert.

Die *Steuerkraft je Einwohner* betrug 1977 in Boxberg 50,5% und in Assamstadt 42,8% des Landeswerts (alle Daten aus dem Bebauungsplan von 1980).

Eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes von 1977 zeigt, daß der Anteil der *Alterklasse zwischen 30 und 40 Jahren* an der Gesamtbevölkerung im Main-Tauber-Kreis um fast ein Viertel unter dem Landesdurchschnitt liegt. Der Anteil der 20–30jährigen liegt ca. 10% unter, der Anteil der über 65jährigen dagegen um 12% über dem Durchschnitt.

Ausbildungsförderung“.

Nun ist der Daimler-Konzern tatsächlich ein riesiges Monopol und könnte durchaus verschiedene Entwicklungen einer Gegend wie rund um Boxberg finanzieren. Aber der größte Teil der „finanziellen Vorleistungen“ stammt nicht aus dem „Hause“ Daimler, sondern aus öffentlichen Mitteln:

Warum man bei Daimler nach dem Scheitern der Teststrecke finanziell gelassen blieb

Wir können keinen vollständigen Überblick über die Finanzaufwendungen des Landes, des Landkreises und der Gemeinden rund um die Teststrecke geben, aber doch einige Hinweise darauf, daß der Daimler-Konzern alles andere als der großherzige Finanzier von Arbeitsplätzen war. So schrieb der damalige Innenminister Späth am 13.4.1978 an den Regierungspräsidenten Bulling: „Nach der bisherigen Förderungspraxis könnte ggf. ein Zuschuß in Höhe von bis zu 50% der zuwendungsfähigen Erschließungskosten gewährt werden ... Für die zu erwerbenden Grundstücke ist das Gesetz über die Grunderwerbsteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur vom 10. Februar 1973 (...) maßgebend. Bei den Grundstücken, die von der Landsiedlung zur Abfindung betroffener Landwirte erworben werden können die Vergünstigungen des § 29

RSG in Anspruch genommen werden. Danach besteht Steuer- und Gebührenfreiheit für alle Geschäfte und Verhandlungen, die zur Durchführung von Siedlungsverfahren im Sinne des

RSG dienen; sie erstrecken sich auf alle Steuern und Gebühren des Bundes und der Länder und auf die Gebühren der öffentlichen Körperschaften.“

Die Teststrecke wird nicht gebaut Strukturverbesserung kann aber verlangt werden

Seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil im März, das dem Eigentum der Bauern in Boxberg auch gegenüber dem Monopoleigentum von Daimler einen gewissen Rang einräumte, werden die Teststreckengegner scharf angegriffen. Sie hätten jetzt ja Recht bekommen, sollten aber nun ihr Land trotzdem hergeben im Interesse des allgemeinen Wohls. So steht es in zahlreichen Leserbriefen, so wurde es auf einer Demonstration von 1500 unmittelbar nach dem Urteil in Boxberg gefordert und erneut auf einer Demonstration am 16. Mai in Stuttgart mit 400 Teilnehmern.

Das soziale Interesse der Teststreckenbefürworter haben wir bei der Schilderung der Struktur dargelegt: Geschäftsleute und Handwerker erwarten eine Belebung, Arbeiter, daß sie nicht mehr pendeln müssen und vielleicht höheren Lohn bekommen. An die Spitze setzt sich die CDU, die verbreitet, nur von einem großen Konzern sei das Heil zu erwarten. Ministerpräsident Späth hetzt die Leute auf, indem er den Klägern vorwirft, durch die „von ihnen mitgetragene Entscheidung und Entwicklung werden zentrale Zukunftschancen für den Raum Boxberg vertan ... Ich muß auch offen und unmißverständlich feststellen, daß ich keine Anhaltspunkte für Ersatzmaßnahmen im Raum Boxberg sehe, die eine ähnliche wirtschaftliche Belebung wie das jetzt gescheiterte Projekt bewirken könnten.“ (Brief vom 8.5.87)

Wenn es der Opposition gegen die CDU nicht gelingt, selbst Forderungen für eine Strukturverbesserung des Kreises zu entwickeln, dann werden die Teststreckengegner von den Reaktionären noch jahrelang als Zielscheibe aufgestellt und zum Beschuß durch die Volksgemeinschaft freigegeben werden. Die Teststreckenbefürworter, nach unserer Schätzung machen sie etwa $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ der Boxberger Bevölkerung aus, sind keineswegs alles Leute, die man sonst bei der CDU-Anhängerschaft findet. Dazu gehören z.B. auch Beschäftigte aus einem Zulieferbetrieb von Daimler, die aktiv an IG Metall-Warnstreiks teilgenommen haben. Weiter selbständige Handwerker und Geschäftsleute sowie solche, die ihr Land verkauft hatten mit Vorverträgen zur Beschäftigung bei Daimler, aus denen jetzt nichts wird.

Die IG Metall hat schon vor Jahren vorsichtige Bedenken hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der neuen Arbeitsplät-

ze geäußert, sich aber ebenso wie der DGB eines klaren Jas oder Neins enthalten. Die SPD-Landtagsfraktion fordert jetzt ein regionales Entwicklungskonzept, um sicherzustellen, „daß auch außerhalb des Zulieferbereichs der Firma Daimler-Benz zukunftsorientierte Arbeitsplätze im Raum Boxberg geschaffen werden“. (Antrag an den Landtag, 8.4.87)

Nun scheint uns „zukunftsorientiert“ vielleicht nicht der richtige Maßstab, Rüstungsindustrie z.B. gilt bei solchen Leuten wie Späth auch als „zukunftsorientiert“ oder auch die vielen Glücks-

Daimler. Und ebenso leicht können sie auch wieder dichtmachen, ob die Teststrecke nun fertig ist oder nicht. Die Ansiedlung hat nicht dazugeführt, daß sich die Lage für die arbeitende Bevölkerung grundlegend verbessert hätte, sondern bloß dazu, daß die Region jetzt auch noch von der Automobilkonjunktur abhängig geworden ist.

In einen Negativkatalog für Wirtschaftsförderung gehört unserer Meinung: Keine Ansiedlung von Monopolen, die die Abhängigkeit von Markt- und Konjunkturschwankungen vergrößern. Keine Rüstungsbetriebe. Denk-



Demonstration gegen die Teststrecke 1979 in Boxberg

ritter in der sogenannten High-Tech-Industrie, die Subventionen kassieren und dafür Arbeitskraft möglichst billig wollen. Ob der Bau von Autos, die sich ein Großteil der Arbeiterbevölkerung nicht leisten kann und die zum erheblichen Teil in den Export gehen, wirklich so wünschenswert ist, bezweifeln wir auch.

Die in den letzten Jahren erfolgte Ansiedlung von Daimler-Zulieferern mit rund 500 Beschäftigten war für die Region allenfalls auf den ersten Blick ein Fortschritt: Frauen, die vorher keine Arbeit hatten, können jetzt ihre Arbeitskraft am Ort in Anleertätigkeiten zu „ortsüblichen“ Niedriglöhnen oder darunter vernutzen lassen. Auch der eine oder andere Facharbeiter hat dort Anstellung gefunden und sogar manchmal ein Lehrling. Aber: die meisten Zulieferfirmen hatten ihren Betrieb von woanders her verlagert, in der Hoffnung auf Subventionen vielleicht oder unter dem Druck von

bar sind vielleicht eher Produktionen, die die Versorgung der Bevölkerung verbessern. Der Bundschuh, der Zusammenschluß der Teststreckengegner, schlägt z.B. vor, auf einem Teil des nicht mehr benötigten Teststreckengeländes einen genossenschaftlichen Landbau zu betreiben. Die Förderung genossenschaftlicher Betriebe wäre aber auch außerhalb der Landwirtschaft denkbar. Zuschüsse sollten an Mindestvoraussetzungen geknüpft werden wie Einhaltung der Tarifverträge und Rückzahlung bei Wegzug. Der Ausbildungsträgerverein, aus dem Daimler sich jetzt zurückgezogen hat, wäre sowieso besser in der Hand der Gemeinden. Die Entscheidung und Kontrolle über die Ansiedlung kann nicht bei der Landesregierung bleiben.

Über die Finanzierung bräuchte man sich keine Sorgen machen: Eine Rückforderung der Zuschüsse und Steuerbefreiungen, die an Daimler gegangen sind, würde für vieles reichen.

Opposition zur kommunalen Wirtschaftsförderung und zur Regionalpolitik

Wie können die Interessen der Lohnabhängigen in den sogenannten „strukturschwachen Räumen“ hinsichtlich den Verkaufsmöglichkeiten der Ware Arbeitskraft zur Geltung gebracht werden? Diese Frage ist bei den oppositionellen Kräften insgesamt bisher unzureichend diskutiert. Wo es Überlegungen zur Regionalpolitik gibt, nehmen sie meist Bezug auf „Krisenregionen“ wie Ruhrgebiet und Werftstandorte. Wo es Auseinandersetzung mit der kommunalen Wirtschaftsförderung gibt, nimmt sie eher Bezug auf Ballungsräume und kritisiert die weitgehende Indienstnahme der Kommunen durch die Konzerne, die einhergeht mit der groben Mißachtung der Ansprüche der Werk-tätigen an die jeweiligen Städte. Auch die Kritik an der Konzernförderungspolitik der Landesregierungen ist leidlich entfaltet; die Ursachen der Herausbildung „strukturschwacher Räume“ sind erklärbar. Mit welchen positiven Forderungen ist der Entwicklung in den strukturschwachen Regionen zu begegnen? Nachfolgend ein Überblick über diesbezügliche wirtschaftsreformerische Vorstellungen bei DKP, Grünen, Jusos und den Gewerkschaften.

DKP: Beschäftigungsauflagen

Das Programm der DKP zu den Landtagswahlen Baden-Württemberg 1984 unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Raketen“ enthält zwar die Forderung nach 300000 Arbeitsplätzen bis 1985 „durch ein Beschäftigungsprogramm“, das sich aber im wesentlichen auf Forderungen beschränkt gegen die Weg rationalisierung von Arbeitsplätzen, für die Ausschöpfung und Erweiterung öffentlicher Stellenpläne, für kommunale Investitionen. Probleme strukturschwacher Räume sind in diesem Programm nicht behandelt, eher schon in der Parteiliteratur. So schließt z.B. „Gemeindeleute – Handbuch für alternative kommunalpolitische Praxis“ (1) Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nicht aus, verlangt jedoch Kontrollen: „Bei allen Geschäften dieser Art (Ansiedlung, Subventionen) ist erstens zu fordern, daß alle Tatsachen auf den Tisch kommen und daß mit ‚gläsernen Taschen‘ gearbeitet wird. Zweitens gilt: Wenn überhaupt Subventionen und Fördermittel ... vergeben werden, dann nur an solche Unternehmen, die längerfristige Zusagen über Arbeitsplatz- und Ausbildungssicherheit geben. Bei der Erfolgskontrolle müssen die Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften mitwirken“ (S. 295).

Grüne: Mittelstandspolitik

In ihrem Programm zur Landtagswahl Baden-Württemberg 1984 (2) fordern die Grünen:

„schwerpunktmaßige Verlagerung der Wirtschaftsförderung auf Kleinbetriebe bis zu 20 Beschäftigten. In Baden-Württemberg sind dies über 200000 Betriebe. Betriebe, die demokratische Strukturen auf der Basis der Selbstverwaltungsidee erproben und verwirklichen (sogen. alternative Betriebe) sowie Unternehmen, die nicht nach dem Gewinnerzielungs- sondern nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten und soweit wie möglich der Beschäftigung ihrer Mitarbeiter den Vorrang vor Rationalisierungsmaßnahmen geben, verdienen eine besondere öffentliche Förderung. Betrieben hingegen, die trotz ausreichender Ertragslage Mitarbeiter/innen entlassen, sind die Förderungsmittel zu entziehen. Grüne Mittelstandspolitik im Sinne einer Umstrukturierung der Wirtschaft verlangt auch organisatorische und rechtliche Maßnahmen, wie die Förderung von Kooperationsmodellen zwischen Klein- und Mittelbetrieben, damit sie sich durch partnerschaftliche Selbsthilfe aus ihrer Abhängigkeit als ‚verlängerte Werkbänke‘ von Großkonzernen lösen können. Wir werden uns weiter für ein verbessertes Genossenschaftsrecht einsetzen“ (S. 40).

Zum Thema „Infrastruktur“ fordern sie: „Der Aufbau von dezentralen Wirtschafts- und Wohnstrukturen erfordert zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Dorfentwicklung und ein neues Landesinfrastrukturprogramm.“

JuSo: „Arbeitnehmerorientierte Förderung“

Die Kommission Kommunalpolitik beim Bundesvorstand der JuSo schreibt 1984: „In der kommunalen Wirtschaftsförderung hat sich in den letzten Jahren bei den Maßnahmen und Instrumenten wenig verändert. Bestehende Forderungen der Jusos bleiben daher aktuell:“

- Publizität und Veröffentlichung aller Zusagen an Privatunternehmen bei Industrieanstiegsvorhaben ...
- Das Kommunalparlament muß allen Zusagen, Grundstücksverkauf, Infrastruktur, Investitionen im einzelnen zustimmen ...
- Erstellung und Veröffentlichung von Kosten-Nutzen-Analysen, in denen alle finanziellen und sozialen Auswirkungen der Ansiedlung aufzunehmen sind. Dasselbe gilt für Maßnahmen im Rahmen der Bestandspflege ...
- Mittelfristig muß die kommunale Wirtschaftsförderung regionalisiert werden ...
- Die Inanspruchnahme staatlicher Mittel ist an öffentliche Auflagen zu binden (z.B. Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze, Diversifikation der Warenproduktion) ...
- ... ist gegebenenfalls die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel mit öffentlicher Beteiligung zu koppeln ...
- Infrastrukturmaßnahmen, die verstärkt auf die Zielsetzung einer Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen abstellen.
- Errichtung von öffentlichen Unternehmen in von Strukturkrisen betroffenen Regionen, die einen dauerhaften Bestand industrieller Produktion in diesen Gebieten sichern.“

DGB: Regionale Strukturräte

In den „Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Reform der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ fordert der DGB u.a., daß

- in Zukunft die Regionen stärker gefördert werden, die überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind und die noch erhebliche Mängel in der Infrastruktur aufweisen;
- die Förderung privater Investitionen von strikt einzuhal tenden Beschäftigungsauflagen abhängig gemacht wird, daß Dauerarbeitsplätze geschaffen und besetzt werden und besetzt bleiben;
- die Förderung der kommunalen Infrastruktur auf die Aspekte des qualitativen Wachstums konzentriert wird, d.h. auf den bereits vorhandenen Wachstumsbedarf, der die Unternehmen zur Schonung der Umwelt, zur rationalen Energieverwendung und zur Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze und der Qualifikation der Arbeitnehmer anreizt;
- die Verantwortung für die Durchführung der Regionalförderung stärker auf die Regionen und deren politische Instanzen verlagert wird; in diesem Zusammenhang ist die Erarbeitung von regionalen Entwicklungskonzepten notwendig. Diese Konzepte sollen von neu zu schaffenden regionalen Strukturräten, in denen die Gewerkschaften paritätisch beteiligt sind, entwickelt werden.

(1) E. Dähne (IMSF): „Gemeindeleute, Handbuch ...“, Verlag Marxistische Blätter, Ffm 1985; zit. nach: BWK, „Nachrichten Kommunalverbände, Landwirte, Selbstständige“ 36/85. (2) Die Grünen Baden-Württemberg: Programm zur Landtagswahl 1984. (3) Vorlage der Kommission Kommunalpolitik beim Bundesvorstand der Jungsozialisten: Für eine arbeitnehmerorientierte Kommunalpolitik, Bonn 1984. (4) Zusammenfassung zit. nach: WSI-Informationsdienst Arbeit 3/86, S. 1; erschienen in: DGB, Informationen zur Wirtschafts- und Umweltpolitik 8/86.

Daimler Rastatt: eine Region wird dem Konzernkommando unterworfen

Ende Juli letzten Jahres gaben der Vorstand der Daimler-Benz AG und das baden-württembergische Staatsministerium in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, der Konzern beabsichtige in Rastatt ein neues PKW-Montagewerk zu errichten. In „intensiven Gesprächen“ hatte Ministerpräsident Späth den Rastatter Gemeinderat für das Projekt „weichgeklopft“. Flächennutzungspläne wurden geändert, ein neues Industriegebiet für Daimler-Benz ausgewiesen. Anschließend ließ Späth den Landtag einen Ergänzungshaushalt verabschieden, der dem Konzern 150 Mio. DM für das Projekt zur Verfügung stellte. Weitere 100 Mio. DM wurden für Forschungseinrichtungen

des Konzerns in Ulm bereitgestellt.

Ende Oktober verlangte die EG-Kommission eine Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Projekt, da die Unterstützung des Konzerns durch die Landesregierung wettbewerbsrechtlich bedenklich sei.

Die anhängigen Verwaltungs- und Verordnungsvorgänge und -verfahren sind seitdem im Eiltempo durchgezogen worden. Ende März räumte der Regionalverband Mittlerer Oberrhein mit einer Änderung des Regionalplans eine der letzten rechtlichen Schranken beiseite. Daimler-Benz will ein neues Werk, Späth sprüht und die Behörden funktionieren.

Mehrere Male ist Späth mit EG-

Kommissaren zusammengetroffen, um eventuellen Einsprüchen der EG-Kommission entgegenzuwirken. Der Konzern hat sich aus der Sache vornehm zurückhalten können. Dafür ist der Laufbursche da. Im Staatsministerium legt man seitdem auch bedeutend mehr Wert aufs Europäische. Aus dem Projekt „Förderung der strukturschwachen Region Rastatt“ ist ein Projekt mit „europäischen Dimensionen“ geworden. Französische Regionalpräfekten und Bürgermeister mußten erklären, „ihr Interesse an der Realisierung des Daimler-Projekts demnächst auch gegenüber der EG-Kommission in Brüssel zum Ausdruck“ zu bringen.

Das Projekt „PKW-Werk Rastatt“ ist Bestandteil eines umfassenden Rationalisierungskonzepts des Daimler-

„Arbeit nach Maß“ – zu Löhnen kaum höher als Arbeitslosengeld

Nach Westen grenzt der Main-Tauber-Kreis an den Neckar-Odenwald-Kreis, der wirtschaftlich der IHK Rhein-Neckar mit den Ballungszentren Mannheim und Heidelberg zugeordnet ist. Hier im nordbadischen Raum hat Späths Programm „Arbeit nach Maß“ rege Früchte getragen. Beispiel „Regionaler Industriepark Osterburken“ (R.I.O.). An „optimaler Koordinierung der verschiedenen Technologie-, Existenzgründungs- und Umweltschutz-Förderprogramme des Landes“ wird hier interessierten Kapitalisten u.a. geboten: „Schon für 35 bis 50 DM kann man in den Gemeinden rundum den Quadratmeter Bauland erwerben. 17 DM kostet er im R.I.O., voll erschlossen. Bis Ende 1987 ist eine maximale Förderung von 15% möglich. In der Regel teilt sich diese auf in die Investitionszulage von 8,75%, die als verlorener Zuschuß steuerneutral gewährt wird und in zinsverbilligte Darlehen der Landeskreditanstalt Baden-Württemberg für den verbleibenden Subven-

tionswert von 6,25%. ... Erfreulich auch die niedrigen Kosten für Wasser und Abwasser: DM 1,60 bzw. 1,95 pro Kubikmeter plus MWSt“ (R.I.O.-Broschüre)

Nicht nur Städte wie Heidelberg haben heute ihre Technologieparks. Dort, wo gleichzeitig gefertigt wird, geht man lieber aufs „flache Land“. Kennzeichnend für diese „innovativen Betriebe“ ist, daß sie sich neben einer Anzahl höher qualifizierter Techniker und Stammkräfte ein höchst flexibles Arbeitskräftepotential halten, das zu Billigstlöhnen und beschissensten Arbeitsbedingungen ausgebeutet wird. Die Götz-Kapitalisten („mittelständischer Modulelektrik-Entwickler“) beispielsweise rühmt das IHK-Magazin als „Tüftler von Aglasterhausen“ (Mosbach). Ihr letztes Projekt, der „Götz-Allround-Palettomat“ wurde in Zusammenarbeit mit zehn in einem Arbeitskreis am Stuttgarter Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung zusammengeschlossenen Industrieunternehmen durchgezogen. Götz

hat in einem Jahr satte 25% mehr an Leistung aus der Belegschaft herausgeholt.

Im Neckar-Odenwald-Kreis haben die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes im Schnitt nur 99 Beschäftigte (Heidelberg: 201). Gewerkschaftliche Organisierung wird hier noch geringer geschrieben. Nicht so „Betriebsgemeinschafts“-Ideologie. Der Textilmaschinen-Kapitalist von DILO Eberbach konnte kürzlich an seine 6000ste eine Tafel anbringen lassen: „Maschin' 6000, ohne Witze – Chef und Belegschaft finden's Spitze.“

Durchschnittlich erhielt ein Industriearbeiter im Neckar-Odenwald-Kreis im September 1986 pro Stunde 3,96 DM (18,8%) weniger als in Heidelberg. 1982 waren es laut IHK-Statistik erst 9,9%. Teilzeit, Saisonarbeit, Kapovaz sind gang und gebe. Petra Reum-Mühling, Metallfabrikbesitzerin in Hardheim, Nähe Tauberbischofsheim: „Angesichts voller Auslastung kommen wir trotz Sonderarbeiten der Mitarbeiter, auch an Wochenenden, kaum über die Runden.“ Aufgrund der noch niedrigeren Einkommen der Lohnabhängigen ist alles gezwungen mitzuverdienen. Ansonsten blüht das christliche Subsidiaritätsprinzip, die Familie soll durchschleppen. Der dortige Arbeitsamtsbezirk Buchen weist eine offizielle Arbeitslosenquote von 3,6% aus (Heidelberg: 7,7%).

Verbesserte gewerkschaftliche Interessenvertretung und Aufbau von Betriebsräten im „Hinterland“ sind dringend. Ohne daß „Wirtschaftsförderung“ an Mindestbedingungen wie Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Geltung von Tarifverträgen gebunden ist, wird sie die Lage der Lohnabhängigen eher verschlechtern.

R.I.O.

Regionaler
Industriepark
Osterburken

„R.I.O.“ mitten im „badisch-sibirischen Bauland“. 20 km von Boxberg, jenseits der A 81 Heilbronn-Würzburg, liegt dieses Kapitalistenparadies. Eine Broschüre preist es als „Musterprojekt Späthscher Wirtschaftspolitik“: „Die Löhne in dieser Region liegen 20% unter Landesdurchschnitt und sogar 40% unter dem mittleren Neckarraum ...“

Benz-Konzerns, das unter den Stichworten „Produkt-“, bzw. „Strukturbereinigung“ läuft. Es beinhaltet konzerninterne Umstrukturierungen von der LKW- und Unimogfertigung hin zur PKW-Produktion. Für diese Konzernstrategie bietet Rastatt beste Voraussetzungen. Rastatt lässt sich in die Verbundproduktion der einzelnen Werke optimal einpassen. Mit dem PKW-Werk, das nach modernsten technologischen Produktionsverfahren arbeiten soll, werden Maßstäbe in der Schweißauspressung für den gesamten Konzern gesetzt. In den Vorstandsetagen von Daimler-Benz visiert man Tagesproduktionen von bis zu 1000 PKW an.

Späth hat gegenüber Kritikern der Daimler-Benz-Ansiedlung erklärt, nicht das Unternehmen bedürfe der Unterstützung, wohl aber benötige die Region Mittelbaden Hilfe. Zur Rechtfertigung der Subvention gegenüber der EG-Kommission hat er hinzugefügt, „Baden-Württemberg sei im Hinblick auf das weitere Zusammenwachsen der beiden Landesteile Württemberg und Baden verpflichtet, die wirtschaftliche Schwäche des Raumes Rastatt zu berücksichtigen und im gesamten Land gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und zu erhalten.“

Weder in der Regionalförderung noch in den Förderungskatalogen der Industrie- und Handelskammer taucht die Region Rastatt als strukturschwaches Gebiet auf. Die Ansiedlung verstiftigt die jetzt schon bestehende, einseitige Wirtschaftsstruktur der Region und unterwirft sie vollständig dem Kommando des Konzerns. Mit dem neuen Werk wird im Dreieck Gaggenau – Wörth – Rastatt die Automobilindustrie zum allseits bestimmenden Faktor. Bereits heute arbeiten mehr als die Hälfte der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes im Landkreis Rastatt in den Industriezweigen Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik, da-

Wirtschaftsförderung mit weltweiten Zielen

Ein Projekt der Wirtschaftsförderung im Raum Stuttgart ist der Ausbau des Flughafens in Echterdingen. Die Planaufstellung hatte vor etwa 20 Jahren mit der Maximalkonzeption begonnen, ein internationaler Airport wie etwa in München sollte entstehen. Aufgrund des Widerstandes vor allem der Bauern mußten diese Pläne fallengelassen werden. Seit den 80er Jahren beruft sich die Landesregierung auf die mangelnde Sicherheit des Flughafens, weil die Strecke für den Hindernisfreianflug und die Start- und Landebahn für den Allwetterbetrieb zu kurz seien. Solche Behauptungen und angeblichen Berechnungen konnten die Flughafenengegner zurückweisen. Die Landesregierung mußte sogar ein zweites Planfeststellungsverfahren einleiten, weil die Unterlagen zu viele Fehler enthielten.

Als einzige „stichhaltige“ Begründung für den Flughafenausbau blieb die besonders von der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar vorgetragene wirtschaftliche Notwendigkeit. Die IHK legte eine Umfrage vor, nach der sich zahlreiche Unternehmen gezwungen sähen, einen anderen Standort für ihre Betriebe zu suchen, wenn der Flughafen nicht ausgebaut würde. In einer Mattglanzbroschüre der Flughafen GmbH heißt es ungeniert: „Der hohe Stand der Wirtschaft, die Ansiedlung innovativer Industrien ... fordern eine entsprechende Infrastruktur bei den Verkehrswegen. Es ist nicht länger vertretbar, daß Unternehmen wegen

fehlender oder unzureichender Einrichtungen am Flughafen Stuttgart für die Produktion oder ihre Lager andere Standorte suchen müssen und daß neue Unternehmen aufgrund der hier angesprochenen Mängel sich gar nicht erst in der Region ansiedeln.“ Der Warenumschlag von acht Mrd. DM pro Jahr soll entscheidend gesteigert werden. Aber auch die drei Millionen Fluggäste könnten mehr sein. Besonders die „Entscheidungsträger“ sollen unverzüglich in jeden Winkel der Erde transportiert werden können; z.B. mit den Ergebnissen der zwölf Mrd. DM teuren jährlichen Forschung und Entwicklung von IBM (Stuttgart ist die Konzernzentrale für die BRD).

Mit dem Ausbau des Flughafens ist eine Verlegung der Autobahn auf elf Kilometer Länge näher an das Stadtgebiet Stuttgart und ihr gleichzeitiger Ausbau auf sechs Spuren geplant. Auf diesem Wege soll die neue Daimler-Verkaufszentrale einen eigenen Autobahnanschluß erhalten.

Während zum Beispiel Eisenbahnstrecken in Regionen, die man nicht für Entwicklungswürdig hält, stillgelegt werden, will die Landesregierung die Verkehrsinfrastruktur in den Zentren ausbauen unter dem Titel: „Weltoffenheit (ist) in dem kommenden informationstechnischen Zeitalter die wahrscheinlich wichtigste Grundbedingung zur Selbstbehauptung von Nationen“, weil „es mittlerweile nur noch wenige deutsche Produkte gibt, die so konkurrenzlos gut sind, daß sie sich quasi vom Schreibtisch aus verkaufen lassen.“ (Späth, Wende in die Zukunft)

von etwa zwei Dritteln im Straßenfahrzeugbau und mehr als die Hälfte der Beschäftigten sind Großunternehmen bzw. Konzernen unterstellt. Die Maß-

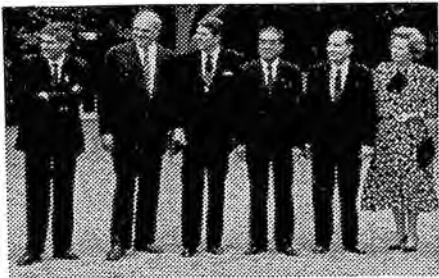
nahme der Landesregierung trägt nicht zur gleichmäßigen Entwicklung der Landesteile bei, sondern ebnet Infrastruktur und soziale Beziehungen für die Bedürfnisse von Daimler-Benz ein.

Die Subventionen für den Konzern haben einen Umfang, der dem des gesamten Mittelstandsförderungsprogrammes von 1986 entspricht. Aufgrund der Größenordnung der Investition und der Zahl der Arbeitsplätze gerechtfertigt, hat Späth erklärt. Es handle sich aber um eine Ausnahme, nur der Mittelstand genieße in Baden-Württemberg finanzielle Unterstützung. Rastatt zeigt wie viele andere Beispiele das Gegenteil. Späth ist Vollzugsperson des Daimler-Benz-Vorstands und trägt dazu bei, die Gesellschaft den Bedürfnissen und Bedingungen des Konzerns vollends zu unterwerfen, immer größere Bereiche seinem Kommando zu unterstellen.

Quellenhinweise: Badische Neueste Nachr., Stuttgarter Zeitung, versch. Ausg.; Wochendienst der Landesreg.: PIW-Forschungsbericht: Daimler-Benz – der Multi im Musterländer.



Späth und Daimler-Vorstandsmitglied Niefer – dicht aneinandergedrückt protzen sie mit Baden-Württemberg-Produkten – aus dem Hause Daimler. Das Bild ist aufgenommen auf der Technologieausstellung Baden-Württemberg in Norwegen, könnte aber auch in vielen anderen Ländern sein, da Niefer Späth fast immer begleitet.



Gipfel-Widersprüche

Vom 8. bis 10. Juni tagt in Venedig wieder der „Weltwirtschaftsgipfel“ der Staats- und Regierungschefs der sieben größten imperialistischen Mächte. Wie jedes Jahr werden die Teilnehmer des Gipfels eine Bilanz der erzielten Erfolge gegen die Lohnabhängigen in den imperialistischen Staaten, gegen die Staaten der Dritten Welt und des

COMECON ziehen und gemeinsame Ziele abzustecken versuchen. Von Seiten der Bundesregierung und westdeutscher Kapitalisten werden dabei zunehmend Sorgen hinsichtlich der Exportmärkte westdeutscher Monopole laut. Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung zur Sicherung der Auslandsmärkte der BRD-Monopole, und wie will sie diese Pläne mit ihren Verbündeten abstimmen?

Iran: Schwierige Kampsbedingungen für Arbeiter und Werktätige

Wirtschaftsexperten der imperialistischen Länder bemerken interessiert eine „Stabilisierung“ des Khomeini-Regimes: keine Gefahr für ihre Milliardengeschäfte. Das Regime setzt den verheerenden Krieg fort, der bisher jeden Tag 30 Mio. DM gekostet hat. Großgrundbesitzer und Kapitalisten wirtschaften dabei nicht schlecht – die Arbeiter und Werktätigen haben die Hauptlast des Krieges, der Teuerung und Lebensmittelknappheit zu tragen. Der Kampf dagegen ist durch brutale Unterdrückung durch die islamische Republik erschwert. Aber die Widerstandsbewegung der iranischen Völker wächst. Dabei sind die Kämpfe der Arbeiterklasse, die zahlreichen einzelnen Streiks, ein bedeutender Faktor.



Kommunalpolitik der REP

Die Republikaner haben für die Oberbürgermeisterwahlen im Herbst in Nürnberg die Kandidatur ihres Landesvorsitzenden angekündigt. Im Bezirkstag von Mittelfranken sind sie seit Oktober mit einem Sitz vertreten. Die CSU hat dem Abgeordneten der Republikaner aus „Kollegialität“ einen bisher von ihr beanspruchten Sitz im



Schulausschuß überlassen. Gegen den Landesparteitag der Schönhuberpartei im März in Nürnberg hatte sich eine Aktionseinheit mit der Absicht gebildet, auch bei den Oberbürgermeisterwahlen eingreifen zu können. Eine Bezirksrätin der Grünen hat den Politischen Berichten ein Interview gegeben, das sich mit der Politik der Republikaner im Bezirkstag von Mittelfranken befaßt.

Krankenstand steigt wieder, Gesundheit von Arbeitern verschlechtert

Man erinnere sich: Vor drei, vier Jahren sank der Krankenstand in den Betrieben deutlich, konservative und liberale Politiker kommentierten aufrumpfend, die Krise mache eben Schlüß mit Faulenzertätigkeit. Tatsächlich hatten die Kapitalisten sich sogenannte olympiareife Belegschaften geschaffen durch Entlassung von vielen, die nicht die abgeforderte Überanstrengungen erbringen konnten. Der Krankenstand steigt nun wieder, die erhöhte Intensität, die vielfach ungünstige Lage der Arbeitszeit und der gesunkene Lohnstandard schlagen auf die Gesundheit durch. Für Blüm und die Kapitalisten nur Anlaß, weitere „Kostendämpfung“ zu verlangen, z.B. endlich die Lohnfortzahlung zu kippen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

– Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse

– Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BVK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldfparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58, Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elsghausen, Wolfgang Müller, für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft-Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik Spezialberichte: Alfred Küstler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.